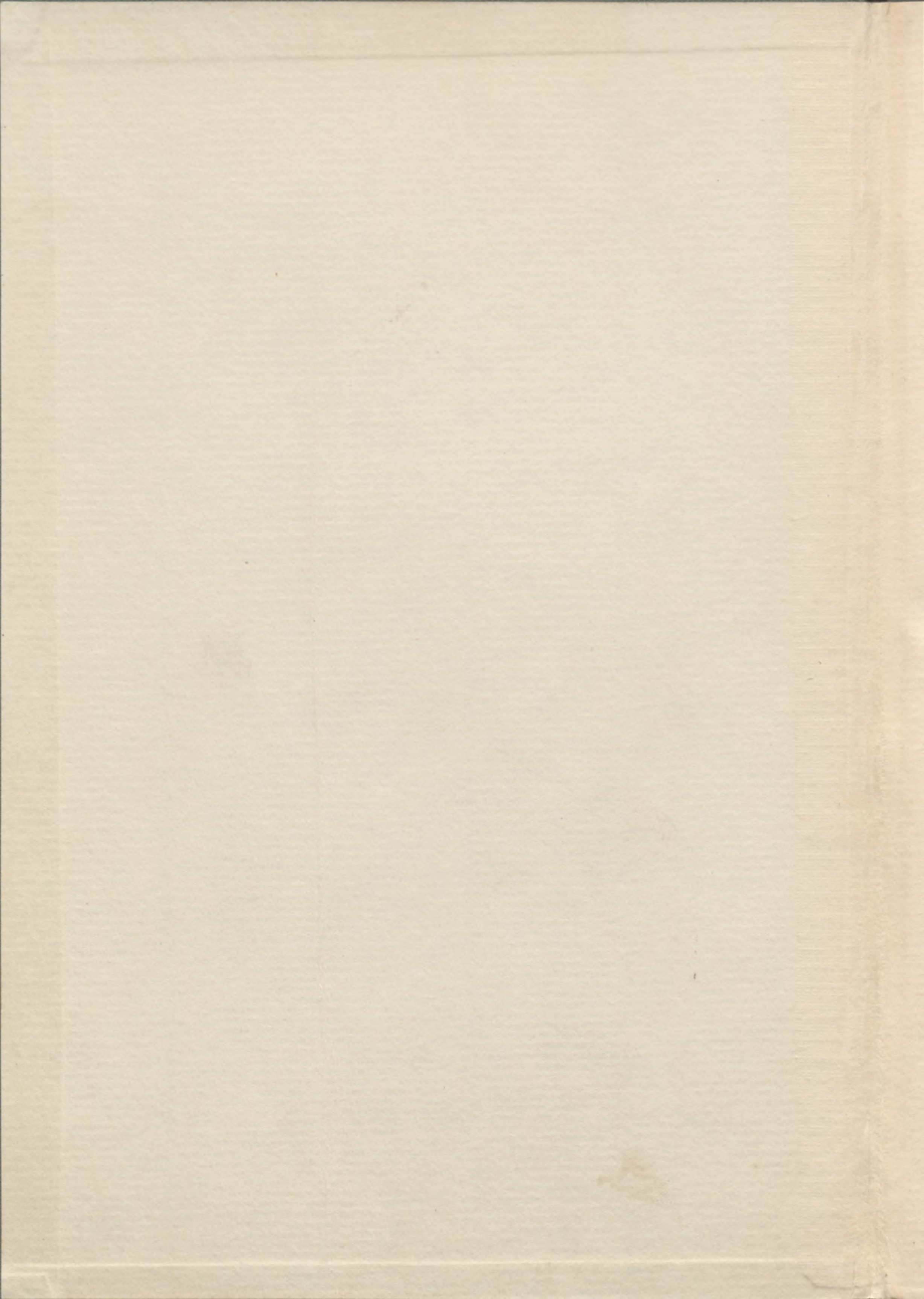
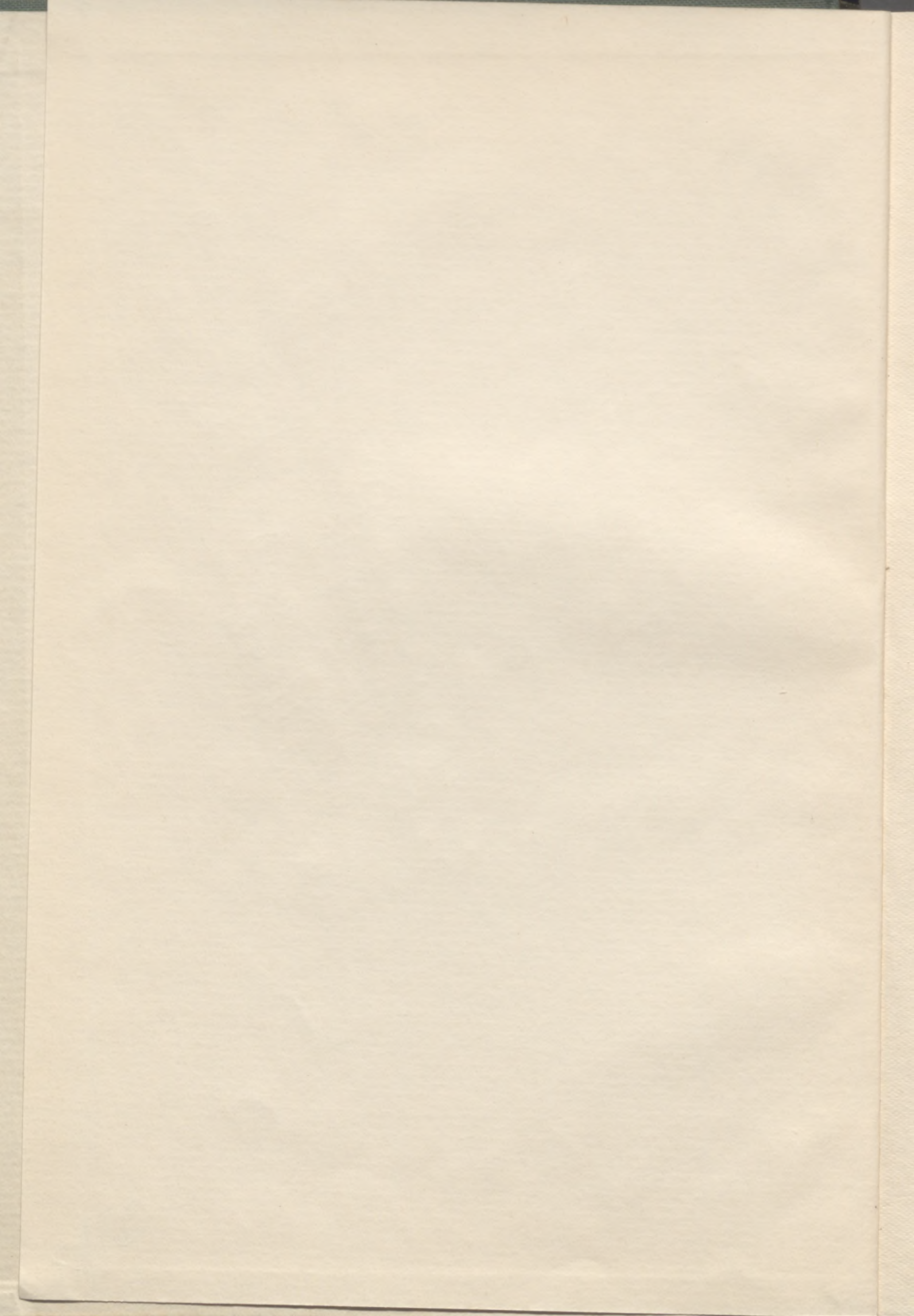
Dokumente und Gedanken um Versailles

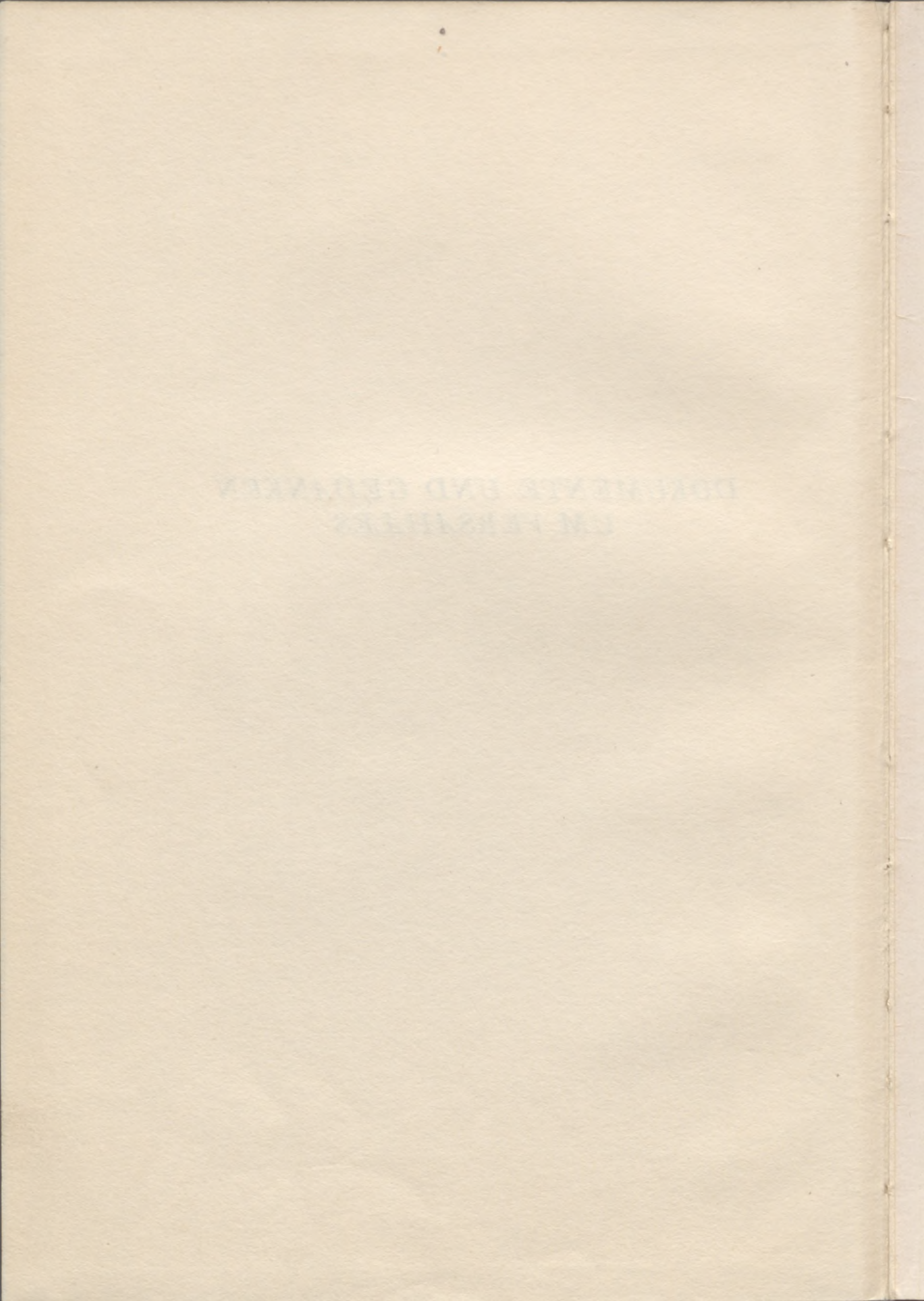
Dokumente und Gedanken um Versailles

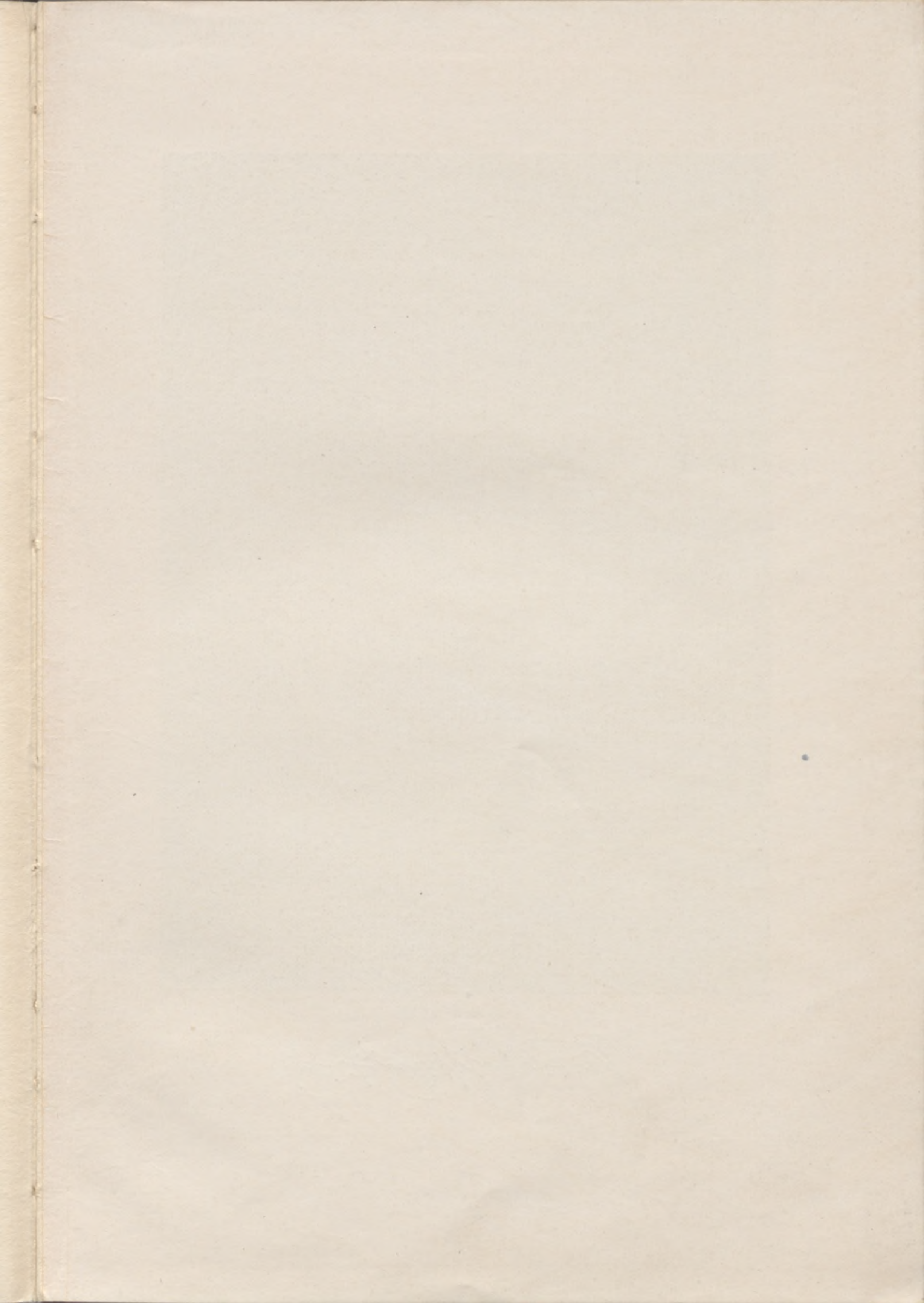


24/17



DOKUMENTE UND GEDANKEN UM VERSAILLES







Brockdorff Rantzau

Dokumente und Gedanken um Versailles

von

Graf Brockdorff-Rantzau

*

1 9 2 5

Verlag für Kulturpolitik / Berlin

Dritte wesentlich erweiterte
und vermehrte Auflage



Druck von Julius Klinkhardt in Leipzig

INHALTSVERZEICHNIS

„Die Deutschen haben oft den Fehler begangen, sich durch Schicksalsschläge beirren zu lassen. Einzelwesen müssen sich in ihr Schicksal ergeben; Nationen niemals.“

Mme de Staël: „De l'Allemagne“

Vorwort des Verfassers zur Neuausgabe

Die neue, dritte Auflage der „Dokumente" hat, noch einmal gesichtet und um einzelnes mir wesentlich Scheinendes vermehrt, stofflich eine völlig geänderte Anordnung erfahren.

In den bedrückten Tagen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Diktates von Versailles, als ich mit der Unterschriftsverweigerung mein Amt in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegte, erschien es mir nötig, der deutschen Öffentlichkeit den Stoff vor allem in chronologischer Folge darzustellen, um ihr die Möglichkeit zu geben, die nach außen nicht sichtbar werdenden Phasen der Versailler Tage bis zu dem tragischen Endergebnisse und die Entwicklungsgeschichte der durch Krieg und Kriegsende aufgeworfenen Probleme den Tatsachen nach zu begreifen.

Mein Kampf von damals lebt noch heute, brennender denn je, nunmehr selbst von klaren, gerechten, wenn auch einsamen französischen Geistern aufgenommen. Mit Margueritte und Fabre Luce steht in der vordersten Schwarmlinie Alcide Ebray, der das, was ich zu unterschreiben mich weigerte, „La paix malpropre" nennt: „Den unsauberen Frieden." Aber die Grundlagen dieses Kampfes, die gedankliche Schlachtordnung, sein geistiges Waffenzeug sind doch längst historisch geworden. Der Widerstand, den ich leistete, nahm den Ablauf und die Zwischenfälle der „Friedensverhandlungen" nur in eine sorgsam durchdachte, gerecht gewollte Gedankengliederung auf, in ein gewissenhaft erwogenes System, mit dem meine Mitarbeiter und ich dem Gegner abzuringen suchten, was noch irgend möglich war. Historische und wirtschaftliche, nationale und soziale Motive und Postulate strömten mit den Notwendigkeiten aus Vergangenem und für die Zukunft zu jener Einheit zusammen, die wir vertreten mußten und in der jede Einzelheit meiner Haltung ihre logische Begründung findet.

Jetzt versuche ich, diese Haltung in ihren inneren Zusammenhängen zu zeigen. Was der Staatsmann an seine Gegner oder an die Männer richtete, denen er in der Heimat Verantwortung schul-

dete, ist in den „Dokumenten“ niedergelegt. Was ich in der Zeit, da die Erregung und Spannung über Versailles groß war, dem deutschen Volke zur Beruhigung vermitteln wollte, ist hier unter „Gedanken“ zusammengefaßt, die ich Vertretern der Presse gab, damit sie sie weitertrügen. Was ich mir selbst schriftlich skizzierte, als Vorbereitung wichtiger Entschlüsse oder als spätere Deutung durchgeführter Beschlüsse, habe ich als „Studien“ vereinigt, die sie zur Zeit ihrer Niederschrift waren.

Innerhalb solcher Gruppierung nach Inhalt, Zweck und Wegen meiner Politik wird der Leser auch in den neugefaßten „Dokumenten und Gedanken“ immer noch zu erkennen vermögen, wie die thematische Auseinandersetzung mit den einzelnen Problemen sich nach Zeit und Ort abspielte.

Die klarere Ordnung des Stoffes ist versucht worden, um seine Grundlinien von innen her als Komplex zu zeigen. Sie sind als Ganzes das noch unerfüllte Programm einer Notwendigkeit, die das Leben und Atmen der deutschen, wie der europäischen Zukunft umspannt.

Brockdorff-Rantzau

Moskau, den 6. April 1925.

Zur dritten Auflage

von Hans Delbrück.

Die Hoffnung, die ich im Juni 1921 in dem Vorwort zur 2. Auflage dieser „Dokumente" ausgesprochen habe, daß in nicht langer Zeit die ganze Welt von der Empfindung, daß Frankreich der Friedensstörer sei, erfüllt sein werde, und Deutschland damit einen Bundesgenossen gewinnen werde, mit dessen Hilfe es wieder Politik machen könne, ebenso wie die andere Hoffnung, daß Frankreich seine fortgesetzte Gewaltpolitik gegen Deutschland nicht werde durchführen können, weil sie ihm Lasten auferlege, die es nicht tragen könne, diese beiden Hoffnungen sind nicht in dem Maße, wie ich es erwartete, in Erfüllung gegangen. Aber ich darf diesen Satz dahin erläutern: sie sind noch nicht in Erfüllung gegangen. Man kann eine Entwicklung richtig voraussehen, aber es ist kaum möglich, vorauszusagen, in welchem Tempo sie sich vollziehen wird. Deutschland steht nicht mehr auf demselben Fleck wie 1921. Es hat sogar durch den Ruhreinbruch und die Inflationszeit Verluste erlitten, die uns veranlassen könnten, mehr von einem weiteren Niedergang als von einem allmählichen Aufstieg zu sprechen. Aber so fürchterlich wir durch die erneute Gewalttat der Franzosen betroffen worden sind, so dürfen wir uns doch sagen, daß mit aller ausgesuchten Bosheit unsere Feinde ihren Zweck dennoch nicht erreicht haben. Marschall Foch selber macht in privaten Gesprächen kein Hehl daraus, daß seine Politik, Deutschland durch innere Auflösung, durch den rheinischen und bayrischen Separatismus, in dauernde Ohnmacht zu versetzen, nicht zum Ziel geführt habe und nicht zum Ziel führen könne.

Das deutsche Volk muß dafür büßen, daß es sich im Kriege einer Führung anvertraut hat, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. Seine Buße ist lang und hart. Aber es wird nicht zugrunde gehen, wenn es auf dem Wege bleibt, wie er in diesen „Dokumenten" vorgezeichnet ist, und wie er in den letzten Jahren auch im allgemeinen

eingehalten worden ist. Unser Gegensatz zu Frankreich bleibt. Der Versuch Herriots, in andere Bahnen einzulenken, hat nicht weit geführt. Nach wie vor werden die Geschicke Frankreichs aus dem Hintergrunde gelenkt durch den Marschall Foch. Die ganze Tiefe des Gegensatzes zu ermessen, stelle ich zwei Äußerungen zusammen. In der Erinnerung an den Abschluß der Verhandlungen von Versailles, um die diese neue Auflage der „Dokumente" vermehrt worden ist, schreibt der Herr Verfasser: „Eine langjährige feindliche Propaganda im Auslande hat tausend Keime des Zweifels an der deutschen Ehrlichkeit gelegt, die nicht durch Gegenargumente allein, sondern durch Handlungen beseitigt werden müssen. Aber wir dürfen verlangen, daß man uns nicht Bedingungen stellt, für die es keine Erfüllungsmöglichkeiten gibt, etwa in der Absicht, die klar vorauszusehende Unmöglichkeit als Vorwand für die Vernichtung unserer Souveränität, die Zertrümmerung des Reiches und die Durchführung unbegrenzter imperialistischer Unternehmungen zu benutzen." Ist es das, was die Franzosen wollen? Am 25. April 1919 richtete, wie wir jetzt erfahren haben, in der entscheidenden Sitzung des französischen Ministerrates der Ministerpräsident Clémenceau an den Präsidenten der Republick Poincaré die Worte: „Herr Präsident, Sie sind viel jünger als ich. In 15 Jahren werde ich nicht mehr leben; nach 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Klauseln des Vertrages ausgeführt haben. Wenn Sie nach 15 Jahren mir die Ehre erweisen, mein Grab zu besuchen, dann werden Sie mir, davon bin ich überzeugt, sagen können: wir stehen am Rhein und wir bleiben am Rhein[1])."

An die Möglichkeit, dieses Programm des Cynismus auf die Dauer durchzuführen, glauben die leitenden französischen Staatsmänner und, wenn ich recht unterrichtet bin, sogar Poincaré selber, heute nicht mehr. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß, wenn ein solches Programm einmal aufgestellt und der öffentlichen Meinung eingehämmert ist, es auch für führende Staatsmänner, so sehr sie es möchten, nicht leicht ist, sich davon loszulösen. Man erwägt diesen und jenen Weg, um den Abgrund, den nicht nur der Krieg, sondern auch das Diktat von Versailles und der Ruhreinbruch zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen haben, zu über-

---

[1]) Mermeix (Pseudonym für Gabriel Terrail) „Le Combat des trois" Seite 230.

brücken. Man fühlt, daß nicht nur der Widerstand Deutschlands fester ist, als man erwartet hatte, sondern daß auch die Kräfte Frankreichs überspannt sind. Man unterhält eine ungeheure, weiße wie schwarze Armee, und man bezahlt nicht nur die eigenen Truppen, sondern auch die polnischen und tschechischen. Alle die Jahre seit dem Friedensschluß hat man von Anleihen gelebt. — Endlich muß man den Entschluß finden, das Budget mit Steuern ins Gleichgewicht zu bringen. Von außen aber drohen noch die englischen und amerikanischen Schuldforderungen, und was man aus den deutschen Reparationszahlungen zu erwarten hat, reicht nicht nur nicht hin, sondern ist auch noch sehr unsicher. Denn der Dawesplan legt Deutschland zwar ungeheure Zahlungen auf, aber er sieht zugleich vor, daß die deutsche Währung nicht erschüttert werden darf, und das setzt den deutschen Zahlungen Grenzen, die vielleicht enger sind, als der französische Finanzminister hofft. Der Währungsverfall, an dem heute Frankreich leidet, kommt augenblicklich seiner Exportindustrie zugute, ganz so, wie es in Deutschland 1921/1923 war, aber ganz wie Deutschland wird Frankreich die Erfahrung machen, daß ein solcher Export nur eine Scheinblüte erzeugt, die bald verdorrt und abfällt. Solche Blüte ist ein Pestherd für die gesamte Weltwirtschaft, trägt Frankreich Haß ein und zehrt an der Substanz des eigenen Volksvermögens.

Wenn nun gar erst der öffentlichen Meinung in Frankreich die Augen geöffnet werden für die Erkenntnis, daß es nicht Wilhelm II. war, der den Weltkrieg wollte und entfesselte, sondern das eigene Staatsoberhaupt, Poincaré! Bisher hat die gesamte französische Presse, mit Ausnahme der linksradikalen, ihren Lesern jede Berührung mit dieser Erkenntnis ferngehalten. Aber es geht wie einstmals mit dem Dreyfusprozeß. Auch damals hat sich das gesamte französische Volk jahrelang verstockt in der Überzeugung, daß der jüdische Hauptmann im Generalstab Dreyfus in geheimer verräterischer Verbindung mit dem deutschen Kaiser gestanden habe, und der Unglückliche schmachtete auf der Teufelsinsel. Endlich aber fanden sich doch einige mutige Männer, die der Wut der öffentlichen Meinung trotzten, die Verteidigung des Unschuldigen aufnahmen und sie siegreich durchführten. Es ist gute Aussicht, daß sich in der Kriegsschuld-Lüge jetzt etwas Ähnliches vorbereitet. Die Wahrheit allein würde wohl nicht die Kraft haben, den ungeheuren

Wall des Vorurteils in dieser Frage niederzulegen. Jede französische Mutter, die einen Sohn im Kriege verloren hat, jede Frau, die ihren Mann betrauert, wird sich mit Leidenschaft weigern, auch nur zuzuhören, wenn ihr Zweifel vorgetragen werden sollen, ob Frankreich wirklich der unschuldig angegriffene, ungerüstete Teil im Weltkriege gewesen sei. Es ist ihr Glaube, ihre Religion, die ihr mit solchen Zweifeln zerstört werden. Es ist ihr kein Heilmittel, sondern ein ätzendes Gift, das ihre geistige Gesundheit untergraben wird, wenn man ihr Zweifel an dem idealen Recht Frankreichs in dem Weltkriege erweckt. Aber endlich wird sie doch hören müssen. Wenn die Wahrheit der Politik dienen soll, so gibt es auch Umstände, wo einmal die Politik der Wahrheit dient. Die französischen Staatsmänner, die erkennen, daß die Politik der moralischen Isolierung in der Welt Frankreich zum Verderben gereichen muß, und daß die französischen Finanzen schlechterdings eine Umstellung in dem Verhältnis zu Deutschland fordern, werden es schließlich auch in ihrem Interesse finden, den Gewaltpolitikern den Boden für ihre Stellung in der Kriegsschuldfrage zu untergraben. Es ist kein Punkt in der internationalen Politik, wo Deutschland in den letzten Jahren größere Fortschritte gemacht hätte und bessere Aussichten für die Zukunft hat, als hier. Jedes neue Aktenstück, das herauskommt, verstärkt unsere Position; die Enthüllung des serbischen Kultusministers Jovanovitsch, daß die serbische Regierung von dem beabsichtigten Attentat auf den Erzherzog vorher gewußt hat, kann ihres Eindrucks nicht verfehlen, und die moralische Retablierung, die uns in der Kriegsschuldfrage in Aussicht steht, wird sich realpolitisch auswirken.

Es ist hier nicht der Ort, das, was die deutsche Politik in diesen Jahren im einzelnen getan hat, zu kritisieren, oder positive Vorschläge zu machen über das, was sie jetzt tun sollte. Nur ein Prinzip kann hier aufgestellt werden. Wir sind in der dauernden Gefahr, daß entweder die Empörung über die unausgesetzten Gewalttaten, die die übermütigen Feinde an uns Wehrlosen verüben, uns zu unbesonnenen, leidenschaftlichen Ausbrüchen verleitet, oder aber das Bewußtsein unserer Ohnmacht und der Wunsch, zu einer Aussöhnung zu gelangen, uns Taten der Selbsterniedrigung eingibt. Nationalistische Großsprecherei und Drohungen hier, weichlicher und haltloser Pazifismus dort. Für einen Unbewaffneten, der unter

Bewaffneten lebt, die sich ein Vergnügen daraus machen, ihn zu verhöhnen, ist es schwer, die Würde zu bewahren. Würde zu bewahren in seinem Unglück ist aber jetzt vor allem die Aufgabe, nicht nur jedes deutschen Politikers, sondern auch jedes Deutschen. Graf Brockdorff-Rantzau ist in dem denkbar peinlichsten Moment in Versailles dieser Aufgabe gerecht geworden. Noch einmal verweise ich auf den Bericht, der jetzt dieser Sammlung zugefügt worden ist. Ich darf die Zuversicht aussprechen, daß das vorliegende Werk sich in dem Kampfe, in dem wir stehen, je länger je mehr als eine der wirksamsten Waffen erweisen werde.

Grunewald, 5. März 1925

Vorwort des Verfassers zur ersten Auflage

Bereits unmittelbar nach meinem Rücktritt wurde mir nahegelegt, meine programmatischen Erklärungen gesammelt herauszugeben. Angesichts der Begründung, daß die Öffentlichkeit, auch außerhalb Deutschlands, ein Recht darauf habe, die Ziele zu kennen, die die auswärtige Politik des Deutschen Reiches verfolgt hat, solange die Verantwortung für ihre Leitung in meiner Hand lag, habe ich mich jetzt entschlossen, diesem Wunsche nachzukommen. Zwar war es mir nicht vergönnt, mein Programm durchzuführen; trotzdem glaube ich, daß es Gedanken enthält, von deren Verwirklichung die Lösung der Krise abhängt, die im Jahre 1914 über die Welt hereinbrach und die durch den Vertrag von Versailles nicht abgeschlossen ist.

Annettenhöh vor Schleswig, im Februar 1920

Brockdorff-Rantzau

Nachwort des Verfassers zur ersten Auflage

Was an urkundlichen Belegen für die Politik vorhanden ist, die ich während meiner kurzen Amtszeit als Auswärtiger Minister des Reichs geführt habe, ist hier im wesentlichen zusammengestellt. Dokumente sollen für sich selber sprechen. Je weniger sie des Kommentars bedürfen, um so überzeugender wirken sie. Ich denke nicht daran, durch nachhinkende Betrachtungen das Urteil der Leser beeinflussen zu wollen. Mögen sie sich meiner Politik zustimmend oder ablehnend gegenüberstellen — — eines werden sie ihr nicht absprechen können: daß sie einheitlich war.

Für ein unparteiisches Urteil über die Ziele, die ich angestrebt, und die Wege, auf denen ich versucht habe, ihnen näherzukommen,



ist die Zeit noch nicht reif. Die europäische Atmosphäre ist noch zu schwül, politisch und rechtlich zu ungeklärt. Die Stimme ruhig abwägender Vernunft wird von den Ausbrüchen leidenschaftlichen Gefühls überschrien. Wer einen Epilog schreiben wollte, würde Gefahr laufen, ins Moralisieren zu geraten. Ich aber mag nicht moralisieren und verabscheue große Worte, weil die kleinste Tat, hinter der eine Gesinnung steht, mir lieber war und ist als die großen Worte moralischer Weltanschauungsprogramme, die sich bei der Feuerprobe der Tat in Dunst auflösen. Was den Politikern jetzt nottut, ist die Fähigkeit, die verhetzten Gemüter so weit aufzuklären, daß sie die Solidarität Europas und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Völker endlich verstehen, daß sie endlich begreifen, wie jeder isolierte nationale Egoismus heute zum Untergang führen muß. Wenn ihnen dies gelingt, dann, meine ich, versteht sich das Moralische von selbst.

Die Friedensdelegation in Versailles hat sich bemüht, schon im Mai 1919 der feindlichen Welt und dem eigenen Volke diese Notwendigkeiten klarzumachen. Bei unseren Feinden war sie dem Erfolge nahe, wie die letzten Enthüllungen aus französischen und englischen Quellen beweisen. Der Lauf, den die Ereignisse in Deutschland genommen haben, ist bekannt. Die Hoffnung auf eine geschlossene innere Front, wie sie jetzt in der Auslieferungsfrage hergestellt werden konnte, wurde enttäuscht. Willenlose Unterwerfung war die Folge. Einen Frieden des Rechts hatte man uns feierlich zugesichert, ein Frieden brutalster Gewalt wurde uns aufgezwungen.

Jetzt endlich beginnt, wie es scheint, auch der Oberste Rat einzusehen, daß seine Forderungen unausführbar sind, daß die Kräfte aller Völker, die bisher gegeneinander im Streit lagen, zu gemeinsamem Aufbau vereint werden müssen. Aber wie viele wirtschaftliche Werte sind seither zwecklos vergeudet, wieviel menschliche Kraft ist durch die Fortsetzung kriegerischer Mittel, durch Kämpfe, Besetzungen, Blockaden geschädigt oder vernichtet worden!

Doch das Gute kommt nie zu spät. Und bereits treten Männer, die unsere Feinde führten, Persönlichkeiten wie Asquith, Robert Cecil, Henderson und Nitti für eine vernünftige Lösung ein. Ein so hervorragender Fachmann wie Keynes, der als englischer Delegierter

in das Getriebe der Pariser Beratungen einen tiefen und unmittelbaren Einblick gewinnen konnte, hat lebenswahr geschildert, was hinter den Kulissen vor sich ging, und eine vernichtende Kritik an dem Ergebnis dieser Tragikomödie geübt. Die „Foreign-Affairs" unter Morels Leitung entkräften das „Strafurteil" von Versailles durch Gegenbeweise und Gegenanklagen und zeigen mit wahrer Überlegenheit den Weg zu einem neuen Europa.

Man könnte fast versucht sein, zu glauben, daß der Sieg der Wahrheit nicht fern ist. *Selbst gegenüber Osteuropa übernehmen die heutigen Leiter der Weltgeschicke Gedanken, die sich auf mehr als einer Seite der vorstehenden Urkunden finden.*

Aber noch sehen wir überall Taten des Unrechts und der Gewalt; noch kapituliert die Vernunft nur allzuoft vor den Dämonen des Hasses, die Einsicht vor den Pöbelrufen der Straße. *Vorzeitige Hoffnungen sind gefährlich.* Wir wissen nicht, ob hinter den veränderten Entschlüssen der Regierenden eine feste Gesinnung steht, wir wissen nicht, ob sie nur schwankende Ministersessel stützen sollen. *Deshalb ist es die Pflicht der Völker, wenn sie zur Einsicht der großen Notwendigkeiten gekommen sind, zu verlangen, daß ihre Regierungen die richtigen Schritte tun, ehe das Chaos hereinbricht.*

Dazu gehört aber, daß die Völker nicht nur die nationalen, sondern auch die sozialen Feindschaften überwinden. *Nur wenn das einzelne Volk gelernt hat, sich in sich selbst zu einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, werden auch die Völker untereinander sich zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe verbinden können. Sonst stört der innere Kampf auch den äußeren Frieden.* Die Vorschläge, die von der Deutschen Delegation in Versailles nach dieser Richtung hin gemacht worden sind, bilden einen wesentlichen und unabtrennbaren Bestandteil meines Programms. Freilich mahnt auch hier das Ergebnis der Oktober-Konferenz in Washington zur Geduld.

Die Arbeiter lösen sich ab, die Arbeit bleibt. Wer immer berufen sein mag, die Gedanken durchzuführen, die in diesen Dokumenten gesammelt sind und denen — ich vertraue fest darauf — die Zukunft gehört, er sei als Mitkämpfer willkommen.

Zur zweiten Auflage

von Hans Delbrück.

Graf Brockdorff-Rantzau hat mich gebeten, dieser Sammlung ein Geleitwort mit auf den Weg zu geben, und ich bin diesem Wunsche aus einem doppelten Grunde gern nachgekommen. Einmal weil ich als Mitglied der Versailler Friedensdelegation das Wirken des Grafen Brockdorff-Rantzau in unmittelbarer Anschauung kennengelernt habe und diese Verhandlung, die nunmehr schon der Geschichte angehört, unter dem Gesichtswinkel des Historikers zu betrachten mich getrieben fühle, ferner aber, weil diese Dokumentensammlung ein Programm bildet, von dem ich hoffe, daß ihm noch eine Zukunft beschieden ist, und ich als Staatsbürger zu denen gehöre, die sich für dieses zielbewußte und mutige Programm einsetzen.

Man pflegt der wilhelminischen Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie es nicht verstanden habe, sich, ehe sie in den Weltkrieg ging, eines wirklich starken Bundesgenossen zu versichern; man meint: entweder Englands oder Rußlands. Ich glaube, daß weder das eine noch das andere erreichbar war. Aber ich nenne einen anderen Bundesgenossen, den wir sehr wohl hätten haben können, und den wir, statt ihn heranzuziehen, geradezu mit Füßen von uns gestoßen haben: das ist die öffentliche Meinung der Welt, die wir hätten gewinnen können, wenn wir uns zu Vertretern und Sachwaltern der Rechte aller kleinen und unterdrückten Nationen gemacht hätten. Statt diese so überaus einfache und naheliegende Politik zu verfolgen, schikanierten wir in der kleinlichsten und gehässigsten Weise die fremden Volkssplitter, die der Lauf der Geschichte dem Bau des Deutschen Reiches eingefügt hatte, und brachten uns damit in den Ruf, bösartige Unterdrücker Schwächerer zu sein. Des nach außen gekehrten Chauvinismus, dessen uns die Welt anklagt, sind wir nicht schuldig; wir litten aber an einem nach innen gekehrten Chauvinismus, für den wir sogar einen eigenen Namen gebildet haben (Hakatismus), und diese innere Verirrung vergiftete auch unsere auswärtige Politik.

Als nun das Reich unter der feindlichen Übermacht zusammenbrach, mußte die neue republikanische Regierung an die Spitze der auswärtigen Politik einen Mann zu stellen suchen, der über die Erfahrung, die Lebenskunst und die Sicherheit des Diplomaten verfügte und von dem man zugleich wußte, daß er schon früher Verständnis dafür gezeigt hatte, daß Deutschland sein Interesse am besten wahrte, wenn es zu seinen kleinen Nachbarn eine freundliche Haltung einnahm.

Man fand diesen Mann in dem Grafen Brockdorff-Rantzau, der als Gesandter in Kopenhagen sich der Aufgabe gewidmet hatte, das durch die brutale preußische Politik, namentlich die Schulpolitik, in Nordschleswig widerwärtig verfahrene Verhältnis Deutschlands zu den Dänen auf dem Wege geschickter Kompromisse zu verbessern. Der Geist der Völkerversöhnung, in dem Graf Brockdorff-Rantzau hier gewirkt hatte, sollte nach deutscher Vorstellung und entsprechend den Bedingungen des Waffenstillstandes auch die Friedensverhandlungen von Versailles beherrschen.

Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Mit einem Cynismus, der von keinem Diplomaten vergangener Jahrhunderte übertroffen worden ist, ist die Entente über die Waffenstillstandsbedingungen hinweggegangen. Kein einziger der 14 Wilsonschen Punkte, auf die hin man sich beiderseits bei dem Waffenstillstand geeinigt hatte, wurde eingehalten. Das Versprechen dieser 14 Punkte erwies sich als eine bloße Kriegslist, die Deutschen zur Entwaffnung zu verlocken, um sie ganz in die Gewalt zu bekommen und dann nach Belieben mißhandeln zu können. Spöttisch hat einer der Beteiligten, als er nach den 14 Punkten gefragt wurde, geantwortet: von ihnen sei seines Wissens in den Verhandlungen der Verbündeten nie die Rede gewesen. Man hat Deutschland nicht nur praktische Bedingungen auferlegt, die mit jenen Versprechen in Widerspruch standen, sondern auch Demütigungen, Hohn und Beschimpfungen hinzugefügt. Man verhandelte überhaupt nicht mit den Deutschen, sondern diktierte.

Als uns dieses sogenannte Friedensinstrument vorgelegt wurde, verweigerte Graf Brockdorff-Rantzau die Unterschrift und riet der deutschen republikanischen Regierung, auf jede Gefahr hin den Vertrag abzulehnen. Wir wissen heute, daß wir mit dieser Politik Erfolg gehabt haben würden.

Der Gehilfe Clémenceaus in den Versailler Verhandlungen, Tardieu, hat uns in seinem Buche über den Frieden verraten, wie groß die Uneinigkeit unter den Verbündeten gewesen ist und daß Lloyd George gesagt hat: „Sie werden nicht unterzeichnen und wir werden tausend Schwierigkeiten haben." Er druckt in diesem Buche den Brief ab, den er am 10. Juni 1919 an den Obersten House gerichtet hat, in dem er die Amerikaner beschwört, dem Grafen Brockdorff-Rantzau standzuhalten. In der Sitzung der französischen Kammer am 26. Mai 1920 hat Tardieu auch wenigstens teilweise kundgegeben, welches die Punkte waren, wo die Verbündeten Nachgiebigkeit anrieten, um uns zum Unterzeichnen zu bewegen. „Man verlangte von uns," heißt es wörtlich, „namentlich den Verzicht auf die Okkupation des linken Rheinufers, die Herabsetzung der Reparationssumme und viele andere Dinge, welche die Zeit nicht reicht, hier aufzuzählen." Frankreich blieb hart, und die anderen gaben ihm nach, aber sie hätten nicht nachgegeben, wenn Deutschland ihnen wirklich die Schwierigkeiten gemacht hätte, die Lloyd George fürchtete, indem wir nicht unterzeichneten.

Das durch den langen Krieg zermürbte deutsche Volk war der Situation nicht gewachsen. Viel gelesene Schriftsteller (v. Gerlach, Harden) verrieten der Entente seine Schwäche und höhnten, alles sei Bluff und wir würden schließlich doch unterzeichnen. Im Reichskabinett zerriß ein bekanntes Mitglied (Erzberger) die Einigkeit, und die Presse brachte die Nachricht von dem Zwiespalt in die Öffentlichkeit. Die Unabhängige Sozialdemokratie hetzte die Arbeiterschaft auf, den Konflikt nicht zuzulassen. Süddeutschland, voller Furcht vor dem Einrücken der Franzosen, drohte, vom Reiche abzufallen. Deutschland unterwarf sich, und der Minister des Auswärtigen zog die Konsequenz, vom Amte zurückzutreten.

War etwa sein Verhalten und seine Politik in Versailles deshalb verfehlt? Sie war es schon deshalb nicht, weil eine andere Politik uns sicherlich keine Verbesserung, sondern höchstens in diesem oder jenem Punkt noch eine Verschlechterung, z. B. die in der ersten Vorlage der Entente enthaltene Abtretung Oberschlesiens ohne Abstimmung, gebracht haben würde. Das Verhalten der deutschen Friedensdelegation in Versailles war aber nicht nur nicht falsch, sondern hat auch ein dauerndes positives Verdienst, das Verdienst, das eben in diesem Buche zum literarischen Ausdruck kommt: es

stellt ein Zukunftsprogramm dar. In diesem Sinne müssen diese verschiedenen Kundgebungen gelesen werden. Deutschland muß den Bundesgenossen, den es in der wilhelminischen Zeit kurzsichtig verschmäht hat, von jetzt an unentwegt zu gewinnen suchen: die öffentliche Weltmeinung. Wie das zu machen ist, dafür zeigt uns dieses Buch den Weg. Das deutsche Kaiserreich ist zugrunde gegangen nicht an inneren organischen Fehlern; es stellte vielmehr in seiner Vereinigung von Monarchie und Demokratie den bestkonstruierten Staat aller Zeiten vor und hat diese seine Tüchtigkeit in den in aller Weltgeschichte unerhörten Leistungen in dem mehr als vierjährigen Ringen bewiesen; bei vernünftiger politischer und militärischer Führung wäre uns auch, wie Graf Brockdorff-Rantzau (S. 6) sehr richtig sagt, ein günstiger Ausgang gesichert gewesen. Nur an den führenden Personen hat es gelegen, daß wir schließlich besiegt worden sind. Aber das Vergangene läßt sich nicht wiederherstellen, und wir müssen ein neues Reich erbauen mit neuen Mitteln. War schon das Kaiserreich in so vielen Dingen vorbildlich für andere Staaten und Völker, so muß die deutsche Republik das in noch höherem Maße erstreben: Demokratie, Völkerversöhnung, Aussöhnung der Klassengegensätze. Der Gefahren, die mit diesem Wege verbunden sind, bin ich mir sehr bewußt; niemand kann es mehr sein als ich. Aber wir müssen versuchen, den Weg zu gehen und die Gefahren zu vermeiden. Wir müssen erstreben eine demokratische Volksbildung, ohne die von den Jahrtausenden erarbeitete und überlieferte Bildung zu verlieren. Kein anderer als Treitschke hat schon gewarnt, daß wir den nationalen Gedanken zu überspannen im Begriff seien und das Weltbürgertum zu sehr zurücktreten ließen. Was da im alten Reiche versäumt worden ist, muß jetzt nachgeholt werden. Während drüben bei unseren Feinden im Westen selbst in den Formen der Demokratie der Kapitalismus geradezu schrankenlos regiert und im Osten der Versuch der sozialen Reform in der Zerstörung alles Wirtschafts- und Kulturlebens geendet hat, ist es unsere Aufgabe, durch das Finden der befriedigenden Lösung des Problems nicht nur uns selbst zu helfen, sondern auch den schönen, leider so oft mißbrauchten Spruch, daß „am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen soll", wahr zu machen. Auch diese Aufgabe hat Graf Brockdorff-Rantzau unter den richtigen Gesichtspunkt gestellt, indem er schreibt (S. 55), daß die Arbeiter „nicht inmitten gestei-

gerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabgesetzt werden dürfen". Hier und nicht in dem Materiellen, in der Verteilung der Wirtschaftsgüter ist der Kernpunkt der sozialen Frage zu suchen.

Deutschlands Zukunft ist nicht so hoffnunngslos, wie sie vielen erscheint. Die Solidarität der Demokratie, auf die Graf Brockdorff-Rantzau verweist (S. 31), ist gewiß keine sehr weitgehende, aber sie ist doch immerhin eine gewisse Macht, und diese Macht kann maßgebend werden, wenn in mehr und mehr Staaten die Erkenntnis durchbricht, auf die ebenfalls Graf Brockdorff-Rantzau verweist (S. 58), daß ihr eigenes Interesse sie zwingt, den Weg der reinen Gewalt- und Unterdrückungspolitik zu verlassen. Schon jetzt zeigt sich, daß die ungeheuren finanziellen Verpflichtungen, die die Entente uns auferlegt, für sie selber die allerübelsten Rückwirkungen haben. Sie schneiden sich mit der Durchführung dieser Forderungen ins eigene Fleisch. Das Wirtschaftsleben ist in England in einer viel größeren Zerrüttung als in Deutschland, die Arbeitslosigkeit viel umfassender, ebenso wie der Mangel an Aufträgen für die Industrie und den Schiffbau, und man beginnt zu erkennen, daß dieser Zustand die unmittelbare Folge des Friedens von Versailles ist. Die Neutralen stöhnen über die Minderwertigkeit der deutschen Valuta noch mehr als wir selber, denn ihre Fabriken stehen still, die Läger ihrer Handelshäuser sind gefüllt und die Waren können nicht abgesetzt werden, weil Deutschland mit seiner schlechten Valuta nicht importiert, aber um so mehr exportiert.

So schwer es uns bei dem bitteren Unrecht, das uns tagtäglich neu zugefügt wird, bei der immer erneuten Schmach, die auf unser Haupt gehäuft wird, werden mag, wir müssen auf den Gedanken einer neuen kriegerischen Erhebung und eines Revanchekampfes verzichten. Ich weiß, was ich damit sage. Mein ganzes Leben bäumt sich dagegen auf, aber der Weg von 1813 ist uns heute, nachdem wir die Monarchie verloren haben, verschlossen.

Das national völlig geschlossene Frankreich konnte auch als Republik einen Revanchekrieg führen; das von tiefen, historischen und sozialen Gegensätzen zerrissene Deutschland kann es nicht.

Gefühlspolitik hat uns ins Unglück gestürzt. Nur Politik des klar überlegenden Verstandes kann uns wieder in die Höhe führen und Deutschland den ihm gebührenden Rang unter den großen Völkern

der Erde wiedergeben. Man hält mir entgegen, daß die Franzosen offensichtlich entschlossen sind, den Rhein dauernd besetzt zu halten. Wie wollen wir sie von dort wieder vertreiben ohne neuen Krieg? Die Aussicht, das verlorene deutsche Gebiet hier und anderswo auf dem Wege der Völkerversöhnung für Deutschland zurückzugewinnen, ist doch nicht ganz ausgeschlossen. Wie will Frankreich die militärische Last, die es sich mit der Besetzung des Rheins und der dauernden Besorgnis vor dem deutschen Rückschlag auferlegt, auf die Dauer tragen? Wenn sich erst die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß alles Geld, was man den Deutschen abpressen kann, doch nicht entfernt ausreicht, die überkommene Schuldenlast zugleich mit den Erfordernissen einer solchen Politik zu tragen? Es wird nicht lange dauern, so wird die ganze Welt von der Empfindung, daß Frankreich der Friedensstörer ist, der die Völker nicht zur Ruhe kommen läßt, erfüllt sein. Damit gewinnt Deutschland den Bundesgenossen, mit dem sich wieder Politik machen läßt. Es ist der Weg, den zu gehen, uns auch dieses Buch empfiehlt. Ich kann nur raten und wünschen, daß er eingeschlagen werde, besser ausgedrückt, daß der genommene Weg unbeirrt eingehalten werde.

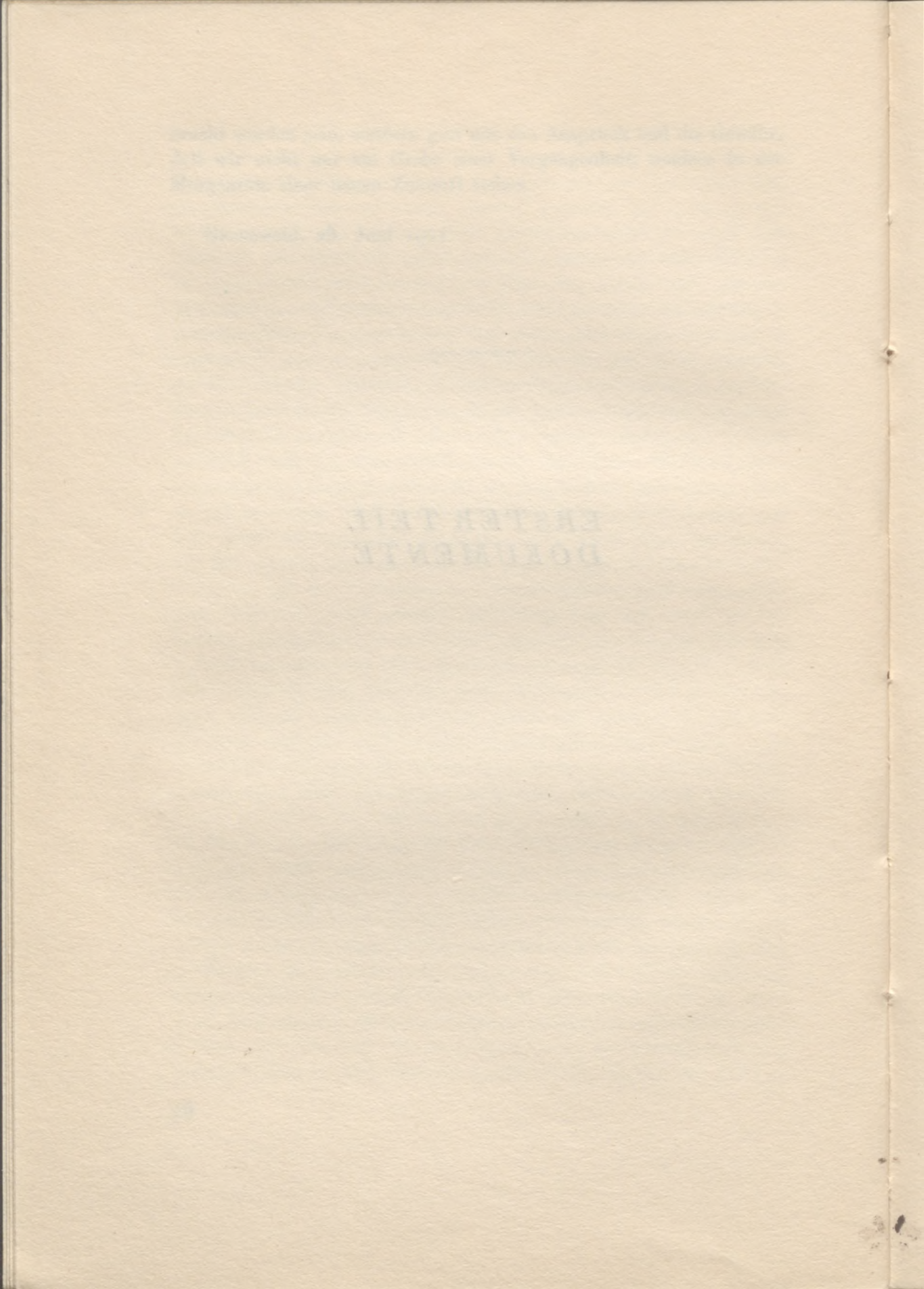
Ich weiß, daß man Politik im höheren Sinne nicht mit dem bloßen Verstande machen kann. Den Untergrund muß ein großer Glaube bilden. Ich spreche denjenigen, die heute ein zukünftiges neues 1813 hoffen, wenn auch der Verstand keine Möglichkeit dafür zu erblicken vermöge, das Recht des Glaubens nicht ab. Aber auch die Gegenseite hat das Recht ihres Glaubens. Es ist wahr, die Weltgeschichte hat sich in allen vergangenen Jahrtausenden im Machtstreit der Völker und in Heldenkämpfen bewegt. Aber folgt daraus, daß es auch in alle Zukunft so sein muß?

Die verschiedenen Epochen der Weltgeschichte, die wir hinter uns haben, haben sehr verschieden ausgesehen. Vieles hat sich wiederholt; viele Lebensformen sind vergangen und ganz andere sind an ihre Stelle getreten. Wer sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß das alte Deutschland zugrunde gegangen, nicht wiederherstellbar ist und nur noch als eine stolze Erinnerung weiterleben kann, der muß sich erfüllen mit dem Glauben, daß wir jetzt ein neues Ziel eines Zeitalters der Freiheit und Gerechtigkeit aufzustellen und für dieses zu kämpfen haben. Das unsägliche Leiden und der unvergleichliche Heldenmut kann nicht vergeblich aufge-

bracht worden sein, sondern gibt uns den Anspruch und die Gewähr, daß wir nicht nur am Grabe einer Vergangenheit, sondern in der Morgenröte einer neuen Zukunft stehen.

Grunewald, 28. Juni 1921

ERSTER TEIL
DOKUMENTE



Bedingungen für die Übernahme des Postens als Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Vertrauliches Schreiben an den Volksbeauftragten Scheidemann
Kopenhagen, 9. Dezember 1918

An den Volksbeauftragten Herrn Philipp Scheidemann
Vertraulich! Berlin

Sehr geehrter Herr Scheidemann!

Der Appell, den sie an mich richten, hat mich in eine sehr schwierige Lage versetzt. Ich glaube, nicht betonen zu brauchen, daß es mir weder an Mut, noch an Patriotismus fehlt, und daß ich jeden Posten zu übernehmen bereit bin, auf dem ich auch nur entfernt hoffen darf, dem Lande zu dienen und Positives leisten zu können. Sie wissen, daß ich den Posten des Staatssekretärs vor der Ernennung Dr. Solfs abgelehnt habe. Die Verhältnisse haben sich ja allerdings inzwischen wesentlich geändert, und zwar in einer Richtung, die mir die Arbeit bedeutend erleichtern würde; trotzdem trage ich schwere Bedenken, jetzt die Nachfolgeschaft Dr. Solfs anzutreten.

In dem beigefügten kurzen Promemoria habe ich die Bedingungen aufgezeichnet, die ich an meine Zustimmung knüpfe. Ich glaube, daß meine vertrauensvollen Beziehungen zu Ihnen und Herrn Ebert mich zu einer rückhaltlos offenen Aussprache nicht nur berechtigen, sondern verpflichten. Und da muß ich auf Grund meiner eigenen Überzeugung, wie angesichts der von mir hier auf einem neutralen, zu objektiver Beobachtung besonders geeigneten Posten gemachten Erfahrungen unumwunden feststellen, daß unsere innerpolitische Lage bisher weder klar, noch überhaupt in ihren Entwicklungsmöglichkeiten entfernt übersehbar erscheint.

Ich denke nicht daran, ungebetene Ratschläge erteilen zu wollen; nachdem Sie, sehr verehrter Herr Scheidemann, mir aber im Namen Ihrer Partei und, wie ich zu meiner besonderen Genugtuung höre,

auch auf Wunsch der unabhängigen Sozialdemokraten, das Vertrauen erwiesen haben, mich für den Posten des Staatssekretärs in Aussicht zu nehmen, fühle ich mich berechtigt, in der Aufzeichnung diejenigen Punkte zu berühren, die mir im gegenwärtigen Augenblick als die wichtigsten erscheinen, um das große Ziel, das jedem Patrioten vorschwebt, die Wahrung der Einheit des Reiches, trotz der unendlichen Schwierigkeiten zu erreichen.

Im einzelnen möchte ich hier ergänzend mit dem Anheimstellen, davon nach Ihrem persönlichen Ermessen Gebrauch zu machen, hinzufügen, daß ich bezüglich des dritten Punktes, der Schaffung einer republikanischen Armee, ein scharfes Vorgehen gegen die bolschewistischen Umtriebe und ihre Leiter bis zu den letzten Konsequenzen für unumgänglich erforderlich erachte. Anders sehe ich nicht die Möglichkeit, das größte Unglück abzuwenden. Es ist sicher die heilige Pflicht jeder gewissenhaften Regierung, keinen Tropfen Blutes unnütz zu vergießen; die Entwicklung scheint mir aber dahin zu treiben, daß, wenn um jeden Preis dieser Grundsatz jetzt durchgeführt wird, schließlich die Regierung selbst und mit ihr das ganze Land in einem Blutbad ersticken wird. Ich würde, wenn ich in die Regierung aufgenommen werde, diesen Standpunkt unbedingt vertreten.

Die Hauptbedingung, die ich an die Übernahme des Postens knüpfen muß, besteht darin, daß mir eine Mitarbeit auch bei der Lösung der inneren Fragen eingeräumt wird, denn wie ich in der Aufzeichnung hervorhebe, ist heute mehr als je der Erfolg in der auswärtigen Politik des Reiches abhängig von der innerpolitischen Entwicklung. Wir haben bisher im Auslande kein Zutrauen dafür gefunden, daß unsere Lage sich konsolidieren könnte; wir haben, wie ich hier feststellen mußte, damit dem Vernichtungswillen unserer Feinde Vorschub geleistet und die Neutralen auf das schwerste beunruhigt.

Was schließlich die Aufgabe, die mir speziell zufallen würde, den Frieden abzuschließen, anlangt, so möchte ich auch hier noch einen Punkt berühren, den ich nicht übergehen darf. Ich muß wissen, ob ich unter Umständen, das heißt, wenn die Friedensbedingungen, die uns die Feinde dik-

tieren werden, so ausfallen, daß sie eine auch nur annähernd menschenwürdige Existenzmöglichkeit für das Volk ausschließen, ermächtigt wäre, meine Unterschrift zu verweigern; oder ob nur beabsichtigt wird, den Vertrag unter Protest zu vollziehen.

Das sind in der Hauptsache, kurz skizziert, die Fragen, die ich vorlegen möchte, ehe ich mich endgültig entscheide. Selbstverständlich bin ich bereit, im gegebenen Augenblick zu mündlicher Aussprache nach Berlin zu kommen. Ich „versage" also nicht!

Nur in einem Falle müßte ich entsagen, und das wäre, wenn der Arzt mir erklären würde, daß ich dem Posten physisch nicht gewachsen bin.

Die letzten vier Jahre waren bei der täglichen Nervenanspannung nicht ohne nachträgliche Folgen für meine Gesundheit vorübergegangen. Der würdelose Zusammenbruch und das Scheitern aller Pläne und Hoffnungen, die ich auf einen günstigen Ausgang des Krieges, der bei vernünftiger politischer und militärischer Führung gesichert war, gesetzt hatte, haben jetzt, im Laufe der letzten beiden Monate, mein Herz so angegriffen, daß ich bereits einen Arzt konsultieren mußte; er verlangte unbedingt „Schonung und Ruhe"; ich denke nicht daran, mir beides zu gönnen, sondern will mitarbeiten und helfen aufzubauen; ich muß aber die Übernahme des verantwortungsvollen Postens von dem Urteil des Arztes abhängig machen, weil ich unter allen Umständen vermeiden will, körperlich zu versagen.

Sollte der Arzt mir verbieten, das Amt jetzt anzunehmen, so möchte ich bitten, trotzdem versichert zu sein, daß ich mit meinen Erfahrungen und meinen Kräften, soweit sie reichen, allezeit zur Verfügung stehe und zuversichtlich hoffe, in jedem Falle, in dem man mich braucht, zu den einschlägigen Beratungen und Arbeiten zugezogen zu werden.

Inzwischen darf ich wohl bitten, daß die Möglichkeit meiner Kandidatur unbedingt geheimgehalten wird, weil mir eine vorzeitige Erörterung in der Presse, sachlich wie persönlich, gleich unerwünscht erscheint.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Scheidemann, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Promemoria

Anlage zum Schreiben an den Volksbeauftragten Scheidemann

An den Rat der Volksbeauftragten, Berlin

Äußere und innere Politik sind praktisch untrennbare Begriffe. Ich bin außerstande, auswärtige Politik mit Erfolg zu treiben, ohne daß die innere mich stützt, ohne daß die innere sichere Vorbedingungen schafft. Was meines Erachtens heute in erster Linie nottut, ist eine absolute Stützung der Autorität der jetzigen Regierung. Sie existiert kraft revolutionären Rechtes und wird getragen durch die sittliche Zustimmung aller denkenden, ordnungsliebenden Elemente unter den organisierten Sozialisten und gleichzeitig, was niemals unterschätzt werden darf, durch die modern empfindenden demokratischen, die republikanische Staatsform bejahenden Bürger.

Die Autorität muß sichtbar für ganz Deutschland und für das Ausland gestützt werden, und zwar so schnell und so gründlich, wie die gefährliche Zusammenhanglosigkeit der deutschen Verhältnisse es gebieterisch erheischt. Dafür ist die beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung die unerläßliche Voraussetzung. Ich möchte verlangen, daß diese noch vor dem 16. Februar 1919 stattfindet. Es gibt technische Probleme, die unendlich schwieriger sind als die Berufung dieser Konstituante binnen kürzester Frist, und die auch gelöst wurden. Die Spannung bis zu ihrem Zusammentritt ist kaum noch zu ertragen. Die ganze innere Unruhe, die bisher fruchtlosen Versuche der Spartacus-Gruppe und ihrer namenlosen Mitläufer, ebenso das gefährliche Mißtrauen des Auslandes werden aus dieser Spannung und dieser Unruhe genährt. Wenn die Regierung den festen Willen zeigt, die Nationalversammlung unverzüglich einzuberufen, damit die Grundlage für verfassungsmäßige Exekutive und Kontrollinstanzen parlamentarischer und sonstiger Art geschaffen wird, wird ihre Autorität befestigt. Nur so wird es möglich sein, bauende innere und infolgedessen auch äußere Politik zu treiben.

Als eine der wichtigsten, sofort in Angriff zu nehmenden Ar-

beiten betrachte ich ferner die Sanierung und Konsolidierung unseres Kredits. Heute vegetiert Deutschland als Ganzes und auch in seinen einzelnen Teilen in zerbrochenen finanziellen und wirtschaftlichen Lebensformen. Es wird unmöglich sein, diese unhaltbaren Zustände zu beheben, wenn nicht einmal mit höchster Entschiedenheit alle Versuche abgewiesen werden, denen in den Arm zu fallen, die bisher den wirtschaftlichen Apparat geleitet haben. Der Unternehmer muß unbedingt sicher sein, daß er in seiner rein technischen Arbeit durch die dilettantenhafte Mitregiererei nicht gehemmt wird. Es ist nicht entfernt davon die Rede, den Versuch zu machen, ihm seinen Unternehmergewinn oder seine Privatprofite zu sichern, ganz und gar nicht; das sind Dinge, die uns nichts angehen; aber die Volkswirtschaft als solche hat alles Interesse daran, den Mann mit Liebe bei seinem Werk zu erhalten. Nur so wird auch die Wiederherstellung des bürgerlichen Kredits — das Wort in dem technischen Sinne Marx' genommen — gelingen; es wird dann möglich sein, diesen bürgerlichen Kredit durch große Auslandsanleihen zu stützen, zu beleben, ihm Zutrauen zu sich zu geben: und dieser bürgerliche Kredit wird in erster Linie auf die amerikanische Hilfe angewiesen sein.

Einem Volke, das keinen Staatssinn zeigt, das gestern noch die festest gefügte Staatsautorität besaß und heute nicht mehr fähig ist, eine neue moderne Staatsautorität zu errichten, wird der amerikanische oder jeder Auslandskredit versagt bleiben. Ohne die Gewährung von Kredit ist aber nicht abzusehen, wie wir aus dem gegenwärtigen Elend kommen und den Weg zu neuen Lebensformen beschreiten sollen. Ich denke mir, daß die Frage des ausländischen Kredits durch die geeignetsten finanziellen und wirtschaftspolitischen Kräfte des Reiches gründlich und sorgfältig geprüft werden muß, und es muß möglich sein, durch neutrale Kanäle die nötigen Sondierungen vorzunehmen.

Wir wollen Frieden haben, wir müssen also auch alles tun, was die Herbeiführung eines unser Dasein garantierenden Friedens ermöglicht. Dazu gehört, was sich von selbst ergibt, wenn die früher erwähnten Punkte auf ihre Konsequenzen geprüft werden, die Wiederherstellung einer bewaffneten Macht, das heißt die Errichtung einer re-

publikanischen Armee. Daß die großen Mächte in ihrer imperialistischen Wehr dastehen und durch sie beim Friedenskongreß gestützt werden, ist selbstverständlich; daneben aber treten nun eine Reihe kleiner Mächte, die aus dem Zerfall der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, und die sämtlich mit eilfertiger Beflissenheit Armeen herstellen, um Deutschland macht- und wirtschaftspolitisch noch mehr in die Enge zu treiben und ihm den Nahrungs- und Lebensspielraum weiter einzuengen. Erscheint Deutschland ohne eine militärische Sicherung seiner politischen Autorität auf dem Friedenskongreß völlig wehrlos, also der Willkür unserer Feinde und deren neuen Bundesgenossen ausgeliefert, so ist es klar, mit welchem Erfolg der Friedensunterhändler deutsche Interessen wird vertreten können. Er wird auf leere platonische Proteste beschränkt sein, und die Gegner werden bei dieser politischen Ohnmacht des Reiches sich im Überschwang ihrer Gefühle durch keine Rücksicht beengt fühlen. Ich nehme an, daß Wilson, seinem Programm getreu, alles aufbieten wird, um Deutschlands Position unter den Völkern dieser Erde nicht ganz auf Null reduzieren zu lassen. Aber wenn wir ihm nicht helfen, unsere Sache zu vertreten, so wird seinem Bemühen schwerlich Erfolg beschieden sein. Er muß sich berufen können auf die deutsche Kraft, aus diesem Zusammenbruch ungeahnter und unerhörter Art schnell und gründlich die Konsequenzen gezogen und die Bahnen zu einer Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse gefunden zu haben.

Zum Schluß möchte ich noch auf die bisherige Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte hinweisen. Rührend an ihren Bemühungen ist der gute Wille, mit dem sie in das Labyrinth der inneren und äußeren Schwierigkeiten der deutschen Lage sich hineingewagt haben. Es zeigt, wie gründlich der Krieg und der Aufenthalt im Schützengraben die Massen des Volkes zu politisieren angefangen hat, aber gleichzeitig zeigen die Verhandlungen und die bisherige Tätigkeit dieser Arbeiter- und Soldatenräte, daß ihnen die elementarste Technik politischen Denkens und politischen Handelns fehlt. Sie ahnen nicht, wie verzweigt auch die einfachsten Probleme politischer, wirtschaftlicher und finanztechnischer Art sind. Sie ahnen nicht, was dazu gehört, mit einiger Konsequenz die Exekutive zu kontrollieren, sie sehen nicht, daß selbst der unzulänglichste Parla-

mentarier früherer Art vor ihnen immer noch ein gewisses, durch die Praxis anerzogenes Gefühl für die politischen Probleme voraus hat. Darum müßte man, mit aller Vorsicht, die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte einschränken. Man müßte sie durch Vorträge von Berufenen über die großen Linien der politischen Maßnahmen unterrichten, aber jedem Versuch, mit- und durcheinander zu regieren, mit äußerster Energie entgegentreten. Es wird sich kein politisch bauender Mensch dazu hergeben, auf unklare und auf mangelnder Beherrschung des Stoffes beruhende Vorschriften oder Ratschläge dieser ungezählten Arbeiter- und Soldatenräte einzugehen.

Das etwa sind die Hauptgesichtspunkte, unter denen für mich eine positive Arbeit in der heutigen Lage des Reiches auf dem Gebiete der auswärtigen Politik möglich wäre.

gez. Brockdorff-Rantzau, Deutscher Gesandter

Kopenhagen, den 9. Dezember 1918.

Programmatische Erklärung nach der Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Kopenhagen, 24. Dezember 1918

Ich mache mir keine Illusionen über die ungeheuren Schwierigkeiten, die mich in meinem neuen Amte erwarten. Was mir aber Kraft und Zuversicht gibt, ist *mein unerschütterlicher Glaube an das deutsche Volk und seine Zukunft*. Die erste und vornehmste Aufgabe, die meiner harrt, ist die Herbeiführung *eines Rechtsfriedens*. Die Fundamente sind gelegt, sie finden sich in den 14 Punkten, in denen der Präsident Wilson seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hat, sowie in den darauf folgenden Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie sind durch das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober dieses Jahres von Deutschland und durch die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November auch von den Alliierten Regierungen mit den bekannten zwei Einschränkungen (verschiedene Auslegungen des Begriffes der Freiheit der Meere und der Entschädigungsfrage) angenommen worden. Wenn es gelingt, einen Rechtsfrieden zu schließen, aber auch nur in diesem Falle, ist die Basis für einen Völkerbund gegeben, dessen Errichtung ich aus innerster Überzeugung anstrebe, und ich weiß, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, das jetzt sein Schicksal selbst in die Hand genommen hat, hinter mir steht.

Programmatische Erklärung beim Amtsantritt

Berlin, 2. Januar 1919

Mein Bestreben wird sein Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Überhebung vermeiden; zu meinem Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen: Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfruf gemacht; Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: „Der Balkan den Balkanvölkern", so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen".

Völkerbund
und Selbstbestimmungsrecht der Völker

Ansprache an die Vertreter der deutschen Presse

Berlin, 15. Januar 1919

Meine Herren! Der Umstand, daß die Deutsche Waffenstillstandskommission morgen in Trier mit Vertretern der Entente über eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu verhandeln beginnt, hat mir den Anlaß gegeben, Sie hierher zu bitten. Es liegt mir daran, durch Ihre Vermittlung dem deutschen Volke zu sagen, daß, wie schwere Anforderungen auch die nächste Zeit an uns stellen wird, ein Grund zum Verzweifeln nur dann vorhanden ist, wenn wir uns selbst nicht die nötige Kraft zutrauen, als einiges Volk zu den endgültigen Friedensverhandlungen zu gehen. Als unsere Waffenstillstandskommission in dem Walde von Compiègne zu dem Abschluß des ersten Waffenstillstandsvertrages kam, da schien ihr in den Wilsonschen 14 Punkten und vor allem in der Idee des Völkerbundes die Grundlage für die Neugestaltung der Welt bestehen zu sollen.

Der Gedanke des Völkerbundes wurde von uns mit all dem Idealismus aufgenommen, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Mit all diesem Idealismus stehen wir auch heute hinter ihm. Wir sind durch die Sachlage dazu gezwungen, Bedingungen, die uns der Gegner in den militärischen Waffenstillstandsverhandlungen aufzwingt, als die Geschlagenen mit Protest hinzunehmen oder sie abzulehnen. Niemand kann uns jedoch durch Zwang und Gewalt dazu bringen, von der Überzeugung zu lassen, daß die sittlichen Kräfte in allen Ländern nach einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten dürsten, und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie uns der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt sicher fühlen. Daß in einer solchen Welt, deren Zusammenleben sich auf ganz anderen Grundsätzen aufbauen wird, als sie bisher in der Sprache, den Methoden und den Gedankengängen

der Politik üblich waren, kein Platz ist für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, bedarf keiner Erwähnung. Ebenso ist es selbstverständlich, daß dieses Prinzip in dem gleichen Maße jedem Volke zugute kommen muß. Jedes gegenteilige Vorgehen hieße neuen Haß zwischen die Völker säen, und zudem würde es nur diejenigen Kräfte stärken, die vorgeben, es bedürfe einer gewalttätigen sozialen Weltrevolution und der terroristischen Diktatur des Proletariats, um endlich menschenwürdige Zustände in der Welt herbeizuführen.

Meine Herren! *Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt.* Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch die kleinlichen Mittel, durch Intrigen und Vorzimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden beliebte. Ebensowenig dürfte er gefördert werden dadurch, daß wir versuchen, wie einzelne Preßorgane, die die alten Zeiten immer noch nicht verschwunden glauben, es vorschlagen, Verwirrung in die Reihen unserer Gegner zu bringen. Wenn wir diese Gegner erst uneinig machen müßten, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß schließlich doch nur das Gute in der Welt von Bestand ist, dann könnten wir ja von vornherein bei ihnen nicht das voraussetzen, was das dringendste Erfordernis für die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedeutet: die sittliche Überzeugung. Diese zu wecken, ist unsere Aufgabe, und hierzu, meine Herren, bedarf ich Ihrer Unterstützung. Wir brauchen hierzu einen Resonanzboden im deutschen Volk, das sich freigemacht hat von einem überlebten System und nunmehr der ganzen Welt die Freiheit wünscht, die es sich innerhalb seiner Grenzen zu schaffen im Begriff ist. Auf zertrümmerten Geigen könnte auch ein Sarasate nicht spielen. So muß denn das deutsche Volk wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine neue Politik für das deutsche Volk. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Ausland, eine Politik, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Aber man wird uns fragen: Wen führt ihr in diesen Völkerbund? Dann müssen wir sagen können: *Wir bringen ein einiges Volk, das den Frieden in der Welt will und das gesonnen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.*

Rechtsfrieden, Schuldfrage, Völkerbund

Ansprache an die Vertreter der ausländischen Presse

Berlin, 24. Januar 1919

Meine Herren! Ich habe Sie hierher bitten lassen, weil mir daran liegt, die persönliche Fühlung mit Ihnen so bald wie möglich zu gewinnen, und da mir bei der Lage der Dinge keine Möglichkeit gegeben ist, Sie in absehbarer Zeit einzeln zu empfangen. Wenn ich auch die Herren der Presse derjenigen Länder, mit denen wir noch nicht wieder in normalen Beziehungen stehen, ersucht habe, sich hier einzufinden, so bitte ich, dieses nicht mißzuverstehen. Ich weiß wohl, daß der Waffenstillstand theoretisch eine Form des Kriegszustandes ist. General Foch hat denn auch bei den Waffenstillstandsverhandlungen erneut darauf hingewiesen, daß die Völker hüben und drüben sich noch als Feinde gegenüberstehen. Ich bin kein General. Wer wie ich eine aufrichtige Verständigung anstrebt, dem kann es nicht dienen, bei jeder Gelegenheit formalistisch die Gegensätze zu unterstreichen. Wir müssen versuchen, menschlich auf die Dinge zu sehen und uns über die Grundlagen zu verständigen, auf denen später ein friedlicher Verkehr erwachsen soll.

Meine Herren! Meine erste Aufgabe an dieser Stelle wird es sein, daran mitzuwirken, daß die Neuordnung der Welt, die auf den größten aller Kriege folgen wird, sich auf einem Frieden des Rechts aufbaut. Das ist der wahre Begriff des „Sieges der Gerechtigkeit“. Die Gerechtigkeit ist ein zu erhabener und tiefer Gedanke, als daß wir uns damit begnügen dürften, ihn allein auf die Vergangenheit zu beziehen. Nur der hat das Recht, als weiser Richter über die Fehler der Vergangenheit zu urteilen, der in sich Berufung, Kraft und Überzeugung fühlt, um der Zukunft eine Unterlage zu geben, die von Irrungen und Ungerechtigkeiten frei ist.

Meine Herren! Ich will offen zu Ihnen sprechen. Ich habe nur widerwillig die letzten Reden der französischen Staatsmänner bei der Eröffnung der Friedensvorbesprechungen zur Kenntnis genommen.

Es ist mir kaum möglich zu fassen, wie die Herren Clémenceau und Poincaré von dem Siege der Gerechtigkeit sprechen können, nachdem Clémenceau noch vor einigen Tagen bekannt hat, er sei ein Anhänger des alten Systems in der Politik, dieses alten Systems der Allianzen und jenes fragwürdigen europäischen Gleichgewichts, das mehr als irgendeine Einzelperson die Schuld für das in den letzten vier Jahren vergossene Blut trägt.

Gegen eine solche Sinnesart mit einer Sintflut von Papier zu arbeiten, das hat wahrlich keinen Zweck; aber wir sind gerade im Interesse der Gerechtigkeit dazu verpflichtet, stets wieder auf die wahren Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen, damit uns die Geschichte nicht vorwerfen kann, wir hätten nicht genug für einen rechtlichen Abschluß der Feindseligkeiten getan und hätten versäumt, gegenüber Forderungen, die sich als rücksichtslose Gewalt darstellen, auf den wahren Stand der Dinge mit Nachdruck hinzuweisen. Es scheint jedoch fast, als ob die Reden der französischen Staatsmänner mit besonderem Eifer versuchten, die Aufmerksamkeit der Welt von dieser zentralen Frage des Augenblicks abzulenken. Sie beschäftigen sich mit der S c h u l d a m K r i e g e, von der sie wissen, daß sie tatsächlich alle gerechtdenkenden Menschen interessieren muß. Sie sehen aber in diesem Problem nur die Frage nach zehn oder zwanzig Personen, die etwa persönlich an dem Unglück, das wir erlebt haben, besonders schuldig sein sollen. Sie müssen diese Frage so sehen, denn sie sind ja, wie Herr Clémenceau sagte, Anhänger des alten Systems.

Nun, meine Herren, wir in Deutschland sind auch an der Aufdeckung der Schuld am Kriege aufs höchste interessiert. Es ist seitens der neuen deutschen Reichsregierung bereits der Vorschlag gemacht worden, eine neutrale Kommission einzusetzen, die diese Frage auf der breitest möglichen Grundlage untersuchen soll: es wurde vorgeschlagen, daß ihr alle Akten und geheimen Archive der Welt für ihre Untersuchungen geöffnet werden sollen. Wir glauben, daß nur so ein objektives Bild der Vorgänge gewonnen werden kann, die im Jahre 1914 zum Ausbruch der Feindseligkeiten geführt haben. Es kommt darauf an, den Geist festzustellen, aus dem heraus Entschlüsse möglich waren, die den Tod von Millionen zur Folge hatten.

Auf die Änderung dieses Geistes haben die Staatsmänner von heute und morgen ihr Augenmerk zu lenken. S o l a n g e d e r Re-

vanchegedanke lebt, wird es Kriege geben. Solange nationale Güter vergewaltigt werden, müssen Völker im Drange nach Freiheit zu den Waffen greifen. Solange es Irredenten gibt, werden die Staatsmänner nur zögernd und ohne Offenheit miteinander sprechen können. Darum ist die Frage nach der Schuld am Kriege sicher einer der zentralen Punkte, an denen sich die Frage nach dem neuen System in der Politik und nach der Neuordnung zwischen den Völkern entscheiden wird. Aber es darf gerade deshalb, wenn man dieser Frage nachgeht, keine Einseitigkeit geben, und der Mut der Offenheit darf nicht nur von der einen Seite verlangt werden.

Meine Herren! Nur wer ein schlechtes Gewissen hat, kann sich dem Wunsche entziehen, das Seinige zu tun, damit die Frage der Schuld am Kriege eine so allseitige Beleuchtung wie möglich erhält. Ich meine mit dem schlechten Gewissen nicht etwa die Angst davor, daß Missetaten, die irgendwer irgendwo und irgendwann begangen hat, ans Tageslicht kommen. Das schlechte Gewissen ist bei allen denen zur Stelle, die nicht recht wissen, wie sie sich zu diesen und jenen Lebensäußerungen des Systems vergangener Zeit zu stellen haben. Herr Poincaré hat in seiner letzten Rede wieder die ganze wohlbekannte Greuelhetze gegen das deutsche Volk losgelassen. Es liegt ihm nicht daran, die öffentliche Meinung endlich einmal zu entgiften. Moralische Siege werden nicht durch Beschimpfungen gewonnen. Moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkerbund sein, wo jedes Volk bereit ist, seine individuellen Wünsche in Frieden und versöhnlicher Sinnesart mit den anderen zu besprechen. In diesen Völkerbund kann Deutschland nicht als ein Paria eintreten, und ebensowenig kann es seinerseits diesem Völkerbund Vertrauen entgegenbringen, wenn man es bei seinem Eintritt mit Verleumdungen und übler Nachrede empfängt. Auch hier liegt eine Erkenntnis, die ich den französischen Staatsmännern wünschen muß, falls sie in der kommenden Gesellschaft der Völker versuchen wollen, mit Autorität aufzutreten — wenn anders ihnen überhaupt an dieser Liga der Nationen gelegen ist.

Meine Herren! Das deutsche Volk hat durch die Revolution seinen bisherigen Platz in der Welt mit einem neuen vertauscht. Es

ist aus dem Zuschauerraum des Theaters, in dem das Stück von der Freiheit gespielt wird, aus eigenem Entschluß auf die Szene gestiegen und handelt nun selbst. Seine Aufgabe ist klar und eindeutig die, nach dem Zusammenbruch ans Aufbauen zu gehen. Dieser Aufbau wird aber nur dann ein wirklich fruchtbarer sein und über die nächste Zeit hinaus Früchte tragen können, wenn das deutsche Volk gleichberechtigt Seite an Seite mit den anderen Völkern gehen kann, jene Solidarität der Demokratie zu schaffen, die allein Glück, Friede und Wohlfahrt in der Welt zu sichern vermag.

Deutschlands auswärtige Politik

Programmrede vor der Verfassunggebenden
Deutschen National-Versammlung
Weimar, 14. Februar 1919

Meine Damen und Herren! Die neue Regierung hat mich als Minister des Auswärtigen in meinem Amte bestätigt. Das gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik des Reiches im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Die bisherige Regierung, der ich meine Dienste zur Verfügung gestellt hatte, wurde von unseren Gegnern nicht in vollem Umfange als verhandlungsfähig anerkannt, weil ihr die Bestätigung des Volkswillens fehlte. Dieser Mangel ist jetzt behoben. Der Volkswille hat sich nach dem demokratischen Prinzip der Mehrheit erklärt, und dadurch ist auch für meine Geschäftsführung die feste Grundlage geschaffen, die zu ihrer Wirksamkeit unumgänglich nötig war.

Auch jetzt entbehrt allerdings die deutsche Außenpolitik jeder Bewegungsfreiheit. Die Erbschaft, die das zusammengebrochene alte System der neuen Regierung hinterlassen hat, ist eine Konkursmasse, und doch weiß ich, daß ich vor der Geschichte regreßpflichtig gemacht werde, auch wenn ich diese Masse nicht nach freier Entschließung, sondern nach dem Willen der Gläubiger liquidieren muß. Ich stelle diese Tatsache fest!

Aber es ist heute nicht die Zeit, zurückzuschauen und mit allen den Fehlern zu rechten, die vor dem Zusammenbruch begangen wurden. Ich wende mich daher zu dem, was mir in der nächsten und der ferneren Zukunft zu tun obliegt.

Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zu der Völkergemeinschaft.

Die Beseitigung des Kriegszustandes ist ein dringendes Bedürfnis der ganzen Welt. An Deutschland hat es nicht gelegen,

daß er noch besteht. Als sich die frühere deutsche Regierung mit der Entente und den Vereinigten Staaten auf die Wilsonschen Friedensgrundsätze einigte und auf dieser Basis die harten Waffenstillstandsbedingungen annahm, konnte niemand glauben, daß der Friede noch so lange auf sich warten lassen würde. Leider hat *Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt*, sondern ihnen nur die Möglichkeit gegeben, *durch wiederholtes Drohen* mit Erneuerung der Feindseligkeiten *weitere Zugeständnisse von uns zu erlangen*. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören und die sie unter dem Druck der Waffen einseitig zu unserem Nachteile zu lösen gedachten, während sie nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zu lösen waren. *Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen*. Verlassen wir in diesen Fragen den Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit, so können wir uns nicht wundern, wenn wir auch beim Friedensschluß als Parias behandelt werden. *Man kann uns Gewalt antun, man kann uns aber nicht zwingen, Gewalt als rechtsverbindlich anzuerkennen.*

Wir haben einen baldigen Frieden erwartet, weil die Waffenstillstandsbedingungen nur Sinn hatten, wenn sie auf kurze Dauer angelegt waren. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir jetzt im Osten gut brauchen könnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Trotzdem werden die Bedingungen des Waffenstillstands von Monat zu Monat verschärft. Wenn die Gegner glauben, uns strafen zu müssen, so dienen sie der Rache statt der Gerechtigkeit und töten den Geist, in dem nach ihren eigenen Erklärungen der Friede geschlossen werden sollte. Um die vorgeblich immer noch gefürchtete deutsche Streitmacht unfähig zur Wiederaufnahme des Kampfes zu machen, behalten die Gegner einseitig die deutschen Kriegsgefangenen zurück, halten sie die Hungerblockade gegen Deutschland aufrecht. Jetzt ist Deutschland längst kein Gegner mehr, den die Entente militärisch zu fürchten hätte. Die Demobilisierung ist vollzogen. Wir haben mehr getan als demobilisiert. Die Demobilisierung, zu der uns der Waffenstillstand verpflichtet, bedeutet die

Zurückführung des Feldheeres auf den Friedensstand. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat; diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschland und eine Anerkennung der Wahrheit, die einer der Großen von Weimar in die Worte gekleidet hat: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. *Aber unsere Feinde lehnen wir als Richter wegen Befangenheit ab.* Ihre Zahl macht ihre Zuständigkeit nicht größer. Nicht dem Spruch des Siegers, nur dem Urteil des Unparteiischen können wir uns innerlich beugen.

Deshalb werde ich mich von den Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms, wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Dazu gehört in erster Linie die bindende Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine *internationale Schiedsgerichtsbarkeit und der Verzicht auf eine Rüstung*, die es erlauben würde, einen Nachbar mit Machtmitteln zu überfallen. Zu beiden Beschränkungen unserer Souveränität sind wir bereit, *wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen.*

Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei den Haager Friedenskonferenzen in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Sie war nicht nur durch eine übertriebene Scheu vor den Schwierigkeiten der Lösung, sondern auch durch eine falsche Einschätzung des politischen Wertes von Macht und Recht veranlaßt.

Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Geständnis ein, daß das deutsche Volk im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet und daß es ihn mit einer Barbarei geführt habe, die ihm ausschließlich eigen sei. *Wir haben uns über jahrelange Kriegspläne unserer Gegner* und über schwere Grausamkeiten ihrer Kriegführung zu *beklagen* und sind bereit, über die Schuld am Kriege und Schuld im Kriege unparteiische Männer urteilen zu lassen, die das Vertrauen aller Kriegführenden genießen. Deshalb halten wir an den Wilsonschen Grundsätzen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete

der Besiegten abzutreten sind. Verpflichtet und bereit sind wir, die Schäden wieder gutzumachen, die in den von uns besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung durch unseren Angriff entstanden sind. Wenn wir aber in diesen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt und etwa den Kriegszustand deshalb verlängert, um einen völkerrechtlichen Vorwand für diese Fronarbeit zu haben. Unsere Gegner verdanken den Sieg zu überwiegend großem Teil nicht ihrer militärischen, sondern ihrer wirtschaftlichen Kriegführung. Daraus folgt, daß der Friede, den wir schließen wollen, nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein wirtschaftlicher Friede sein muß. Mit Recht hat Präsident Wilson den Grundsatz wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung als eine Hauptbedingung für einen gerechten und dauerhaften Frieden bezeichnet, für den er seine hohe Autorität eingesetzt hat. Wir dürfen daher annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Sie laufen daraus hinaus, die Deutschen auch nach dem Frieden unter ein Ausnahmerecht zu stellen, das gleichzeitig für ihre Ehre entwürdigend und für ihre wirtschaftliche Betätigung in der Welt lähmend und vernichtend sein würde. Es ist klar, daß auch eine nur zeitweise Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs für uns unannehmbar wäre. *Man darf ein Volk wie das deutsche nicht als Volk zweiter Klasse behandeln*, man darf ihm nicht vor Eintritt in den Völkerbund eine Quarantänezeit auferlegen, so wie man ein Schiff wegen Pestgefahr vor dem Hafen zurückhält. Wenn wir uns auf gerechte Friedensbedingungen einlassen und für ihre Erfüllung die Sicherheit stellen, die ein verständiger Vertragsgegner fordern kann, so liegt kein Grund vor, uns die *Meistbegünstigung* zu versagen.

Allerdings müssen auch wir auf dem Gebiet der *Handelspolitik* umlernen. Wir haben uns nicht immer von der Wahrheit leiten lassen, daß auch in den Beziehungen der Völker der Satz gilt: Wenn du nehmen willst, so gib. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Mit bureaukratischen Mitteln lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker, die durch den Krieg tief zerrüttet sind, nicht wiederherstellen. Es kommt nicht darauf an, daß der

eine dem anderen mit den Mitteln der alten diplomatischen Technik wirtschaftliche Vorteile abgewinnt; auf solche Weise macht man aus Wirtschaftsverträgen, die die Völker fester miteinander verknüpfen sollten, Gegenstände des Streits und Gründe der Entfremdung. Die wirtschaftlichen Unterhändler müssen sich von dem Geiste des ehrlichen Kaufmanns leiten lassen, der das Geschäft für das beste hält, an dem beide Teile verdienen. Deshalb ist mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Ich vertraue darauf, daß unser wirtschaftlicher Auslandsdienst künftig die Handelsfreiheit, die uns ein Rechtsfrieden bringen muß, in einer Weise ausnutzen wird, die gleich weit von unsolider Schleuderwirtschaft wie von engherziger Krämerpolitik entfernt ist. Auf diesem Wege werden wir am ersten die Abneigung anderer Völker gegen Deutschlands geschäftliche Methoden aus dem Wege räumen, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Atmosphäre des Krieges vorzubereiten.

Handel und Schiffahrt gehören untrennbar zusammen. Die Freiheit des Handels aber setzt Freiheit der Meere voraus. Deshalb ist für Deutschland der Punkt des Wilsonschen Programms, der von der Freiheit der Meere spricht, einer der wichtigsten. Dabei kommt es uns weniger auf die Regeln des Seekriegsrechts an. Wir wollen jetzt nicht von neuen Kriegen reden, als vielmehr von friedlicher Benutzung der Straßen der See und ihrer Küsten und Häfen. Über diesen Hauptpunkt des künftigen Friedensrechts herrscht aber noch keine Klarheit. Die Entente hat sich im vorigen Herbst ihre Zustimmung dazu vorbehalten, und die Bedingungen, die sie Deutschland im Zusammenhang mit dem Versprechen der Lieferung von Lebensmitteln und mit Verlängerung des Waffenstillstands gestellt hat, lassen befürchten, daß sie Deutschland seiner gesamten Handelsflotte berauben will. Was bedeutet aber für uns die Freiheit der See, wenn wir keine Schiffe haben, um sie zu befahren? Wie können wir unsere Einfuhr und Ausfuhr mit unseren Wirtschaftsbedürfnissen in Einklang bringen, wenn wir darauf angewiesen sind, die fremde Tonnage zu benutzen, die uns die anderen Völker vielleicht widerwillig und zu Wucherpreisen ablassen? Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehrung

seiner Wirtschaftsentwicklung. Eine solche Umgestaltung kann sich nicht ohne krampfhafte Zuckungen vollziehen, die eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würden.

Ohne Kolonien kann Deutschland ebensowenig in den Völkerbund eintreten wie ohne Handelsflotte. Nach Wilsons Programm sollen Kolonialfragen eine freie, weitherzige, unbedingt unparteiische Schlichtung finden. Im Sinne dieses Programms erwarten wir Rückgewähr unseres Kolonialbesitzes, der uns zum Teil unter Bruch internationaler Verträge, zum Teil unter fadenscheinigen Vorwänden genommen worden ist. Wir sind bereit, über Abtretung dieser oder jener Kolonie zu verhandeln, aber wir wollen das als rechtmäßige Eigentümer tun.

Die künftige Kolonialpolitik soll, wie Präsident Wilson verlangt, die menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen unter allen Umständen gewährleisten. In dieser Richtung sind — wir müssen es bekennen — auch von uns Fehler begangen. Die Tätigkeit der Missionen, an der Deutschland einen großen, jetzt leider durch den Krieg schwer beeinträchtigten Anteil hatte, muß schon im Interesse der Eingeborenen gesichert werden. Im Zusammenhang hiermit stimmen wir dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält; freilich wird die Beteiligung an kolonialer Tätigkeit für uns nur Bedeutung haben, wenn den tüchtigen Firmen, die als eigentliche Träger der praktischen Kolonialpolitik Deutschlands zu betrachten sind, Ersatz für die Schäden geleistet wird, die ihnen durch die Feinde zugefügt worden sind.

Wenn wir uns also gegen die Beschlagnahme unserer Kolonien mit allem Nachdruck verwahren, so müssen wir auf der anderen Seite darauf gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Dies gilt vor allem von Elsaß-Lothringen, unseren Reichslanden, deren Wiedergewinn die Frucht unserer Siege und das Symbol der deutschen Einheit war. Sie wissen, daß Präsident Wilson die Forderung aufgestellt hat: Das Unrecht, das Deutschland 1871 durch Annexion Elsaß-Lothringens begangen hätte, sollte wieder gutgemacht werden. In der Tat, vom Standpunkt der neuen internationalen Moral, die Wilson vertritt, nach der die Be-

völkerungen im Spiel der Mächte nicht wie Schachfiguren hin- und hergeschoben werden dürfen, war es ein Unrecht, über Elsässer und Lothringer ohne ihren Willen, ja ohne Beachtung der Sprachgrenzen, zu verfügen. Ich will hier nicht auf früheres Unrecht hinweisen, das zuerst dem deutschen Volke zugefügt wurde. Ich akzeptiere Wilsons Standpunkt, weil es auf das Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens ankommt. Diesem Recht wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes behandelt, wenn sie alle Elemente vertreibt oder gefangensetzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwelschung antastet.

Noch hat die Friedenskonferenz nicht ihr Siegel unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt, noch ist Elsaß-Lothringen von Rechts wegen Reichsland. Daraus leiten wir die Befugnis her, für das Recht der Elsaß-Lothringer einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Mögen sie französische Departements werden wollen oder deutscher Freistaat, mögen sie Autonomie vorziehen oder volle Selbständigkeit, Deutschland wird nicht eher glauben, daß das neue Europa auf Gerechtigkeit gegründet ist, ehe nicht die feierliche Zustimmung des ganzen elsaß-lothringischen Volkes den Friedensartikel bekräftigt hat, der die Zukunft des Landes feststellt.

Geht schon die Behandlung der Reichslande über das vereinbarte Friedensprogramm hinaus, so bedeutet der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayrische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie die früheren Pläne deutscher Chauvinisten, das Becken von Longwy und Briey für das Reich zu annektieren. Die historische Begründung, die man auf französischer Seite für den Raub des Saargebiets ins Feld führt, ist zu hinfällig, als daß es sich lohnte, sie zu widerlegen. In Wahrheit kommt es den Franzosen dabei nur auf die Kohlenschätze des Saarbeckens an wie den deutschen Imperialisten damals auf die Bodenschätze des Brieybeckens. Sollten solche Gründe bei den Friedensverhandlungen durchschlagen, so lasse man jede Hoffnung auf Ver-

edelung der internationalen Beziehungen fahren. Die Schätze dieser Erde werden dann immer wieder nach dem Gesetz des Stärkeren von Hand zu Hand gehen und eine Beute der Gewalt werden.

Wer objektiv ist, muß zugeben, daß Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse hat, solange diese beiden großen Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen, jeder in der Furcht, von dem anderen überfallen zu werden. Aber eine solche Gesinnung zwischen uns und unseren Nachbarn kann die Welt auf die Dauer nicht zulassen. Es wird Aufgabe der Friedenskonferenz sein, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. *Nur versuche man nicht die Garantie darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebiets losreißt, die zu seinen wesentlichsten und lebenswichtigsten Gliedern gehören.* Sie wissen, welche Gedanken von Frankreich und Belgien her mit verdächtigem Eifer in rheinischen und westfälischen Landen verbreitet werden: *Errichtung einer selbständigen Republik*, die bald unter französische Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgeschoben worden wären. Mit großem Geschick machen sich diese Pläne zentrifugale Kräfte zunutze, die durch übermäßige Zentralisierung des ganzen Wirtschaftslebens in den Kriegsorganisationen der Reichshauptstadt und neuerdings durch gewisse Berliner Begleiterscheinungen der Umwälzung in unserem Westen ausgelöst wurden. So werden auch treue Deutsche und redliche Anhänger des Reichsgedankens Opfer einer gefährlichen Verführung, vor der ich im Interesse jeder gesunden deutschen Außenpolitik nur aufs nachdrücklichste warnen kann.

Dieselbe Warnung darf ich auch an gewisse Kreise im Süden unseres Vaterlandes richten, bei denen der Ruf „Los von Berlin" ein bis zu einem gewissen Grade zwar verständliches, aber darum nicht weniger beklagenswertes Echo findet. Mag die *Wiederherstellung der Mainlinie* für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, die schon während des Krieges eine unterirdische Propaganda unserer Feinde der Bevölkerung glaubhaft zu machen versuchte, auf die Dauer — das lehren die Jahrhunderte deutscher Geschichte — wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der getrennten

Glieder führen. Das deutsche Volk ist über alle staatlichen Grenzen, auch über die Grenzen des alten Reiches hinaus, eine lebendige Einheit, und das einige Reich ist seine natürliche Lebensform.

Es liegt mir fern, hier die Weltgeschichte rückwärts revidieren zu wollen und pangermanistische Ziele zu predigen. Blutsverwandte Völker, die in vielen Jahrhunderten eigener Geschichte sich das Recht erworben haben, als selbständige Nationalität zu gelten, rechnen wir nicht zu den Volksgenossen. Wir denken weder daran, aus Schweizern noch aus Niederländern Deutsche machen zu wollen; von den skandinavischen Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart; aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruche des Römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wir saßen mi. ihnen in der Paulskirche zusammen, und die kriegerische Auseinandersetzung, die statt der großdeutschen die kleindeutsche Idee verwirklichte, ist für die Besten unter uns immer ein Bruderkrieg gewesen. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, nachdem ihnen alle nichtdeutschen Stämme der habsburgischen Monarchie die Freundschaft gekündigt haben, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz ihre Sanktion ganz gewiß nicht versagen wird.

Schon jetzt darf die Deutsche Nationalversammlung und darf ich als Leiter deutscher auswärtiger Politik Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutsch-Österreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. Der neue tschecho-slowakische Staat verletzt das Gesetz, dem er die Selbstentstehung verdankt, indem er nicht nur die Deutschen Böhmens und Mährens mit Waffengewalt unter seine Botmäßigkeit zu zwingen sucht, sondern auch nach Südosten hin von Deutschen bewohntes Gebiet beansprucht. Das österreichische Schlesien und Gebiete Niederösterreichs, dazu deutsche Siedlungen in den österreichisch-ungarischen Grenzgebieten, will der neue Staat unter seine Herrschaft beugen, um seinen wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang zu befriedigen. Selbst auf deutsches Reichsgebiet droht er überzugreifen. Gegen solche Übergriffe muß scharfer Protest eingelegt werden. Über die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschecho-slowakischen Staates, die aus der Abgeschlossenheit vom

Meere herzuleiten sind, wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen des aufstrebenden Nachbarn ein gleiches vitales Interesse wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Nichts würde für das Zusammenleben der beiden Staaten schädlicher sein, als wenn ein Volkskörper dem anderen jetzt Wunden schlüge, die nicht vernarben können, sondern immer wieder zur Vergeltung reizen müßten.

Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere jetzige Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit erklärt, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reiches mit dem polnischen Staat verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden; bis sie entschieden, gehören diese Gebiete zum Reich. Niemand ist befugt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preußische Staat und die Reichsregierung. Die leidenschaftliche national-polnische Propaganda hat die Entscheidung der Friedenskonferenz nicht abwarten wollen, sondern sich mit Gewalt gegen deutsche und preußische Behörden erhoben. Verlockt durch die leichten Erfolge, die ihnen der militärische Zusammenbruch Deutschlands ermöglichte, haben die Preußen polnischen Stammes auf unzweifelhaft deutsch besiedeltes Gebiet übergegriffen, um mit möglichst günstigem Besitzstand in die Friedensverhandlungen einzutreten. So tragen sie die Schrecknisse des Krieges von neuem in den deutschen Osten, der gleichzeitig von der größeren Gefahr des bolschewistischen Imperialismus bedroht ist. So verhindern sie uns, die preußischen Ostprovinzen wirksam vor dem gemeinsamen Gegner zu schützen.

Man sollte denken, diese Tatsachen müßten ausreichen, um jedem Politiker klar zu machen, daß es die erste Aufgabe ist, die preußischen Polen zur Ordnung zu rufen, damit sie bis zur Friedenskonferenz von der angemaßten Gewalt Abstand nehmen. Sie können sich nicht mehr auf Notwehr berufen, denn die neue deutsche Regierung hat die drückenden Sondergesetze aufgehoben und war bereit, Polen auch in der Beamtenauswahl entgegenzukommen. Trotz-

dem stellen die Polen uns als Angreifer dar — man wird wirklich an die alte Lafontainesche Fabel erinnert —, und die Entente unternimmt es, uns Anwendung von Gewalt gegen die Polen in unserem eigenen Lande zu untersagen. Die Reichsregierung hat diese Zumutung abgelehnt und die Entfernung aller bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet gefordert. Für jede andere Form der Einwirkung, mit der die alliierten und assoziierten Mächte Ruhe in polnischen Gebieten herstellen wollen, wird die deutsche Regierung volles Verständnis haben. Wir sind durch das Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, Abordnungen unserer Gegner zu diesem Zweck Durchzug von der Ostsee nach Kongreßpolen zu gestatten, und werden die Reise der Kommission, die sie uns angekündigt haben, in jeder Weise erleichtern und unterstützen.

Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Haßatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staat einen bequemen Nachbar haben werden. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Pflege der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der so verschiedenen nationalen Eigenart einen modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung der polnischen Rechte auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichselschiffahrt und durch Konzessionen auf dem Gebiet der Eisenbahnen und des Hafenwesens gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unveräußerliches westpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht. Wenn Polen verlangt, daß diese Rechte, wie überhaupt seine staatliche Selbständigkeit, unter internationale Garantien gestellt werden, so wird Deutschland nichts dagegen einzuwenden haben, solange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbarn enthalten ist.

Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Die deutsche Regierung faßt es als Pflicht auf, das Selbstbestimmungsrecht den Dänen zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich langjähriger

Völkerzwist zu aufrichtiger, dauernder Völkerversöhnung geführt wird. Das deutsche Volk ist in dem Wunsch einig, mit dem dänischen Volk in guten, durch keinen heimlichen Groll gestörten Beziehungen zu leben. Das dänische Volk wird gewiß in seiner Mehrheit dafür eintreten, daß Deutschlands Niederlage nicht mißbraucht wird, um deutsches Land dänisch zu machen. Wer aufrichtig ein gutes Verhältnis beider Nachbarländer zueinander wünscht, kann die Gefahren nicht verkennen, die die Schaffung einer Irredenta unvermeidlich nach sich zöge.

Die Probleme der Gebiets- und Wirtschaftspolitik, die ich bisher gestreift habe, sind in der einen oder anderen Form von jeher der Gegenstand der Friedensverhandlungen gewesen, mit denen die Kriegsperioden der Weltgeschichte ihren Abschluß gefunden haben. Die Verhandlungen, die uns erwarten, werden aber einen Gegenstand enthalten, durch den sie sich von allen früheren charakteristisch unterscheiden. Er spielt keine Rolle in dem Wilsonschen Programm, aber in allen Völkern, die an dem Kriege beteiligt waren — und welches Volk der Welt wäre nicht an ihm beteiligt? —, verlangen Millionen Herzen, daß diesem Gegenstand die ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet wird, und mühen sich die besten Köpfe, an der Lösung mitzuarbeiten. Ich spreche von der internationalen Regelung der sozialen Frage.

Meine Damen und Herren! Wie nach den Stürmen des Reformationszeitalters Friedensschlüsse undenkbar waren ohne Bestimmungen über religiöse Freiheit, wie nach den Erschütterungen der französischen Revolution die Frage der politischen Freiheit die Friedenskongresse bewegte, so muß nach dem Weltkriege der Volksmassen die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entschieden werden. Man kann diese Forderung schon auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung begründen, denn dieses Prinzip will jedem Gliede der Völkergemeinschaft auf den Weltmärkten gleiche Möglichkeiten eröffnen. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafterer und fortgeschrittener Nationen ausschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistünde, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Schon deshalb ist es ein gemeinsames Interesse der Arbeiterschaft aller Länder, daß der Arbeitsausbeutung in jeder Form

durch eine internationale Annäherung der sozialen Gesetzgebung ein Ende gemacht wird. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materiell, es ist edlerer Natur, ihm liegt der Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das *Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten* und nicht inmitten gesteigerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabzusinken. Dieser Gedanke hat sich mit so elementarer Kraft Bahn gebrochen, daß Kreise, die ihm jetzt noch widerstreben und ihn durch andere Ideale ersetzen möchten, seien es Ideale des Händlers oder des Helden, sich schließlich vor der Wucht sozialer Kräfte werden beugen müssen. Ich denke dabei nicht an gewaltsame Entscheidungen, im Gegenteil sehe ich z. B. *in der Gewaltpolitik der russischen Bolschewisten einen Hauptgrund dafür, daß die sozialen Gedanken, die in ihrer Bewegung enthalten sind, zum Elend statt zum Aufstieg geführt werden.* Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Gerade Deutschland läuft hier nicht die Gefahr einer zerrüttenden Umgestaltung seiner Verhältnisse. Seit Jahrzehnten hat das Deutsche Reich auf jenem Wege, den alle gehen müssen, bedeutsame Fortschritte gemacht. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Das legt uns die vornehme Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. *Es war eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten abschloß, rein kapitalistischen Charakter trugen.* Solche Verträge sind heute für jeden Sieger eine Gefahr. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenzen in Leeds und Bern zu stellen. Die Fülle dieser Bestimmungen, die gewiß für manchen der beitretenden Staaten umwälzende Neuerungen bedeuten werden, bedürfen zur Verwirklichung fortlaufender internationaler Kontrolle. Der Regierungsentwurf regelt daher die Arbeitsaufsicht unter Zuziehung der Berufsorganisationen und will internationale Instanzen zur Überwachung und Fortführung der sozialen Gesetzgebung einrichten. Geplant ist eine alle fünf Jahre in

Bern zusammentretende soziale Konferenz; eine ständige Kommission soll die laufenden Geschäfte führen und mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel dauernd Fühlung halten.

Meine Damen und Herren! Dieses große Programm einer internationalen Sozialpolitik kann nicht durchgeführt werden ohne ein dauerndes, vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller zivilisierten Nationen.

Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft, die allein eine solche Zusammenarbeit ermöglicht. Der Gedanke der Liga der Nationen, der kürzlich noch als Traumbild ideologischer Schwärmer erschien, steigt jetzt aus dem Nebelland der Utopien in das klare Licht der Wirklichkeit, in dem praktische Staatsmänner arbeiten. Schon hat man in Paris dem kommenden Völkerbund große Mengen brennender Streitfragen überwiesen, die man im Meinungsaustausch der Interessen nicht erledigen konnte.

Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden, und der Bund in erster Linie gegründet wird, um Deutschland an der Fortsetzung einer kriegerischen Politik, die uns doch völlig fernliegt, zu hindern. Dieses Mißtrauen müssen wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden.

Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen. Die Abkehr wird uns Deutschen nicht schwer fallen, denn kein Volk hat stärker als wir empfunden, wie sich der Rüstungswahnsinn schließlich ad absurdum führt. Schon aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ist Deutschland darauf angewiesen, eine Rüstung auf das Maß zu beschränken, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und der Sicherung der Grenzen nach außen irgend vereinbar ist. Sollten uns, was ich nicht annehmen will, militärische Vorbereitungen unserer Nachbarn künftig zwingen, über jenes Maß hinauszugehen, so werden gerade wir das als schwere Last empfinden, denn unsere ganze Kraft an Menschen und Mitteln gehört dem inneren Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß bei der Konzentrierung der Kräfte auf die friedliche Arbeit im Innern die äußere Politik zu kurz käme. Denn eine

Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen.

Die äußere Abrüstung allein genügt aber nicht, es muß die geistige Abrüstung mit ihr Hand in Hand gehen, und die Nation, die ihrer Jugend die edleren Ziele zeigt, wird sicherlich nicht am schlechtesten dabei fahren.

Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volk auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil des Schiedsgerichts unterbreiten. Auch auf die Gefahr hin, daß uns einmal Unrecht geschehen könnte; weil wir verkannt werden, müssen wir an dem *Schiedsgerichtsgedanken* festhalten. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, für Interessenfragen, die sich rein rechtlicher Beurteilung entziehen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen. Ein Vorbild für solche Einigungsämter bieten die bekannten Bryanschen Verträge, die schon jetzt zahlreiche Staaten verbinden und sie vor übereilten militärischen Entschlüssen zu bewahren bestimmt sind. Der Ausbau des Vermittlungswesens im Völkerbund wird dazu führen, daß Meinungsdifferenzen zwischen seinen Mitgliedern beigelegt werden, ehe sie die Schärfe angenommen haben, die einen Richterspruch fordert. Ich bin überzeugt, daß die positiven Aufgaben, die dem Bund zukünftig gestellt werden, sich nur bei fester dauerhafter Organisation werden erfüllen lassen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Verwaltungsbehörden und einer Art Bundesparlament, wie es von der interparlamentarischen Union vorbereitet ist.

Schließlich bedarf der Völkerbund gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Damit berühre ich einen der heikelsten Punkte, weil der Staat, der sich im voraus mit einer gewaltsamen Vollstreckung von Entscheidungen einverstanden erklärt, die gegen ihn selbst ergangen sind, auf einen erheblichen Teil seiner Souveränität verzichtet. Ein solches Opfer kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist und

auch seinerseits die Mittel des Zwanges zur Verfügung stellt. In einen Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können.

Im einzelnen wird die Art der Beteiligung der Staaten an den Organen des Bundes sowie die Zuständigkeit der Organe und ihre Geschäftsordnung manche Schwierigkeiten bereiten. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht so vieler Opfer und Leiden davontragen wird. Dann wird es möglich sein, daß der Haß, der uns jetzt noch von unseren Gegnern trennt, allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht nur für die feindlichen Nationen, mit deren Vertretern wir jetzt im Westen verhandeln, sondern auch vom Nachbarn im Osten, mit dem der Krieg zuerst ausbrach und der erste Friede geschlossen wurde, mit dem wir aber jetzt ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustand leben. Die russische Sowjet-Republik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, so sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Man sollte denken, daß ein solches Programm Staatsmänner aller am Kriege beteiligten Völker zusammenführen müßte. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland den Punkt der Wilsonschen Forderungen annimmt, der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker handelt.

Der Völkerbund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch diejenigen Völker zugezogen würden, denen es möglich gewesen ist, sich vom Krieg militärisch fernzuhalten. Es wird nicht angehen, Bundeseinrichtungen endgültig festzulegen, ohne daß die neutralen Staaten gehört werden! Die kriegführenden Nationen werden sie um so weniger ausschließen wollen, als sie den Neutralen vielfach zu großem Danke verpflichtet sind für die Leistungen und Opfer, die diese im Verlauf des Krieges zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich genommen haben. Ich benutze die Gelegen-

heit, den Teil der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen, und bin dabei der Zustimmung der Deutschen Nationalversammlung gewiß. Ich denke besonders an die hervorragenden unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, in Schweden und Norwegen, in den Niederlanden, in Spanien und in der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. Möge aus diesen Wohltaten eine Saat völkerbindender, rein menschlicher Gesinnung entsprießen, die dauernder als die Drachensaat des Krieges ist.

Meine Damen und Herren! Die Regierung, in deren Namen ich auswärtige Politik treiben soll, steht unter der Führung der deutschen Arbeiterschaft. Aber es ist eine Regierung vereinigter sozialer und bürgerlicher Demokratie. An dem denkwürdigen Tage, der dem Deutschen Reiche das erste selbstgewählte Oberhaupt gab, wurde darauf hingewiesen, daß die Vertreter des demokratischen Deutschland gegenüber dem Auslande jetzt erst mit vollem Recht im Namen des deutschen Volkes sprechen können. Das bedeutet für mich, solange ich mich vom Vertrauen der deutschen Volksvertretung getragen weiß, eine mächtige Hilfe, die meine Vorgänger entbehren mußten. Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren überkommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Demokratie bedeutet ja nicht Herrschaft der Masse als solche; herrschen und führen sollen immer nur die Besten. Ein gesundes Volk will es nicht anders. Der Volkswille mag in der Auswahl der Führer daneben greifen, aber er hat die Mittel, einen Fehler zu verbessern. Ich weiß, daß ich nur so lange auf diesem Platze bleiben werde, als Sie mit meiner politischen Geschäftsleitung einverstanden sind.

Meine Damen und Herren! Sie sind hier zusammengetreten, um den Bau des neuen Deutschen Reiches aufzurichten, einen Bau, der nicht kriegerischen Machtzwecken, sondern Werken des Friedens und der Gesittung dienen soll. Wenn ich Ihre Zeit solange für Fragen auswärtiger Politik in Anspruch genommen habe, so leite ich das Recht dazu aus dem Umstande her, daß diese Na-

tionalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reiche geben, wird der feste Grund sein, auf dem die deutschen Vertreter die Verhandlungen mit den Feinden führen werden. Der Geist, der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen und deshalb *die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten.*

Wir sind besiegt, aber nicht entehrt! Der größte Dichter der deutschen Freiheit sagt: *Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!* Die *Freudigkeit mag manchem von uns vergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille, bleibt bestehen. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, und ich gelobe, daß ich sie bewahren will.*

Außenpolitik und Reform des auswärtigen Dienstes

Rede vor der Verfassunggebenden Deutschen National-Versammlung

Weimar, 10. April 1919

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die zum Haushalt des Auswärtigen Amtes zu machen sind, habe ich der Nationalversammlung im wesentlichen schon in meiner Programmrede vom 14. Februar gegeben. Eine neue Rede zum Etat könnte deshalb überflüssig erscheinen. Aber die äußere Lage Deutschlands hat sich seitdem nicht unwesentlich geändert. Zwar ist der Krieg immer noch nicht beendet; unsere Gegner halten uns nach wie vor in der Zange, deren Hebel die Besetzung der Westprovinzen und die andauernde Blockade bilden. Man darf jedoch annehmen, daß der Friede vor der Tür steht, und so sind einige Worte zu den Friedensvorbereitungen am Platze. Dazu kommt, daß ich das Bedürfnis habe, der Nationalversammlung, bevor sie mir die im Etat ausgeworfenen Gelder bewilligt, über meine Pläne zur Reform des Außendienstes Rechenschaft abzulegen.

In mancher Hinsicht ist es verhängnisvoll, daß die Friedensarbeit und die Reformarbeit zusammenfallen. Es bedürfte friedlicherer Zustände, um den auswärtigen Dienst des Reiches durch Reformen auf die volle Höhe zu bringen; und es bedürfte eines möglichst vollkommenen Apparats, um aus der unerhört schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Nach beiden Richtungen dürfen wir nicht zu hoffnungsvoll sein, aber auch nicht verzweifeln.

Unsere Gegner haben uns während des Winters durch die immer maßloseren Forderungen an Schadenersatz und Landerwerb, die ihre Presse erhob, zu erschrecken und an das Schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne; jetzt wird erklärt, Deutschland werde überrascht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die düsteren noch durch die freundlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenstisch einnehmen müssen. Wir stehen

vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waffe, das ist die Berufung auf die Friedensgrundlagen, über die wir Anfang November, ehe wir unsere Waffen und unsere Glacis auslieferten, einig geworden sind. Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen.

Die territorialen Forderungen der Gegner, die ich früher ausführlich besprochen habe, geben mir jetzt nur zu wenigen Bemerkungen Anlaß.

Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der elsaß-lothringischen Bevölkerung das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbeeinflußte Willensäußerung selbst zu bestimmen. Unsere Gegner sollten einsehen, daß die Art, wie Elsaß-Lothringen jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. Es sollte aus einem Zankapfel ein Bindeglied zwischen den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind.

Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden; denn die Entente hat sich bereitfinden lassen, auf den Durchmarsch polnischer Truppen durch Danzig nach Warschau zu verzichten. Aber sie hat ihren Anspruch darauf in aller Form aufrechterhalten. Es bedarf größter Wachsamkeit, damit die Forderung, die wir aus sachlichen und rechtlichen Gründen unbedingt ablehnen mußten, nicht wiederholt wird.

In der Frage Nordschleswigs haben sich die Dinge zugespitzt. Mehr oder weniger unzuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitergehende Forderungen auf Kosten des geschwächten Deutschlands durchzusetzen. Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger auch der Deutschen Mittelschleswigs zur Erpressung von Zustimmungserklärungen in dänischem Sinne ausbeuten. Diesen Machenschaften kann nicht scharf genug entgegentreten werden. Einsichtige dänische Politiker sind sich darüber klar, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Irredenta leiden müßte und wie trügerisch der Gewinn wäre, den Dänemark jetzt als Danaergeschenk der Entente davontragen könnte. Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt

hat, daß sie auch auf die streitigen nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur unzweifelhaft dänisch besiedelte Bezirke im Auge gehabt.

Bezüglich der Angliederung Deutsch-Österreichs habe ich dem, was ich Ihnen früher hierüber sagte, kaum etwas hinzuzufügen. Die Vorbereitungen für den Zusammenschluß sind in der Zwischenzeit weiter gediehen; die österreichische Kommission unter Führung des berühmten Rechtsgelehrten und ehemaligen Ministers Klein ist in ihrer Zusammensetzung schon bekannt, und auch die deutsche Kommission wird bald bekanntgegeben werden. Unterströmungen, die dem Zusammenschluß entgegenwirken, beirren mich nicht. Wir stehen vor einer historischen Entwicklung, die mit innerer Notwendigkeit ihren Lauf nimmt. Darum möchte ich davor warnen, diese Entwicklung zu überstürzen; es ist nicht nötig, und es könnte schaden. Es genügt, wenn wir ruhig und sachlich an der Aufgabe fortarbeiten.

Unseren Gegnern machen offenbar die finanziellen Forderungen mindestens ebenso große Schwierigkeiten wie die territorialen. Das ist kein Wunder. Erscheint es schon ungereimt, daß man sich in Paris seit Monaten über deutsche Territorien unterhält, ohne daß wir, die Nächstbeteiligten, gehört werden, so ist es ganz ausgeschlossen, die Frage der finanziellen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Sachverständigen zu lösen. Wir sind bereit, am Friedenstisch den Gegnern sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Fragen nach unserer Zahlungsfähigkeit mit voller Offenheit Rede und Antwort zu stehen. Es wird rascher zum Ziele führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. Unsere Gegner sollten die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Berechnungen leidenschaftslos ins Auge fassen. Sie können es nicht zerstückeln und lähmen und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigen Überschüsse herausziehen, die sie von ihm erwarten. Nur ein wirtschaftlich erstarkendes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges wieder gut zu machen. Dazu bedürfen wir der Freigabe des in-

dustriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde besetzt, sondern entgegen dem Waffenstillstandsabkommen vom übrigen Deutschland abgeschnürt ist. Wir bedürfen der schleunigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamsten Maßregel, mit der man trotz Waffenstillstands weiter gegen uns Krieg führt. Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns ihren Ankauf überhaupt erst möglich machen.

Meine Damen und Herren! Ich verkenne nicht die hochherzige Gesinnung mancher, die sich um die Belieferung der Zentralmächte mit Lebensmitteln bemüht haben. Ganz besonders möchte ich auch von dieser Stelle Seiner Heiligkeit dem Papste danken, der noch in jüngster Zeit seinen Einfluß für eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat. Bei der Ausführung handelt es sich aber um eine Maßregel, die rein verstandesmäßiger politischer Erwägung entspringt und die sich in sehr kühlen geschäftlichen Formen vollzieht. Die Höhe des Preises und die Art der Bezahlung gestatten uns, diese Lieferung nicht als Wohltat zu empfinden, und ein Vergleich mit der Art, wie die deutschen Behörden das belagerte Paris nach dem Waffenstillstand mit Lebensmitteln versahen, fällt nicht zu ihren Ungunsten aus. Aber, meine Damen und Herren, wir erwarten mehr von unseren westlichen Gegnern als Lebensmittel, wir brauchen Rohstoffe, um wieder zu arbeiten, und um diese Rohstoffe zu kaufen, brauchen wir Kredit. Wenn die Gegner Deutschland wirklich für fähig halten, ihnen so viel zu leisten, wie sie sagen, so müssen sie an seine Zukunft glauben, wie ich an seine Zukunft glaube; dann müssen sie aber auch zur Gewährung von Kredit bereit sein. Zu jedem Geschäft gehört Vertrauen, und wer es uns schenkt, wird nicht enttäuscht werden.

Ein ähnliches Verhältnis wirtschaftlicher Ergänzung besteht zwischen Deutschland und dem Osten. Auch nach dieser Richtung habe ich nichts von dem zurückzunehmen, was ich am 14. Februar sagte. Nachdem die Furcht vor der Unterjochung der russischen Wirtschaft durch deutsches Kapital jeden Daseinsgrund verloren hat, sollten sich das deutsche und das russische Volk auf das besinnen, was sie einander zu bieten haben. Dazu gehört freilich, daß das neue Rußland von jeder Form der Vergewaltigung uns gegenüber Abstand nimmt.

Der Herr Abgeordnete Hoch hat soeben an mich die Frage gerichtet, ob es zutrifft, daß die russische Regierung ausdrücklich und auf das bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, daß sie nur verlange, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben. Eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung ist seitens der russischen Regierung nicht erfolgt.

Meine Damen und Herren! Ich habe die dringendsten Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft nur flüchtig streifen können. Sie stellen dem Ministerium des Auswärtigen, das werden Sie zugeben, Aufgaben schwerster Art und in größter Zahl. Überall handelt es sich um Neubau, meist um Neubau aus Trümmern heraus. Wie sind diese Aufgaben mit den vorhandenen Kräften zu bewältigen? *Ich weiß, daß es eine alte Übung ist, meinem Ministerium das Vertrauen zu versagen; die Lösung der Aufgaben wird dadurch nicht erleichtert.* Ich weiß, daß man erklärt, im Auswärtigen Amte gehe alles seinen alten Schlendrian weiter. Wer das sagt, hat keinen Einblick in die Wandlungen, die sich bereits vollzogen haben und noch vorbereiten. *Ich habe nicht die Neigung, von der Kritik meiner Vorgänger zu leben; es mag zwar eine reichliche Nahrung sein, aber sie wäre unverdaulich.* Ich bin fest entschlossen, Wandel zu schaffen.

Es handelt sich zunächst um eine Reform der Organisation. Statt der bisherigen Einteilung nach Materien *führe ich das Regionalsystem ein.* Während bis jetzt Politische Abteilung, Handelsabteilung, Rechtsabteilung, Presseabteilung in einer weitgehenden, manchmal verhängnisvollen Selbständigkeit nebeneinander arbeiteten, werden künftig die Abteilungen nach den großen Kulturkreisen der Erde unterschieden sein, wird jedes wichtige Land seinen Spezialreferenten nicht nur für hochpolitische, sondern auch für handelspolitische und rechtspolitische Angelegenheiten und für Angelegenheiten des Nachrichten- und Pressewesens haben. Damit wird einerseits die politische Behandlung der einzelnen Länder straffer konzentriert, anderseits eine Reihe wirklicher Sachkenner herangebildet, die das Land in der Gesamtheit seiner Beziehungen übersehen. Außerdem beabsichtige ich, unseren Auslandsmissionen *besondere*

Sachverständige zuzuteilen, denen die Aufgabe zufallen wird, die sozialen Einrichtungen des Landes zu studieren und Fühlung mit den dortigen Arbeiterkreisen zu gewinnen. Eine weitere Einrichtung wird für die Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten getroffen; die jungen Beamten des auswärtigen Dienstes sollen gerade nach dieser Richtung ausgebildet und zu eigener Tätigkeit herangezogen werden. Die Einzelheiten der Reform werden die damit beauftragten Herren meines Ministeriums im Hauptausschuß darlegen.

Neben der organisatorischen Reform habe ich eine *Reform des Personals in Angriff genommen.* Sie wissen, daß künftig die Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wegfällt. Dadurch wird die Auswahl unserer Anwärter für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt und der Brauch abgeschafft, der diese Posten einem kleinen, auserwählten Kreise vorbehielt.

Es wird sich als notwendig herausstellen, um die Wandlung, die Deutschland innerlich vollzogen hat, auch nach außen zum Ausdruck zu bringen, Veränderungen auf einigen neutralen Auslandsposten herbeizuführen, deren jetzige Inhaber aber nicht schon deshalb sämtlich aus dem Reichsdienste endgültig auszuscheiden brauchen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es der Regierung offenstehen muß, an einzelne Posten wichtiger Art im Auslande Männer zu setzen, die durch ihre öffentliche Arbeit das Vertrauen der Heimat gewonnen haben, daß es aber doch *die Hauptsache bleiben wird, für einen hochwertigen fachmännisch gebildeten Eigenersatz zu sorgen.*

Für die Durchführung der Reform bedarf es einer erheblichen Vermehrung des Personalbestandes. Am 1. April 1914 zählte der Etat 335 höhere Beamte des auswärtigen Dienstes, am 1. April 1918 waren von diesen 335 nur noch 184 vorhanden. Der Abgang ist nicht nur auf den Abbruch so vieler diplomatischer Beziehungen Deutschlands zurückzuführen, denn seit dem 1. Juli v. J. hat sich die Zahl wieder um 39, also um beinahe 25 v. H., verringert.

Aber, meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß die Reform unter sehr ungünstigen Bedingungen erfolgt. Ich kämpfe mit fast unüberwindbaren Hindernissen. So seltsam es klingt, das schwerste Hemmnis ist jetzt für mich der mangelnde Raum. Ich

bedarf statt des veralteten und auch in seinen neueren Teilen unpraktisch gestalteten Dienstgebäudes eines Baues, der auf seinen Zweck hin angelegt ist und für die erforderlichen Arbeiter angemessene Arbeitsräume enthält.

Das zweite Hemmnis hängt mit der Finanzlage Deutschlands zusammen. Ich weiß wohl, daß wir mehr als je darauf angewiesen sind, zu sparen und uns einzuschränken, aber gute Arbeit bekommt man auch heute, und heute mehr als je, nur für gute Entlohnung. Soll das Auswärtige Ministerium dem deutschen Volke künftig bessere Dienste leisten, als es nach dem Urteile der Welt in den letzten Jahrzehnten geleistet hat, so muß man ihm die nötigen Kräfte schaffen. Ich hoffe deshalb, daß Ihr Hauptausschuß und Sie selbst, meine Damen und Herren, bei aller Sorgfalt der Prüfung und aller Gewissenhaftigkeit im Sparen doch den Forderungen, die ich zu stellen habe, wohlwollendes Verstehen entgegenbringen.

Zum Schluß noch eins: auch mit der besten Organisation und dem besten Personal ist keine gute auswärtige Politik zu treiben, wenn die Quelle, aus der wir die Kraft für den Außendienst schöpfen, vergiftet wird oder versiegt, wenn das Volk, für das wir arbeiten sollen, sich in innerem Kampf verzehrt und zum Aufbau neuer Werte unfähig wird.

Wenn ich nicht an Deutschlands Zukunft glaubte, hätte ich mein Amt nicht übernommen und stände ich heute nicht vor Ihnen. Lassen Sie mich dem zuversichtlichen Vertrauen Ausdruck geben, daß Ihr Wille zur Einigkeit über alle Parteigegensätze hinweg unserem Volk den Ausweg aus den Gefahren zeigen wird, die uns heute von allen Seiten umdrohen, und die doch schließlich nur in einer vertrauensvollen Arbeitsgemeinschaft aller Völker überwunden werden können.

In der Tat, meine Damen und Herren, alle Staaten, die in diesen Weltkrieg verwickelt worden sind, Freunde und Feinde, Sieger und Besiegte, sind in der gleichen Not. Wohl hat Deutschland den tiefsten Sturz durchgemacht, aber die Zerstörung von Kulturwerten, die dieser Krieg zur Folge hatte, trifft auch die Völker, die sich jetzt im Glanz kriegerischer Erfolge sonnen möchten. Sie alle haben Unermeßliches an nationalen Werten opfern müssen. Kaum ein Volk wird von dem Frieden, der in Paris geschlossen werden

soll, nicht enttäuscht sein, und diese Enttäuschung birgt in sich eine furchtbare Gefahr.

Hatte der Krieg, der überall die alten Ordnungen auflöste und die Massen in ein ungewohntes und gewaltsames Dasein hineinzwang, anarchistischen Ideen Vorschub geleistet, so wird der Frieden, der statt des ersehnten Behagens wiederum Mühsal und Entbehrung bringt, den zersetzenden Einflüssen weiter Vorschub leisten. Hier steht der allgemeine Feind, hier ist die allgemeine Aufgabe. Hier hilft kein gegenseitiges Beschuldigen, kein Grübeln über die Vergangenheit, wir müssen gemeinsam die Hand an das Werk legen, das unseren Kindern und Enkeln eine würdige Zukunft sichern soll.

Ein Symbol dieses Entschlusses ist Deutschlands Verpflichtung, Belgien und Nordfrankreich wieder aufzubauen. Wir sind die Verpflichtung eingegangen in dem vollen Bewußtsein, daß wir sie nur in werktätiger Gemeinschaft mit unseren Gegnern erfüllen können, und wir beklagen es doppelt, daß ihr Mißtrauen die Erfüllung durch gehässigen Mißbrauch unserer Kriegsgefangenen zu erzwingen sucht. Dadurch wird, was ein Werk der Versöhnung sein sollte, eine Saat neuen Hasses.

Wer in Wahrheit danach strebt, daß der Krieg der Welt eine neue Auffassung von dem Zusammenleben der Völker bringen soll, der muß alle Motive des Hasses, der Rache, der Vergeltung aus den Friedensbedingungen zu entfernen suchen. Wenn wir die Frage nach der Schuld stellen und sie offen und wahrhaft beantworten wollen, so geschieht es nicht aus solchen Motiven, sondern, um die vergangenen Fehler zu erkennen und einen deutlichen Strich unter sie zu machen.

Die Erforschung der Schuld darf nur ein Mittel der politischen Erziehung sein; auch dabei soll der Blick nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet werden, in eine Völkergemeinschaft hinein, in der die Förderung der nationalen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu dem Dienst an der Menschheitsentwicklung steht.

Rede bei der Überreichung des Vertragsentwurfes durch die Alliierten und Assoziierten Mächte

Versailles, 7. Mai 1919

Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat: der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam, und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren Deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Österreich-Ungarns den Mörderhänden zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierhergekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im Deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gutmachen.

Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfern erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Krieg mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen.

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein, ohne Bundesgenossen, der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die Alliierten und Assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die Deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten

von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen, am 5. November hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, und auch für unsere früheren Bundesgenossen bindend geworden.

Die einzelnen Grundsätze fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer. Aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm; keine Nation wird ihn ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorfrieden, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschritts zu zeigen. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufwirft, sollten wir möglichst bald die einzelnen Hauptaufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfs erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwüstete Menschenkraft der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten.

Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlichst übernommen, und wir sind entschlossen, sie in dem Umfang auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden; Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig. Aber sie käme der Welt teuer zu stehen, wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber

ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron weiter schmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbarsten Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen; nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann.

Die Überreichung der Friedensbedingungen

Versailles, 10. Mai 1919

Frage: Die Pariser und die englische Presse enthält wieder abenteuerliche Gerüchte über die Absichten der deutschen Delegation, besonders über die angeblich bevorstehende Abreise Euerer Exzellenz. Wie ist Ihre Stellungnahme zu diesen Gerüchten?

Antwort: Die meisten Nachrichten der feindlichen Presse sind vollständig aus der Luft gegriffen. Die Arbeit der Delegation und ihrer Kommissionen, die täglich zu Sitzungen zusammenkommen, gehen in aller Ruhe weiter. Einige Mitglieder der Delegation sind nach Berlin abgereist, da ihre dortige Anwesenheit durchaus notwendig ist. Ich bleibe auf alle Fälle vorerst in Versailles.

Frage: Zu diesen Gerüchten gehört auch die heutige Pressenotiz, wonach Sie, Herr Minister, Mittel und Wege suchen, um Führung mit Wilson und Lloyd George zu bekommen?

Antwort: Diese Absicht liegt mir, abgesehen davon, daß ich von der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung überzeugt bin, völlig fern. Daß ich mich am Tage nach der Übergabe der Friedensbedingungen besonders eingehend mit den Mitgliedern der Delegation beschäftigt habe, liegt auf der Hand. Die feindliche Presse sucht von der Verlegenheit, in die der Verband durch meine Erklärungen geraten ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken. Sie bezichtigt mich der Unhöflichkeit, deren ich mich dadurch schuldig gemacht hätte, daß ich während meiner Erklärungen nicht aufgestanden, sondern sitzen geblieben sei. Dann wieder behauptet sie, Clémenceau's Worte hätten so auf mich gewirkt, daß mich alle Kraft verlassen hätte. Ferner hätte ich, abgesehen von meiner Totenblässe, meine Aufregung dadurch gezeigt, daß ich ein auf dem Tisch liegendes Papiermesser zerbrochen und beim Verlassen des Saales eine brennende Zigarette vor die Füße eines Offiziers geworfen hätte. Ich kann über diese albernen Bosheiten nur mitleidig lächeln. Das Messer, das vor mir gelegen haben soll, habe ich überhaupt nicht gesehen. Wenn ich sitzen blieb, während Clémenceau stand, so hatte das seinen wohlerwogenen Grund. Daß

ich die Minister der Entente in Verlegenheit gebracht habe, geht am besten daraus hervor, daß die Pariser Blätter mich als arrogant bezeichnen, während die japanische Presse behauptet, meine Rede habe verdient, von der Welt gehört zu werden.

Frage: Heute veröffentlicht der „Temps" die dem Verbande überreichten deutschen Noten. Ist darauf irgend etwas von seiten des Verbandes erfolgt?

Antwort: Bisher nicht. Wir haben aber noch weitere Noten verfaßt, die heute überreicht werden sollen, darunter den Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht.

Frage: Warum wurde als erster deutscher Gegenvorschlag der deutsche Völkerbundentwurf überreicht?

Antwort: Diese Reihenfolge ergab sich daraus, daß ja auch die Artikelfolge der Friedensbedingungen mit dem Völkerbund beginnt. Es hat im übrigen nahegelegen, gerade mit diesem Vorschlag anzufangen.

Note über die Schuld am Kriege und die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges

Versailles, 24. Mai 1919

Herr Präsident!

Der Inhalt des Schreibens Euerer Exzellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges hat der Deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die Alliierten und Assoziierten Regierungen den Sinn vollständig mißverstanden haben, in dem die Deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die Deutsche Delegation genötigt, den Alliierten und Assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note voraufgehen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hatte zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle, und daß Amerika nur für diesen Rechtsfrieden in den Kampf gezogen sei. Für dieses Kriegsziel wurde die Formel geprägt: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen.“ Auf der anderen Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den 14 Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: erstens, den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebiets im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung; zweitens, das Versprechen der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnten sich die Deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundsatz der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herzustellenden Gebiete von

deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit den Schrecken des Krieges überzogen worden waren.

Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hatte übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt wie das an Belgien verübte Unrecht.

Wenn nun das durch den Staatssekretär Lansing am 5. November 1918 an die Deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Entente den Begriff der Wiederherstellung der besetzten Gebiete einer näheren Auslegung unterzog, so erschien es für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Ersatzpflicht, die in der Auslegung festgestellt wurde, sich nicht auf andere Gebiete beziehen konnte, als die, deren Schädigung als rechtswidrig zuzugeben war und deren Herstellung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel betont hatten. So hat Präsident Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 ausdrücklich als den heilenden Akt bezeichnet, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso hat der englische Premierminister Herr Lloyd George in seiner Rede im Unterhause am 22. Oktober 1917 gesagt:

„Die vornehmsten Forderungen der Britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets die völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung einer Kriegsentschädigung wie die, die 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde. Es ist kein Versuch, die Kosten der Kriegführung von dem einen Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen."

Was hier für Belgien gesagt wird, mußte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutschen Heere nur auf dem Wege über die verletzte belgische Neutralität die französischen Gebiete erreicht hatten.

Dieser Angriff war es, für den die Deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugab, nicht aber eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die Deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die

Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Person oder Eigentum erlitten hatte, mochte er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein.

Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von den Truppen des russischen Zarismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verwüstet worden waren. Es hat aber anerkannt, daß der russische Überfall nach formellem Völkerrecht anders zu beurteilen war als der Einfall in Belgien, und deshalb von einer Ersatzforderung seinerseits Abstand genommen.

Wenn nunmehr die Alliierten und Assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die Deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunkts nicht bestreiten; sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenrechnung aufzustellen hat, und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermeßlich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung, sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegführung der Alliierten und Assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der Alliierten und Assoziierten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen am Horizont der Friedensverhandlungen emporsteigen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine unparteiische internationale Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie in Artikel 13 Abs. 2 des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist. Dieser Absatz bestimmt:

„Zu den Fragen, die im allgemeinen eine schiedsrichterliche Lösung zulassen, gehören die Streitfragen über die Auslegung eines

Vertrages, über alle Punkte des internationalen Rechtes, über das Bestehen jeder Tatsache, deren Eintreten die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder über die Ausdehnung und die Art der Wiedergutmachung, die im Falle einer solchen Verletzung zu leisten wäre."

Euere Exzellenz weisen ferner in Ihrem Schreiben vom 20. d. M. darauf hin, daß nach den Grundsätzen des internationalen Rechts kein Volk durch eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder durch einen Wandel in den Personen seiner Führer eine von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen bringen kann. Die Deutsche Friedensdelegation ist weit davon entfernt, die Richtigkeit dieses Grundsatzes zu bestreiten; sie verwahrt sich auch nicht gegen die Durchführung des durch das Angebot der früheren Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens, sondern gegen die in dem Friedensentwurf enthaltene Bestrafung für die angeblichen Vergehen seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 4. Dezember 1917 erklärt, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendeiner Art beendet werden solle, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden solle, weil die unverantwortlichen Herrscher des Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben. Die Deutsche Delegation beruft sich nicht auf diese und ähnliche Zusagen, um sich irgendwelchen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen; aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volke die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Haftbarkeit für alle Kriegsschäden auferlegen will.

Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volke versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Änderung erfahren würde, wenn man es von dem seiner Herrscher trennte. Die Deutsche Delegation möchte die Worte Euerer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der Alliierten und Assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Zusage heute zurückgenommen werden soll.

Schließlich machen Euere Exzellenz geltend, daß die Alliierten

und Assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerseits angewendet habe. Die Deutsche Delegation unterläßt es vorläufig, zu prüfen, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden; denn für die Alliierten und Assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die vierzehn Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des „Unrechts von 1870/71“ verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abschreckenden Beispiel gesprochen. Die Alliierten und Assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges als Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, das von den Alliierten und Assoziierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material sei eine innere Angelegenheit der Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden; Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die Deutsche Regierung behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Brockdorff-Rantzau

Versailles, den 24. Mai 1919

Ansprache an die nach Deutschland zurückkehrenden Mitglieder der Friedens-Delegation vor der Überreichung der deutschen Gegenvorschläge

Versailles, 28. Mai 1919

Es ist mir ein Bedürfnis, den Herren, die heute Versailles verlassen, im Namen der Delegation von Herzen für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit zu danken. Ich freue mich besonders der harmonischen Zusammenarbeit und weiß, daß wir alle überzeugt sein können, Positives geleistet zu haben. Wenn unser Wirken nicht zu dem Ziel führt, das wir erstreben, dann trifft *uns* kein Verschulden, die schwere Schuld fällt auf unsere Gegner. Noch heute wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß sie auf die Stimme des Gewissens und der Vernunft hören werden; tun sie es nicht, dann soll uns das ein Ansporn sein, uns noch enger zusammenzuschließen. *Deutschland darf und kann nicht vernichtet werden; seine Weltmission für die Menschheit steht fest, und es wird sie erfüllen.* Ich spreche nicht von Revanche, das liegt mir hier fern; aber unsere Gegner sollen auf der Hut sein; sie haben den *Krieg gewonnen*, aber sie können den *Frieden verlieren*. Wenn unsere Feinde der Vernunft nicht entsagen, so werden sie einsehen, daß nur *mündliche Verhandlungen* die Kluft, die uns jetzt trennt, überwinden können. In diesem Falle bitte ich die Herren, sich zur Verfügung zu halten.

Mantelnote zu den deutschen Gegenvorschlägen

Versailles, 29. Mai 1919

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage die Bemerkungen der Deutschen Delegation zu dem Entwurf des Friedensvertrages zu überreichen. Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten. Wir hatten den festen Willen, alles zu tun, was in unsern Kräften stand, um den schweren, von uns übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns verheißen. Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindrangen, um so mehr überzeugten wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes.

Wir sollen zur Wiederherstellung des polnischen Reiches auf unbestritten deutsches Gebiet verzichten, fast auf die ganze überwiegend deutsche Provinz Westpreußen, auf deutsche Teile Pommerns, auf das kerndeutsche Danzig, sollen die alte Hansestadt in einen Freistaat polnischer Souveränität umwandeln lassen. Wir sollen darein willigen, daß Ostpreußen vom Staatskörper amputiert, zum Absterben verurteilt und seines nördlichsten Teiles mit dem rein deutschen Memel beraubt wird. Wir sollen zugunsten Polens und Tschecho-Slowakiens auf Oberschlesien verzichten, obgleich es seit mehr als 750 Jahren in enger politischer Verbindung mit Deutschland steht, von deutschem Leben erfüllt ist und die Grundlage für die Industrie im ganzen östlichen Deutschland bildet. Überwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien abgeliefert werden, ohne genügende Garantien für die Unabhängigkeit einer erst nachträglichen Abstimmung. Das rein deutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden.

Fünfzehn Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein, und die

Alliierten es nach fünfzehn Jahren in der Hand haben, die Rückgabe des Landes zu verweigern; in der Zwischenzeit können sie alles tun, um die wirtschaftlichen und moralischen Verbindungen mit dem Mutterlande zu lösen und schließlich den Willen der einheimischen Bevölkerung zu fälschen.

Ein so zerstückeltes und geschwächtes Deutschland soll sich, obgleich auf Erstattung der Kriegskosten ausdrücklich verzichtet wurde, grundsätzlich bereit erklären, alle Kriegskosten der Gegner zu tragen, Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein Mehrfaches übersteigen würden. Einstweilen fordern die Gegner über die vereinbarte Grundlage hinaus Ersatz der Schäden der Zivilbevölkerung, wobei Deutschland auch für seine Bundesgenossen haften soll. Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, abgestuft nicht nach seiner Lebenshaltung, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch seine Arbeit zu erfüllen. *Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt.*

Trotz solcher ungeheuerlichen Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelsflotte ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandswerte verzichten. Wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmungen, selbst in den verbündeten Ländern, auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluß sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alles deutsche Vermögen zur Einziehung zu bringen. Kein deutscher Kaufmann wird in ihren Ländern vor solchen Kriegsmaßnahmen geschützt sein. Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten. Nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben, ihren Beruf auszuüben. Wir sollen also auf jede politische, wirtschaftliche und ideelle Betätigung verzichten.

Sogar im Innern sollen wir unser Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktatorische Gewalt über unser gesamtes Volksleben in Wirtschaft und Kultur; ihre Befugnisse gehen weit über die hinaus, die der Kaiser, der deutsche Bundesrat und der Reichstag zusammen jemals im Reichsgebiet besessen haben. Diese Kommission verfügt unbeschränkt über die Wirtschaft des Staates, der Kommunen und der

einzelnen. Auch das gesamte Bildungs- und Gesundheitswesen ist von ihr abhängig. Sie kann das ganze deutsche Volk in geistiger Knechtschaft halten. Sie kann, um die Fronzahlungen zu erhöhen, die soziale Fürsorge für die deutschen Arbeiter unterbinden.

Auch auf anderen Gebieten wird Deutschlands Souveränität aufgehoben. Seine Hauptströme werden internationaler Verwaltung unterstellt, es muß auf seinen Gebieten die von den Gegnern gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen, es muß den Verträgen unbekannten Inhalts zustimmen, die von seinen Gegnern mit den neuen Staaten des Ostens geschlossen werden sollen, selbst über seine eigenen Grenzen. Das deutsche Volk ist aus dem Bunde der Völker ausgeschlossen, dem alle gemeinschaftliche Arbeit der Welt anvertraut ist.

So soll ein ganzes Volk seine eigene Ächtung, ja sein Todesurteil unterschreiben.

Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsmäßig zugesichert hat, und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist:

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es gibt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von Übergangsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verzichtet sogar auf die Schlachtschiffe, die ihm seine Feinde noch lassen wollen. Aber es setzt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird. Es setzt voraus, daß ein echter Völkerbund entsteht, der alle Nationen einschließt, die guten Willens sind, auch die Feinde von heute. Der Bund muß von einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit getragen werden und über eine Zwangsgewalt verfügen, die stark und zuverlässig genug ist, um die Grenzen seiner Mitglieder zu schützen.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort eine freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen

in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schleswigs werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Österreich und Böhmen geachtet wird.

Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Millarden Mark Gold in unverzinslichen Jahresraten. Diese Raten sollen grundsätzlich einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen. Die Rate wird dem früheren Friedensbudget nahekommen. In den ersten zehn Jahren soll die Rate je eine Milliarde Gold nicht übersteigen. Der deutsche Steuerzahler soll nicht weniger belastet sein als der des höchstbelasteten in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staates.

Deutschland setzt hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten. Für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben Nordfrankreichs sollen während der ersten fünf Jahre bis zu 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich, während der nächsten fünf Jahre bis zu 8 Millionen Tonnen Kohle jährlich geliefert werden. Deutschland wird weitere Kohlenlieferungen für Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg ermöglichen.

Ferner ist Deutschland zu bedeutenden Lieferungen von Benzol,

Steinkohlenteer, schwefelsaurem Ammoniak sowie Farbstoffen und Arzneimitteln bereit.

5. Schließlich bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelsschiffsraum in einen Weltpool einzubringen, einen Teil der Frachten dem Gegner zur Verrechnung auf den Schadenersatz zur Verfügung zu stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihre Forderungen übersteigenden Höhe zu bauen.

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich vernichteten Flußschiffe bietet Deutschland Flußfahrzeuge aus eigenem Bestande an.

7. Deutschland glaubt, zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungspflicht in der Überlassung von industriellen Beteiligungen, insbesondere an Kohlengruben zur Sicherung der Kohlenbezüge, einen geeigneten Weg zu sehen.

8. Deutschland will, in Übereinstimmung mit dem Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt sehen. Es will ihnen im Friedensvertrage das Recht sichern, über die Sozialpolitik und die Sozialversicherung selbst entscheidend mitzubestimmen.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges. Eine unparteiische Kommission sollte das Recht haben, die Archive aller kriegführenden Länder einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen.

Nur die Zuversicht, daß die Schuldfrage unbefangen geprüft wird, kann den verfeindeten Völkern die Gesinnung geben, die notwendig ist, um den Völkerbund zu bauen.

Das sind nur die wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen weiterer großer Opfer sowie wegen der Einzelheiten verweist die Delegation auf die beiliegende Denkschrift und ihre Anlage.

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gesetzte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen, eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfas-

sende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, die so ungeheure Opfer gebracht haben, verlangt, daß die Bestimmung über ihr Geschick in offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch erfolgt, nach dem Grundsatz: „Offene Friedensverträge, die offen zustandegekommen sind; und danach sollen keine internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt arbeiten."

Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einstehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmächte das Recht des Stärkeren verkündet. Aber jeder von diesen Friedensschlüssen gehört zu den Urhebern oder Verlängerern des Weltkrieges. Wo in diesem Kriege der Sieger zum Besiegten gesprochen, in Brest-Litowsk und Bukarest, waren seine Machtworte nur eine Aussaat künftigen Unfriedens. Die hohen Ziele, die zuerst unsere Gegner für ihre Kriegführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gesicherten Rechtsfriedens, erfordern einen Vertrag von anderer Gesinnung. Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister kann einen Dauerfrieden schaffen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie stark der Haß und die Erbitterung sind, die dieser Krieg erzeugte; und doch sind die Kräfte, die für eine Einigung der Menschheit am Werke sind, jetzt stärker als je zuvor. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Friedenskonferenz von Versailles, diese Einigung herbeizuführen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau

Versailles, den 29. Mai 1919

Anlage zur Mantelnote

I. Die Rechtsgrundlagen der Friedensverhandlungen

Die Deutsche Delegation ist an die Aufgabe des Friedensabschlusses in der Rechtsüberzeugung herangetreten, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch seine Vorgeschichte in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Versailles eine sichere Plattform gegeben sei. Diese Rechtsüberzeugung gründet sich auf folgende Tatsachen:

Am 5. Oktober 1918 ersuchte die Deutsche Regierung den Präsidenten Wilson, die Herstellung des Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und auf der Grundlage seiner späteren Kundgebungen, namentlich seiner Rede vom 27. September 1918, in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen und den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes herbeizuführen.

Am 8. Oktober 1918 fragte Präsident Wilson an, ob die Deutsche Regierung seine 14 Punkte annehme und der Zweck ihrer Diskutierung nur eine Verständigung über die praktische Anwendung ihrer Einzelheiten sei. Die Deutsche Regierung bestätigte dies ausdrücklich und sprach gleichzeitig die Erwartung aus, daß auch die Alliierten Regierungen auf dem Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stehen. Außerdem erklärte sie sich zu der von Präsident Wilson als Voraussetzung für die Herbeiführung des Waffenstillstandes geforderten Räumung der besetzten Gebiete bereit.

Nach weiterem Schriftwechsel teilte Präsident Wilson am 23. Oktober seine Bereitschaft mit, den Alliierten Regierungen die Frage eines Waffenstillstandes zu unterbreiten. Er gab dabei bekannt, daß er in Ausführung dieser seiner Absicht den Notenwechsel zwischen ihm und der Deutschen Regierung den Alliierten übermittelt habe mit dem Anheimstellen, falls die Alliierten mit den von Deutschland angenommenen Bedingungen und Grundsätzen für den Frieden einverstanden seien, durch ihre militärischen Stellen diejenigen Waffenstillstandsbedingungen zu bezeichnen, die geeignet seien, die Einzel-

heiten des von der Deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten oder zu erzwingen. Deutschland, so wurde ausdrücklich gesagt, könnte durch die Annahme solcher Waffenstillstandsbedingungen den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze des ganzen Friedensvertrages annehme.

Nachdem die Deutsche Regierung in bezug auf weitere innerpolitische Angelegenheiten, die Präsident Wilson in seiner letztgenannten Note vom 23. Oktober berührt hatte, in ihrer Antwort vom 27. Oktober befriedigende Auskunft erteilt hatte, eröffnete Präsident Wilson am 3. November der Deutschen Regierung, daß er von den Alliierten Regierungen als Antwort auf den von ihm übergebenen Notenwechsel mit der Deutschen Regierung ein Memorandum erhalten habe folgenden Inhalts:

> „Die Alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der Deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt worden sind. Sie müssen jedoch betonen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.
>
> Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die Alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen der Zivilbevölkerung der Alliierten durch seinen Angriff zu Land, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand abgeschlossen. Aus dem Notenwechsel, der zu diesem Waffenstillstand geführt hat, geht hervor:

1. Deutschland hat ausdrücklich als Grundlage für den Frieden ausschließlich die 14 Punkte des Präsidenten Wilson und seine späteren Kundgebungen angenommen. Andere Grundlagen hat weder Präsident Wilson noch irgendeine der Alliierten Regierungen nachträglich gefordert.
2. Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen sollte nach der eigenen Versicherung des Präsidenten Wilson der beste Beweis für die unzweideutige Annahme der oben erwähnten Grundbedingungen und Grundsätze für den Frieden seitens Deutschlands sein. Deutschland hat die Waffenstillstandsbedingungen angenommen und schon damit den vom Präsidenten Wilson geforderten Beweis erbracht. Überdies ist es mit allen Kräften bemüht gewesen, die Bedingungen trotz ihrer großen Härte durchzuführen.
3. Die Alliierten haben ebenfalls die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen als Friedensgrundlage angenommen.
4. Es besteht also zwischen beiden Parteien eine feierliche Vereinbarung über die Friedensgrundlage. Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlage. Wenn die Alliierten sie verlassen wollten, würden sie ein völkerrechtliches Abkommen brechen.

Wie sich aus den dargelegten historischen Tatsachen ergibt, ist zwischen der Deutschen Regierung einerseits und den Regierungen der Alliierten und Assoziierten Mächte anderseits ein unzweifelhaft rechtsverbindliches pactum de contrahendo zustandegekommen. In ihm sind für beide Parteien die Grundlagen für die Gestaltung des Friedens unabänderlich festgelegt.

Was die praktische Anwendung der vereinbarten Grundsätze betrifft, so muß darüber nach den eigenen Worten des Präsidenten Wilson verhandelt werden. Deutschland hat ein Recht auf Diskussion der Friedensbedingungen. Diese Diskussion kann sich nur auf die Anwendung der 14 Punkte und der späteren Kundgebungen Wilsons erstrecken. Würde Deutschland ein Friede anderen Inhalts aufgezwungen, so wäre das der Bruch einer feierlichen Zusage.

II. Der Widerspruch zwischen dem Vertragsentwurf einerseits und den vereinbarten Rechtsgrundlagen, den früheren Zusicherungen der feindlichen Staatsmänner, sowie den allgemeinen Völkerrechtsideen andererseits

Im Vertrauen auf die zugesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen hat das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gelegt. Dieses Vertrauen beseelte das deutsche Volk deshalb im besonderen Maße, weil es in dem vertragsmäßigen Abkommen nur eine Zusammenfassung von grundsätzlichen Ideen erblickte, die ihm gegenüber in reicher Fülle schon vorher von den feindlichen Staatsmännern geäußert waren. Unsere Gegner haben wiederholt versichert, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk führen, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung. Unsere Gegner wiederholten immer wieder, auf diesen Krieg ohnegleichen solle auch eine neue Art des Friedens folgen, ein Friede des Rechts und kein Friede der Gewalt. Ein neuer Geist solle von diesem Frieden ausgehen und sich in einem Bunde der Völker verkörpern, zu dessen Gliedern auch Deutschland gehören müsse. Deutschlands Stellung unter den Völkern solle nicht vernichtet werden und es solle das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker anerkannt werden.

Alle diese Grundsätze waren zusammengefaßt in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson und seinen späteren Erklärungen.

Die uns vorgelegten Friedensbedingungen stehen zu allen solchen Zusicherungen aus dem Munde der gegnerischen Staatsmänner in offenbarem Widerspruch. Einige Zeugnisse seien im folgenden aufgeführt:

1. Kein Krieg gegen das deutsche Volk

Daß der Krieg sich nicht gegen das deutsche Volk richtet, sprach der frühere englische Minister Asquith am 27. September in Leeds aus: „Der preußische Militarismus war der Gegenstand unseres Kampfes und ist es noch.“ Ebenso äußerte Lord Robert Cecil am 23. Juli 1917: „Wenn in Deutschland wirklich eine demokratische Regierung errichtet würde, so wäre damit eine starke Bürgschaft gegeben, daß die Gefahren, deren man sich in Zukunft von Deutschland zu versehen hätte, entsprechend vermindert würden.“ In Über-

einstimmung damit sagte der englische Munitionsminister Winston Churchill in einer Rede vom 3. Oktober 1914:

„Wenn die Deutschen entscheidend geschlagen sind und ihr Vertrauen in ihre Regierungsform verloren haben, so daß sie begreifen, daß diese sie ins Elend bringt und zum Feind der Menschheit macht, wenn also das deutsche Volk eine erwachsene Nation wird, wie es die freien Demokratien der Welt sind, wenn dieses infolge der harten Lehre des Krieges geschieht, dann kommt ein wirklicher, dauernder Friede, ein Friede, der heilt, und nicht ein Friede, in dem die Welt durch Furcht und Mißtrauen getrennt wäre aus Folge des Willens einer Nation, sich über die andere zu erheben."

Das gleiche versicherte Präsident Wilson am 2. April 1917 mit den Worten: „Mit dem deutschen Volke haben wir keinen Streit. Wir hegen kein anderes Gefühl ihm gegenüber als das der Sympathie und Freundschaft. Nicht auf seinen Antrieb hat die Deutsche Regierung diesen Krieg unternommen, auch nicht mit seinem Wissen oder seiner Billigung. Es wird um so leichter werden, in unserer Kriegführung den hohen Geist der Rechtlichkeit und Billigkeit walten zu lassen, weil wir ohne Bitterkeit handeln, weil wir keine Feindschaft gegen ein Volk hegen und auch keinen Wunsch haben, es irgendwie zu schädigen oder zu benachteiligen, sondern nur einer unverantwortlichen Regierung bewaffneten Widerstand leisten." Und am amerikanischen Flaggentage äußerte Präsident Wilson 1917 in Washington: „Wir wissen es heute noch ebensogut, wie wir es vor dem Eintritt in den Krieg wußten, daß wir ebensowenig ein Feind des deutschen Volkes sind wie dieses der unsere ist. Das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet oder gewollt noch auch gewünscht, und wir haben ein dunkles Bewußtsein, daß wir nicht nur für unsere eigene Sache kämpfen, sondern auch für die seinige, wie sie sich ihm dereinst darstellen wird." In einer Ansprache vom 4. Dezember 1917 heißt es: „Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art enden soll, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben." In seiner Ansprache in Baltimore am 6. April 1918 hat Präsident Wilson gesagt: „Wir wollen keine Ungerechtigkeit und haben keine Angriffsabsichten. Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das

deutsche Volk zu sein und Deutschland genau so wie die anderen Mächte redlich zu behandeln. Bei diesem Endurteil kann kein Unterschied zwischen den Völkern gemacht werden, wenn es wirklich gerecht ausfallen soll. Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch behandelten und mit dem leidenschaftlichen Wunsche, nach allen Seiten gerecht zu sein, wie auch der Krieg ablaufen möge. Denn wir fordern nicht, was wir nicht ebenfalls zu bewilligen bereit wären."

Heute steht nach den tiefgehenden politischen Umwälzungen, die im Spätherbst 1918 in Deutschland stattgefunden haben, den Gegnern nicht mehr eine unverantwortliche deutsche Regierung, sondern das seine Geschicke selbst bestimmende deutsche Volk gegenüber. Die neue Verfassung des Deutschen Reiches, die Zusammensetzung seiner Volksregierung entsprechen den strengsten Grundsätzen der Demokratie; die Abkehr von der militaristischen Gesinnung zeigt sich auch darin, daß die von Deutschland zur Annahme vorgeschlagene Völkerbundsatzung ein Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen enthält, das größere Sicherheiten schafft als die entsprechenden Bestimmungen des Völkerbundsstatuts im Friedensentwurf.

Aber diese wie andere Tatsachen sind in dem Friedensentwurf völlig unberücksichtigt geblieben. Es ist nicht abzusehen, welche härteren Bedingungen einer imperialistischen Regierung auferlegt werden können.

2. Kein Gewalt- sondern Rechtsfriede

Der Friede, der mit Deutschland geschlossen werden soll, sollte ein Friede des Rechts, kein Friede der Gewalt sein.

So versprach am 18. September 1917 der französische Minister Painlevé im Senat und in der Deputiertenkammer den Abschluß „nicht eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des nächsten Krieges in sich schlösse, sondern eines gerechten Friedens". Am 12. November 1917 sagte derselbe Staatsmann von den Alliierten: „Sie kämpfen, damit endlich die Nationen den Frieden kennen lernen, die Gerechtigkeit, die Achtung vor dem Rechte, ohne unter eiserne Gesetze gebeugt zu werden." Am 27. September 1917 sagte der Minister des Äußeren Pichon in der Deputiertenkammer: „Siegen, warum? Eroberungen machen, um Völker zu unterdrücken,

um zu herrschen? Nein! Um der Welt einen Frieden der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit entsprechend den Abstimmungen der Kammer und den Erklärungen der Alliierten Regierungen zu verschaffen."

Der englische Minister Asquith erklärte in seiner Rede in Leeds am 27. September 1917: „Noch weniger kann man einen der Welt würdigen Frieden von einem dem Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrag erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet ließe und geschichtlichen Überlieferungen, Ansprüchen und der Freiheit der betreffenden Völker nicht entspräche. Solche sogenannten Verträge haben die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich und bereiten ganz einfach einen fruchtbaren Nährboden für künftige Kriege."

Am 10. Januar 1918 erklärte der Minister Balfour in Edinburg: „Wir gingen niemals in den Krieg für selbstsüchtige Zwecke, und wir werden den Krieg auch nicht für selbstsüchtige Zwecke zu Ende kämpfen."

Am 4. September 1915 sagte der englische Minister Bonar Law in der Guild Hall: „Wir kämpfen für die sittlichen Kräfte der Menschheit und für das Recht der öffentlichen Gerechtigkeit, die Grundlage der Gesittung. Wir kämpfen für Recht gegen Macht."

Am 22. Oktober 1917 forderte der englische Ministerpräsident Lloyd George im Unterhause: „Wir dürfen Deutschland keine Waffe in die Hand geben dadurch, daß wir ihm ein wirkliches Unrecht zufügen", und in seiner Rede vom 5. Januar 1918 sagte er: „Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein; wir dürfen keine neue elsaßlothringische Frage haben, aus dem einfachen Grunde, weil wir sonst den Fehler Deutschlands wiederholen würden." Ebenso bezeichnete der General Smuts am 17. Mai 1918 gegenüber den Werftarbeitern am Clyde als Ziel des Krieges die Sicherung der Freiheit und der Rechte aller Nationen.

Am 2. April 1917 sagte Präsident Wilson in seiner Ansprache an die beiden Häuser des Kongresses: „Wir werden zufrieden sein, wenn die Rechte der Menschheit so weit sichergestellt sind, wie sie durch das gegenseitige Vertrauen und die Freiheit der Völker sichergestellt werden können." Und am 4. Dezember 1917 verkündete er in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß folgendes: „Ich glaube,

daß ich für das Volk spreche, wenn ich zweierlei sage: wenn die Zeit kommt, wo wir über Frieden sprechen können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir vertrauen können, und wenn diese Sprecher bereit sein werden, sich namens ihres Volkes dem allgemeinen Urteil der Nationen darüber zu unterwerfen, was künftig die Grundlage von Recht und Abmachung im Leben der Welt sein soll; alsdann werden wir freudig bereit sein, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und ihn ohne Murren zahlen. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird. Es wird volle unparteiische Gerechtigkeit sein, Gerechtigkeit in jedem Punkte und gegen jede Nation, die die schließliche Auseinandersetzung angeht, unsere Feinde ebenso wie unsere Freunde." In derselben Rede heißt es von den wiedergutzumachenden Rechtsverletzungen: „Sie können und dürfen nicht durch die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen gegen Deutschland und seine Bundesgenossen gutgemacht werden. Die Welt wird die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen als ein Mittel zur Wiederherstellung und Auseinandersetzung nicht zulassen. Die Staatsmänner müssen nachgerade gelernt haben, daß die öffentliche Meinung der Welt allerwärts wachgeworden ist und die Fragen, um die es sich handelt, vollständig versteht." In seiner Ansprache an die mexikanischen Journalisten vom 9. Juni 1918 versprach Präsident Wilson die Wahrung des Grundsatzes, daß das Interesse des Schwächsten und des Stärksten gleich heilig sein solle: „Das ist es, was wir meinen, sofern wir das aufrichtig, verständnisvoll und mit wirklicher Kenntnis und Auffassung des Gegenstandes tun. Wenn es in der Tat und Wahrheit das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland vereinten Regierungen und ihrer Völker ist, in den kommenden Friedensverhandlungen einen sicheren und dauernden Frieden zustandezubringen, so werden alle, die am Verhandlungstische Platz nehmen, bereit und willens sein, den einzigen Preis zu zahlen, um den er zu haben ist. Auch müssen sie bereit und willens sein, mit männlichem Mute das einzige Werkzeug zu schaffen, das die Ausführung der Friedensbedingungen sicherstellen kann. Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte, gleichgültig, wessen Interesse dabei durchkreuzt wird, und nicht nur unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch Befriedigung aller Völker, deren Geschicke zur Entscheidung kommen." Und in seiner Rede im Kongreß am 11. Februar 1918 charakterisiert der Präsident das Friedensziel folgendermaßen:

„Was wir anstreben, ist eine neue internationale Ordnung, die auf weitherzigen und universellen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit beruht . . . nicht ein bloßer Friede aus Fetzen und Flicken."

Das Friedensdokument zeigt, daß keine dieser wiederholten feierlichen Versicherungen eingehalten worden ist.

Zunächst in den Territorialfragen:

Im Westen soll ein rein deutsches Gebiet an der Saar mit wenigstens 650 000 Einwohnern nur deshalb vom Deutschen Reiche für mindestens fünfzehn Jahre losgelöst werden, weil Ansprüche auf die dort vorhandenen Kohlen gemacht werden.

Von den anderen Abtretungen im Westen, von Deutschösterreich und Deutschböhmen soll im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede sein.

In Schleswig ist die Grenze für die Abstimmung durch rein deutsche Gebiete gezogen und geht weiter, als Dänemark selbst es wünscht.

Im Osten soll Oberschlesien von Deutschland abgelöst und zu Polen geschlagen werden, obwohl es seit 750 Jahren in keiner politischen Verbindung mit Polen gestanden hat. Umgekehrt soll die Provinz Posen und fast das ganze Westpreußen vom Deutschen Reiche losgelöst werden mit Rücksicht auf den früheren Umfang des alten polnischen Reiches, obgleich dort Millionen Deutscher wohnen. Wiederum erfolgt die Loslösung des Distriktes von Memel ohne irgendwelche Rücksicht auf geschichtliche Vergangenheit, in dem offensichtlichen Bestreben, Deutschland wirtschaftlich von Rußland zu trennen. Um Polen den freien Zugang zum Meer zu sichern, soll Ostpreußen völlig vom übrigen Reiche abgeschnitten und dadurch zum wirtschaftlichen und nationalen Absterben verurteilt werden. Die rein deutsche Stadt Danzig soll ein Freistaat unter polnischer Souveränität werden. Solchen Bedingungen liegt kein Rechtsgedanke mehr zugrunde. Beliebig soll bald die Idee eines unverjährbaren historischen Rechts, bald die Idee des ethnographischen Besitzstandes, bald der Gesichtspunkt wirtschaftlicher Interessen maßgebend sein, aber immer fällt die Entscheidung zuungunsten Deutschlands aus.

Auch die Regelung der Kolonialfrage widerspricht dem Rechtsfrieden. Denn das Wesen staatlicher Betätigung auf kolonialem Gebiet besteht nicht in kapitalistischer Ausbeutung einer minder entwickelten Menschenrasse, sondern in der Gewinnung zurückgeblie-

bener Völker für höhere Kultur. Daraus folgt ein naturrechtlicher Anspruch der fortgeschrittenen Mächte, an der kolonialen Betätigung beteiligt zu sein. Diesen naturrechtlichen Anspruch hat auch Deutschland, dessen Leistungen auf kolonialem Gebiet unbestreitbar sind. Er wird durch einen Friedensvertrag, der Deutschland seiner sämtlichen Kolonien beraubt, nicht erfüllt.

Nicht nur über der Regelung der territorialen Fragen, sondern über den sämtlichen Forderungen des Friedensvertrages steht der berüchtigte Satz: „Macht geht vor Recht." Dafür einige Beispiele:

Nach Artikel 117 soll sich das Deutsche Reich im voraus allen Verträgen und Verabredungen seiner Feinde mit denjenigen Staaten unterwerfen, die auf einem Teil des altrussischen Reiches errichtet sind oder errichtet werden, und zwar selbst in bezug auf seine eigene Grenzen.

Nach den Normen des Völkerrechts, so wie sie auf dem Kontinent verstanden wurden, hätte der Wirtschaftskrieg schon während der Kriegführung als unzulässig angesehen werden und das private Eigentum unangetastet bleiben müssen. Trotzdem begnügt sich das Friedensinstrument nicht damit, die Summe allen von den Feinden in ihrem Gebiete liquidierten deutschen Privatvermögens für die staatlichen Ersatzansprüche gegenüber Deutschland in Anspruch zu nehmen, sondern ungeheuerlicherweise behalten die feindlichen Regierungen sich das Recht vor, in ihren Gebieten auf unbestimmte Zeit nach Inkrafttreten des Friedensvertrages alles deutsche Eigentum, ohne eigentliche Entschädigung und ohne Rücksicht auf die Zeit seiner Einbringung, zu liquidieren oder anderweitigen beliebigen Kriegsmaßnahmen zu unterwerfen. Das soll sogar von dem deutschen Eigentum in den deutschen Kolonien, in Elsaß-Lothringen sowie in den sonst abzutretenden Gebieten gelten.

Es wird verlangt, daß deutsche Staatsangehörige den Gerichten der feindlichen Großmächte ausgeliefert werden, während eine neue, vom Gedanken des Rechtsfriedens getragene Lösung durch Einsetzung einer unparteiischen Behörde gesucht werden müßte, die alle in diesem Kriege vorgekommenen Völkerrechtsverletzungen festzustellen hätte.

Obgleich Präsident Wilson in seiner Rede vom 26. Oktober 1916 anerkannt hat, „daß keine einzelne Tatsache den Krieg hervorgerufen hat, sondern daß im letzten Grunde das ganze europäische System

die tiefere Schuld am Kriege trägt, seine Verknüpfung von Bündnissen und Verständigungen, ein verwickeltes Gewebe von Intrigen und Spionage, das mit Sicherheit die ganze Völkerfamilie in seinen Maschen fing", „daß die Erklärung des jetzigen Krieges nicht so einfach ist und seine Wurzeln sich tief in den dunkeln Boden der Geschichte senken", soll Deutschland anerkennen, daß Deutschland und seine Verbündeten für alle Schädigungen, die die gegnerischen Regierungen und ihre Angehörigen durch seinen und seiner Verbündeten Angriff erlitten haben, verantwortlich ist. Dies erscheint um so unerträglicher, als es eine unbestreitbare historische Tatsache ist, daß einige der uns feindlichen Staaten, wie Italien und Rumänien, ihrerseits um territorialer Eroberung halber in den Krieg eingetreten sind. Abgesehen davon, daß so eine einwandfreie rechtliche Grundlage für die Deutschland aufgebürdete Entschädigungspflicht nicht gegeben ist, soll die Höhe dieser Entschädigung durch eine nur von Deutschlands Gegnern eingesetzte Kommission festgestellt werden, ohne Anteil Deutschlands an der Beschlußfassung. Die Befugnisse dieser Kommission laufen einfach darauf hinaus, Deutschland wie eine große Konkursmasse zu verwalten.

Wie es angeborene Menschenrechte gibt, so gibt es angeborene Rechte der Völker. Das unveräußerliche Grundrecht aller Staaten ist das Recht auf Selbsterhaltung und Selbstbestimmung. Mit diesem Grundrecht ist die Zumutung, die hier an Deutschland gestellt ist, unvereinbar. Deutschland soll eine Entschädigungspflicht auf sich nehmen, deren Höhe noch nicht einmal festgestellt ist. Die deutschen Ströme sollen einem internationalen Regime unterstellt werden, in dem Deutschlands Vertreter immer nur in verschwindender Minderheit sind. Auf deutschem Boden sollen nach dem Willen ausländischer Instanzen Kanäle und Eisenbahnen gebaut werden können.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß das nicht der Rechtsfriede ist, den man uns verheißen, nicht der Friede, der nach einem Worte des Präsidenten Wilson „seinem ganzen Wesen nach auf Gleichheit und auf dem gemeinsamen Genusse einer allen gemeinsam zugute kommenden Wohltat beruht, bei dem die Gleichheit der Völker in der Gleichheit ihrer Rechte besteht".

3. Völkerbundsgeist

In einem solchen Frieden wäre die Solidarität der menschlichen Interessen berücksichtigt worden, die in einem Völkerbunde ihren Ausdruck finden sollte. Wie oft ist Deutschland versprochen worden, daß dieser Völkerbund die Kriegführenden, also Sieger und Besiegte, in einer dauernden Rechtsgemeinschaft einigen würde!

Am 10. April 1916 sagte Minister Asquith zu den französischen Parlamentariern: „Das Ziel der Verbündeten in diesem Kriege ist, den Weg zu einem internationalen System zu ebnen, das den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sichert." Am 1. November 1918 sprach der Minister Lord Robert Cecil von einem Völkerbundsgeist, der nicht nur die Maschinerie eines Völkerbundes bedeutet, sondern den Ersatz der Konkurrenz in internationalen Beziehungen durch Zusammenarbeit: „Das wäre ein ungeheurer Wechsel, der den Patriotismus von vielen in England auf die Probe stellen wird. Wenn wir nicht diese Probleme mit dem wirklich aufrichtigen Wunsche behandeln, eine Lösung durchzusetzen, die zum Vorteil der ganzen zivilisierten Welt dauernd bestehen wird, dann in der Tat könnte es sein, daß wir einen neuen Fehlschlag, eine neue Katastrophe gegen uns selbst in Bewegung setzen, so wie wir sie in den letzten vier Jahren erlebt haben, und dann ist es keineswegs sicher, daß die europäische Zivilisation das überlebt." Am 26. August 1915 sagte der ehemalige Minister Sir Edward Grey: „Wenn es Garantien gegen einen künftigen Krieg geben sollte, so müßten sie allumfassend und wirksam sein und Deutschland ebenso wie die anderen Nationen, England eingeschlossen, binden." Derselbe Minister schrieb in seiner Abhandlung über die „Liga der Nationen" im Jahre 1918: „Ein solcher Völkerbund muß auch Deutschland umfassen, aber nicht ein Deutschland, das nicht von dem Vorteile und der Notwendigkeit eines solchen Bundes überzeugt ist. Die Alliierten müssen demgegenüber den Gedanken der gegenseitigen Achtung der Staaten in den Vordergrund stellen und entschlossen sein, jeden Versuch zu einem Kriege als eine die ganze Welt mit Zerstörung bedrohende Epidemie zu ersticken. Wenn Leute, die diesen Gedanken und diese Art des Friedens annehmen, im Namen Deutschlands sprechen und handeln werden, werden wir einen guten Frieden erhalten." Unterm 12. Oktober 1918 sagte Lord Grey: „Wilson hat wiederholt darauf gedrungen, daß der Völkerbund ein Bund sein müsse, in den auch Deutschland

aufgenommen werden kann. Wir dürfen keinen Vorwand suchen, Deutschland aus einem andern Grunde auszuschließen, als daß jede zu dem Bunde gehörende Regierung ein freies Volk repräsentieren muß, entschlossen, die Ziele des Bundes in aller Aufrichtigkeit auszuführen." Ähnlich verlangte der französische Ministerpräsident Ribot am 6. Juni 1917: „Morgen muß sich ein Friedensbund bilden im Namen des demokratischen Geistes, den Frankreich die Ehre hätte, in die Welt einzuführen. Die Nationen, die heute in Waffen stehen, werden morgen die Gesellschaft der Nationen bilden. Das ist die Zukunft der Menschen, oder man müßte an ihrer Zukunft zweifeln. Wilson hat gesagt, daß er in diesem Punkte mit uns sei."

„Wenn der kommende Friede von Dauer sein soll", sagte Präsident Wilson am 22. Januar 1917, „muß er ein Friede sein, der gesichert ist durch das organisierte Übergewicht der Macht der ganzen Menschheit." — „Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß gebildet werden", hieß es in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918. Am 27. September 1918 erklärte er: „Die Schaffung jenes Völkerbundes sowie die klare Umschreibung seiner Ziele müßte ein Teil, ja in gewissem Sinne der wesentliche Teil des Friedens selbst sein. Wenn er schon jetzt geschlossen werde, würde er lediglich ein neues Bündnis bedeuten, das sich auf jene Nationen beschränkte, die sich gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossen hätten." Noch am 3. Januar 1919 sah Präsident Wilson in Rom die Aufgabe der Friedenskonferenz zu Paris darin, „die Freundschaft der ganzen Welt zu organisieren, dafür zu sorgen, daß alle die sittlichen Kräfte, die auf Recht, Gerechtigkeit und Freiheit hinwirken, vereinigt würden zu einer lebendigen Gliederung."

Diese Kundgebungen ließen es dem deutschen Volke als selbstverständlich erscheinen, daß es von Anfang an bei der Errichtung des Völkerbundes beteiligt werden würde. Aber im Widerspruch mit ihnen ist das Völkerbundstatut ohne Deutschlands Mitwirkung festgesetzt worden. Ja, Deutschland befindet sich nicht einmal auf der Liste der Staaten, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Zwar kann sich Deutschland um die Zulassung bewerben, aber sie ist abhängig gemacht von „effektiven Garantien", deren Umfang und Inhalt es nicht einmal kennt. Deutschlands Bedeutung ist unabhängig von seiner jeweiligen militärischen oder politischen Macht;

daher kann von einem wahren Völkerbund ohne seine Zulassung überhaupt nicht gesprochen werden. Vielmehr ist, was der Friedensvertrag schaffen will, nur eine Fortdauer der gegnerischen Koalition, die den Namen „Völkerbund“ nicht verdient. Auch die innere Struktur verwirklicht nicht den wahren Völkerbund. Statt der erträumten Allianz der Völker kehrt darin wieder die unselige Idee der Heiligen Allianz von 1815, der Glaube, von oben herab auf dem Wege diplomatischer Konferenzen mit diplomatischen Organen der Welt den Frieden sichern zu können! Man vermißt technische Behörden und unparteiische Instanzen neben dem von den Großmächten beherrschten Ausschuß, der die ganze Kulturwelt auf Kosten der Unabhängigkeit und Rechtsgleichheit der kleineren Staaten seiner Kontrolle unterwerfen kann. Die Fortdauer der alten auf Macht gestützten Politik mit ihren Rankünen und Rivalitäten ist damit nicht ausgeschlossen!

4. Wird Deutschlands Stellung vernichtet?

Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt zugesichert, daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinauswollen. „Wer hat jemals gewünscht“, erklärte Ministerpräsident Lloyd George am 19. September 1916 im Unterhaus, „der Nationalexistenz Deutschlands oder seiner freien nationalen Entwicklung ein Ende zu machen?“ Am 20. Februar 1918 sagte das Mitglied im englischen Kriegsrat Lord Milner: „Wir kämpfen nicht, um Deutschland zu vernichten . . . wir kämpfen nicht, um Deutschland seine Unabhängigkeit zu nehmen oder um es von seinem billigen Anteil an dem Handelsverkehr der Welt auszuschließen.“ Am 27. Dezember 1917 nahm der französische Minister des Äußern, Pichon, in seinem Bericht an die Deputiertenkammer darauf Bezug, daß auch in der Antwort der Alliierten auf die Botschaft Wilsons keine Rede sei von der Vernichtung des deutschen Volkes.

„Amerika muß zeigen“, sagte Präsident Wilson am 26. Oktober 1916 in Cincinnati, „daß es bereit ist, nicht nur seinen moralischen Einfluß, sondern auch seine physische Kraft zur Verfügung zu stellen, wenn andere Nationen mit ihm zusammen dafür sorgen wollen, daß keine Nation und keine Gruppe von Nationen versucht, eine andere Nation oder eine andere Gruppe von Nationen auszunützen, und daß das einzige, wofür gekämpft worden ist, die allgemeinen

Rechte der Menschheit sind.“ In der Antwort des Präsidenten auf die Note des Papstes vom 27. August wird festgestellt: „Das amerikanische Volk glaubt, daß der Friede auf dem Recht der Völker, ob groß oder klein, ob schwach oder mächtig, ruhen sollte, auf ihrem gleichen Rechte, auf Freiheit, Sicherheit, Selbstherrschaft und einer auf ehrlicher Bestimmung aufgebauten Beteiligung an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Welt, worin natürlich das deutsche Volk eingeschlossen wäre, sofern es die Gleichberechtigung annähme und nicht Oberherrschaft suchen will.“

Ferner bezeichnete Präsident Wilson am 8. Januar 1918 in einer Ansprache an den Kongreß als Bedingung für den gerechten Frieden „die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung einer Gleichheit der Handelsverhältnisse für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verpflichten“; und nach seiner New Yorker Rede vom 27. September 1918 soll wirtschaftlicher Boykott nur noch als Maßregel geordneter Exekutive des Völkerbundes geduldet werden.

Im Widerspruch dazu zeigt das Friedensdokument, daß Deutschland als Weltvolk schlechterdings vernichtet werden soll. Den Auslandsdeutschen wird die Möglichkeit genommen, die alten Verbindungen im Auslande fortzusetzen und Deutschland einen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu sichern, indem ihr bisher eingezogener Besitz verwendet wird für die Wiedergutmachung, statt ihnen ersetzt zu werden.

Ebenso wird es jedem Deutschen unmöglich gemacht, seinem Vaterland einen Anteil am Welthandel zu erwerben, wenn — auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages — aller Besitz von Deutschen im Auslande auf unbestimmte Zeit Kriegsmaßregeln unterworfen bleiben und damit zur Einziehung gelangen kann. Dazu kommt noch, daß auch sonst der Deutsche in den Ländern der Gegner nicht die persönliche Rechtsstellung genießen soll, die ihnen bei uns zustehen würde. Der Wille, Deutschland aus dem Weltverkehr auszuschalten, zeigt sich auch in der Entziehung des Eigentums an seinen Kabeln.

Dazu kommt die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens im Innern, die an anderer Stelle dargelegt wird.

Derartige Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jener Idee des Völkerrechts, nach der jedes Volk einen Anspruch

auf das Leben hat. Dieses höchste Gut darf ihm um der wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden.

5. Selbstbestimmungsrecht der Völker

Zu solchen Grundrechten ist im Kriege ein neues getreten, das die Staatsmänner aller kriegführenden Völker immer wieder als Ziel erkannt haben: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Ausübung dieses Rechts allen Völkern zu ermöglichen, sollte gerade ein Gewinn des Krieges sein. Als „leitenden" Grundsatz verkündete Minister Asquith in Leeds am 27. September 1917: „daß nach der Rasseverwandtschaft und nach der geschichtlichen Überlieferung, vor allen Dingen nach den wirklichen Wünschen und Bestrebungen der Bewohner, verfahren werden muß." Derselbe Staatsmann forderte am 11. Oktober 1918 „für jede Volksindividualität die Freiheit der Selbstentwicklung, damit sie ihre besonderen Gaben, Fähigkeiten und Dienste der gesamten Menschheit zugänglich machen können". Am 11. September 1914 erklärte Minister Churchill: „England muß am Ende des Krieges große und gesunde Prinzipien für das politische System Europas erstreben. Das erste dieser Prinzipien ist Achtung der Nationalität." Am 23. März 1915 kennzeichnete der damalige Minister Sir Edward Grey als „die große Idee, für die die Alliierten kämpften, daß die Nationen Europas ihr eigenes unabhängiges Leben führen und die eigenen Regierungsformen und die eigene nationale Entwicklung in voller Freiheit ausbilden können". Am 23. Oktober 1916 wiederholte Sir Edward Grey: „Wir werden fechten, bis wir die Vorherrschaft und das Recht auf freie Entwicklung unter gleichen Bedingungen erreicht haben, bei dem alle Staaten . . . . sich in Übereinstimmung mit ihrer Veranlagung als eine Familie der zivilisierten Menschheit aufbauen können." Der englische Ministerpräsident Lloyd George nannte am 5. Januar 1918 unter den obersten Kriegszielen die „Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker". Am 12. Dezember 1917 sprach der italienische Ministerpräsident Orlando von der unverletzlichen Einheit des nationalen Bewußtseins. Am 11. Januar 1918 nannte Pichon unter den drei Bedingungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden die territoriale Regelung auf der Grundlage des Rechts der Völker, über sich selbst zu bestimmen.

Am 2. April 1917 verkündete Präsident Wilson: „Wir werden für die Güter kämpfen, die unseren Herzen stets am teuersten gewesen sind, für die Demokratie, für das Recht aller derer, die einer Obrigkeit untertan sind, bei der Regierung ihres Landes eine Stimme zu erhalten.“ Am 11. Januar 1918 sagte Präsident Wilson im Kongreß: „Völker und Provinzen sollen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden dürfen, gerade als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären. Die Völker können heute nur mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Selbstbestimmung ist keine bloße Redensart. Sie ist ein dringendes Prinzip des Handelns, welches Staatsmänner hinfort nur auf ihre Gefahr hin mißachten können. Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen oder einfach durch die Vereinbarungen einer Friedenskonferenz; er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengestückelt werden.“ Ähnlich hieß es schon in seiner Botschaft an den Senat vom 22. Januar 1917: „Kein Friede kann Bestand haben und sollte es auch nicht, der nicht den Grundsatz anerkennt und sich zu eigen macht, daß alle gerechten Machtbefugnisse der Regierungen aus der Zustimmung der Regierten abzuleiten sind, und daß niemand ein Recht hat, Völker von einem Herrscher zu einem anderen zu überweisen, als handle es sich um bloße Vermögensstücke.“ In seiner Rede vom 4. Juli 1918 stellte Präsident Wilson ausdrücklich nochmals als Kriegsziel auf: „Die Regelung aller Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Souveränität, wirtschaftliche Vereinbarungen oder politische Beziehungen betreffen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch unmittelbar getroffenen Volkes und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgendeiner anderen Nation, oder irgendeines anderen Volkes, das um seines äußeren Einflusses oder seiner Vorherrschaft willen eine andere Regelung wünschen könnte.“

Weder die schon geschilderte Behandlung der Bewohner des Saargebiets als Zubehör der Bergwerke noch die öffentliche Form der Befragung der Bevölkerung in den Bezirken Eupen, Malmedy und Preußisch-Moresnet, die überdies erst nach ihrer Unterstellung unter belgische Souveränität erfolgen soll, entsprechen im entferntesten solcher feierlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts.

Das gilt auch für Elsaß-Lothringen. Wenn Deutschland sich ver-

pflichtet hat, „das Unrecht von 1871 wieder gutzumachen", so bedeutet das keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer. Die Abtretung des Landes ohne Befragung der Bevölkerung wäre ein Unrecht, schon weil sie im Widerspruch zu einer anerkannten Grundlage des Friedens stände.

Anderseits ist es mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung unvereinbar, wenn 2½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen von ihrem Heimatstaate losgerissen werden. Durch die beabsichtigte Grenzführung wird über rein deutsche Territorien zugunsten der polnischen Nachbarn verfügt. So sollen von den mittelschlesischen Kreisen Guhrau und Militsch Teile abgerissen werden, in denen neben 44900 Deutschen höchstens 3700 Polen wohnen. Dasselbe gilt von den Städten Schneidemühl und Bromberg, von denen die letzte höchstens 18 v. H. polnische Einwohner hat, während im Landkreise Bromberg die Polen auch noch nicht 40 v. H. der Bevölkerung ausmachen. Von dem jetzt Polen zugewiesenen Netzedistrikt hat Wilson in seinem Buche „The State, elements of historical and practical politics" in Kapitel 7: The Government of Germany, Seite 255 ausdrücklich anerkannt, daß es sich um ein durchaus deutsches Gebiet handle. Die Grenzziehung zwischen Polen einerseits, Mittelschlesien, Brandenburg und Westpreußen anderseits ist aus strategischen Gründen vorgenommen. Diese sind aber im Zeitalter eines durch den Völkerbund international geschützten Besitzstandes schlechterdings unhaltbar. Wie willkürlich die in bezug auf den Osten gezogenen Grenzen in jeder Beziehung sind, ergibt sich auch daraus, daß die oberschlesischen Kreise Leobschütz und Ratibor dem Tschecho-Slowakischen Staate zugewiesen werden, obgleich Leobschütz 7,6 v. H., Ratibor 39,7 v. H. tschechisch-mährische Bevölkerung hat. Auch die Abgrenzung der Bezirke im südlichen Ostpreußen umfaßt rein deutsche Kreise, wie Angerburg und Oletzko. Am krassesten zeigt sich diese Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts darin, daß Danzig vom Deutschen Reiche getrennt und zum Freistaate gemacht werden soll. Weder geschichtliche Rechte, noch der heutige ethnographische Besitzstand des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Geschichte und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meere, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerrechtliche Servituten, durch Schaffung von Freihäfen gesichert werden. Auch

die Deutschland zugemutete Abtretung der Handelsstadt Memel steht in keinerlei Zusammenhang mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dasselbe gilt von der Tatsache, daß Millionen von Deutschen in Deutsch-Österreich der von ihnen erstrebte Anschluß an Deutschland verweigert wird und weitere Millionen an unseren Grenzen wohnender Deutscher gezwungen werden sollen, beim neugebildeten Tschecho-Slowakischen Staate zu bleiben.

Sogar dem Staatsgebiet gegenüber, das Deutschland verbleiben soll, wird die Verheißung des Selbstbestimmungsrechts nicht eingehalten. Eine Kommission zur Durchführung der Entschädigung soll ausschlaggebend für das ganze Staatswesen werden. Unsere Gegner wollen für das große Ziel der Demokratisierung Deutschlands gekämpft haben. Zwar sind wir durch den Ausgang des Krieges befreit von den früheren Gewalten; aber eintauschen sollen wir eine ausländische, diktatorische Gewalt, deren Ziel nur sein kann und sein muß, die Arbeitskraft des deutschen Volkes für die Gläubigerstaaten auszunutzen. Eine solche Preisgabe seiner Unabhängigkeit kann keinem Staate zugemutet werden. Das Selbsterhaltungsrecht eines Staates bedeutet vor allem die freie Verfügung über die innere Ordnung seines Lebens; eine Beschränkung dieser Freiheit Deutschlands ist eine Verletzung der Grundrechte der Völker.

III. Das Ergebnis

All das zeigt, daß dieser der Deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Grundlage für einen dauernden Rechtsfrieden steht. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfs entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftlebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai von der Regierung wie von allen Parteien als unerfüllbar bezeichnet. Die Verwirklichung dieses Vertragsentwurfs würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten. Hat doch schon der

frühere Präsident Roosevelt am 10. Oktober 1914 gewarnt: „Eine Vernichtung oder nur Verkrüppelung Deutschlands, die zu seiner politischen Ohnmacht führen würde, wäre eine Katastrophe für die Menschheit.“ Das würde sich auf wirtschaftlichem Gebiet zunächst bemerkbar machen. Die Gläubiger Deutschlands können bei einer wirtschaftlichen Verelendung, wie sie die unausbleibliche Folge eines solchen Friedens wäre, jene ungeheuren Summen nicht gewinnen, die ihnen Deutschland zahlen soll. Die nachteiligen Folgen eines solchen Friedens würden über den Ausfall der gegnerischen Forderungen weit hinausgehen. Das wirtschaftliche Wohlergehen der Welt ist im letzten Grunde abhängig von der Summe der produzierten Güter. Mag die völlige Ausschaltung Deutschlands aus dem Weltgeschäft lästige Konkurrenten entfernen: im ganzen muß die Welt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands unendlich viel ärmer werden. Eine solche dauernde Schädigung des Wohlstandes der Welt ist doppelt verhängnisvoll, weil der Krieg einen großen Teil des Nationalvermögens der meisten Kriegführenden verschlungen hat. Was die Welt braucht, ist die internationale Arbeitsgemeinschaft auf allen Gebieten.

Das Zeitalter der Weltwirtschaft erfordert die politische Organisation der Kulturwelt. Die Deutsche Regierung stimmt mit den Regierungen der Alliierten und Assoziierten Mächte darin überein, daß die grauenhaften Verwüstungen, die dieser Krieg gebracht hat, die Aufrichtung einer Neuordnung der Welt verlangen, einer Ordnung „effektiver Geltung der Grundsätze des Völkerrechts“ und „gerechter und ehrenhafter Beziehungen zwischen den Völkern“. Die Wiederherstellung und der Ausbau der zwischenstaatlichen Ordnung in der Welt ist nur gesichert, wenn es den bestehenden Gewalten gelingt, aus einem neuen Geiste heraus die große Idee der Demokratie zu verwirklichen, wenn, wie es Präsident Wilson am 4. August 1918 ausgesprochen hat, „die Regelung aller Fragen .... auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch getroffenen Volkes“ erfolgt. Nur die Völker, die in freier Selbstverantwortung nach dem Rechte leben, können einander die Gewähr für gerechte und ehrenhafte Beziehungen geben. Ihre Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit verlangt aber auch, daß sie sich gegenseitig Freiheit und Leben als die heiligsten und unveräußerlichen Grundrechte gewährleisten.

Dieses Erkenntnis spricht nicht aus dem Friedensdokument, das uns vorgelegt wurde. Eine sterbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen feiert darin ihren letzten entsetzlichen Triumph. Gegenüber diesen Anschauungen, die unsagbares Unglück über die Welt gebracht haben, berufen wir uns auf das „angeborene Recht" der Menschen und Völker, unter dessen Zeichen sich der englische Staat entwickelt, das niederländische Volk sich befreit, die nordamerikanische Nation ihre Unabhängigkeit errichtet, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Es kann von den Trägern solcher geheiligten Traditionen dem deutschen Volke nicht verweigert werden, das jetzt erst im Innern sich die Fähigkeit erstritten hat, seinem freien Willen zum Recht gemäß zu leben. Mit der Achtung vor diesem angeborenen Recht erscheint ein Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt worden ist, nicht vereinbar.

Gutachten der deutschen Friedensdelegation

Versailles-Weimar, 17. Juni 1919

Die Rückäußerung der Alliierten und Assoziierten Regierungen ist enthalten in einem Mantelbrief vom 16. Juni, einer Denkschrift über die verschiedenen Materien des Friedensvertrages und einem Vertragsentwurf über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands. Diese Schriftstücke sind in einer Reihe von Druckexemplaren übergeben worden. Ferner ist ein einziges Exemplar des früheren Vertragsentwurfs übergeben worden, in das die beabsichtigten Änderungen handschriftlich eingetragen sind. Es ist in der bisher zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, die Tragweite jeder einzelnen Abänderung genau festzustellen; jedoch kann es sich hierbei nur um Einzelheiten von geringerer Bedeutung handeln. In allen wichtigen Punkten ist der Sinn der Antwort erkennbar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Antwort in der Sache selbst gegenüber dem früheren Friedensentwurf nur in Punkten zweiter Ordnung Erleichterungen enthält. Dagegen ist die Grundlage, auf der das ganze Vertragswerk, abweichend von dem vereinbarten Wilsonprogramm, aufgebaut ist, nämlich die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege, in einer gehässigen und ehrenrührigen Form verstärkt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

1. Völkerbund

Deutschland wird der Beitritt zum Völkerbund in einer nahen Zukunft in Aussicht gestellt, wenn es durch sein Betragen, insbesondere durch den Beginn der Ausführung des Vertrages, nach dem Gutdünken der Alliierten und Assoziierten Mächte für künftiges Wohlverhalten genügende Gewähr geleistet hat. Da der Vertrag technisch unausführbar ist, kann nach Ansicht der Delegation eine ernsthafte Regierung auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in absehbarer Zeit nicht rechnen.

2. Territoriale Fragen

An den Grundsätzen des Friedensentwurfs wird nichts geändert. Bezüglich Belgiens, Luxemburgs, des Saargebiets, Elsaß-Lothringens sowie Deutsch-Österreichs bleibt der Entwurf bei den bisherigen Bestimmungen.

Was die Ostfragen anlangt, so wird bezüglich Westpreußens, Danzigs, Ostpreußens, und zwar sowohl seiner südlichen Kreise, wie auch Memels, nichts geändert. Lediglich eine Verstärkung der Garantien für den Eisenbahn-Durchgangsverkehr nach dem abgetrennten Ostpreußen ist zugesagt. Ferner ist zugestanden, daß das rein deutsche Pommern, von dem Polen Teile annektieren sollte, nunmehr intakt beim Deutschen Reiche bleiben soll. In Posen und Mittelschlesien ist eine gewisse Grenzkorrektur eingetreten, die indes unerheblich ist.

Das einzig wichtige Gebiet, in dem eine formelle Abänderung zugestanden ist, ist Oberschlesien; dort soll abgestimmt werden. Die Abstimmung ist aber mit ungerechten Kautelen versehen, die das Bestreben erkennen lassen, das deutsche Oberschlesien zu Polen zu schlagen. Stimmt die Bevölkerung für Polen, so wird sie frei von allen Kriegslasten. Außerdem soll das Land auf längere Zeit von alliierten Truppen besetzt werden, so daß jede Art der Agitation durch Drohung und Beeinflussung (mit Geld oder Lebensmitteln) möglich bleibt.

In Schleswig ist die Abstimmungsgrenze weiter nördlich gezogen, und zwar dem Wunsche der Dänischen Regierung entsprechend, die die rein deutschen Distrikte in der dritten Zone nicht erwerben wollte. Hier liegt also überhaupt keine Konzession vor; die Gegner haben sich offenbar davon überzeugt, daß es nicht zweckmäßig wäre, Dänemark Gebiete zu oktroyieren, die es ablehnt.

Die Kolonien werden weggenommen, ohne Vergütung und ohne Schuldensukzession, selbst bei den Vorkriegsschulden, und ohne jede rechtliche Sicherheit für die bisher in den Kolonien tätig gewesenen Deutschen. Zur Begründung wird lediglich auf die angeblichen Sünden der deutschen Kolonialverwaltung verwiesen.

Auch die Bestimmungen über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland und den auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Kaiserreichs gebildeten und zu bildenden Staaten sind nicht geändert.

3.

Bezüglich der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, seines Außenhandels und seiner Schiffahrt sind überhaupt keine Konzessionen gemacht. Die Handelsflotte bleibt nach wie vor verloren. Auch bezüglich der Hergabe der Neubauten ist nichts geändert. Das auswärtige Vermögen Deutschlands wird, wie im ursprünglichen Entwurfe vorgesehen, praktisch konfisziert, insbesondere auch in den deutschen Kolonien und in den an Frankreich und Belgien fallenden deutschen Landesteilen. Eine Milderung ist lediglich für die Gebiete vorgesehen, die an die neugebildeten Oststaaten, Polen und die Tschecho-Slowakei sowie an Dänemark fallen.

4.

Auch hinsichtlich der Rechtsgrundlage und des Umfangs der Wiedergutmachung haben die Gegner ihren Standpunkt nicht verändert. Die Bestimmung in Artikel 231 bleibt aufrechterhalten, gemäß dem Deutschland die Verantwortung für alle Kriegskosten und Kriegsschäden wegen der ihm allein zugeschobenen Schuld am Kriege übernimmt. Auch jetzt wird keine feste Summe bestimmt, die Deutschland zu zahlen hat. Deutschland wird lediglich das Recht — wenn man das ein Recht nennen kann — gewährt, innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß feste Vorschläge zu machen. Es ist dann Sache der Gegner, diese Vorschläge anzunehmen, abzulehnen oder zu ändern. Das Endergebnis wird, wie bisher, einseitig von den Gegnern festgesetzt. Eine neutrale Instanz über die Rechts- und Tatfragen, wie Deutschland sie gefordert hat, wird ebenso wie jede weitere Erörterung über die Rechtsbasis des Schadensersatzes abgelehnt. Eine deutsche Kommission wird zur Verhandlung mit der Wiedergutmachungskommission zugelassen; da die deutsche Kommission keine Mitentscheidung hat, liegt hierin kein Zugeständnis. Der Vertragstext bleibt daher in diesem Kapitel unverändert.

Zuzugeben ist, daß die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission näher begrenzt sind, und daß zugestanden ist, daß dieses Organ sich in die Einzelheiten der deutschen Finanzverwaltung nicht unmittelbar einmischen soll. Diese Begrenzungen sind aber sehr vage und im Vertrage selbst nicht festgelegt; nach wie vor kann die Kommission auf Grund des § 12 b im Annex 2 fordern, daß Einnahmen, die nach dem Etat des Reichs und der Einzelstaaten für

kulturelle Aufgaben bestimmt sind, vorab für die Entschädigungen verwendet werden, und es hängt von dem Belieben der gegnerischen Regierungen ab, ob sie anerkennen wollen, daß solche Ausgaben nötig sind, um Deutschland für die Entschädigungen leistungsfähig zu halten. Im ausschlaggebenden Punkte haben wir also nicht, wie die Gegner behaupten, den Vertragstext mißverstanden.

Die Anrechnung des nach dem Waffenstillstandsvertrag übergebenen Heeres- und Flottenmaterials sowie der Handelstonnage auf die Entschädigungsforderung bleibt abgelehnt.

5. Handelspolitische Bestimmungen

Die Gleichberechtigung Deutschlands im Weltverkehr ist einstweilen ausgeschlossen, angeblich, damit der Vorsprung wieder eingeholt werden kann, den die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege vor der Volkswirtschaft einiger seiner Feinde besitzen wird! Selbst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist Gleichberechtigung nicht zugesagt. Es wird nur erklärt, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte alsdann in der Lage sein werden, mit Deutschland zusammen zu arbeiten, um eine dauerhafte Organisation einzuführen und eine angemessene Behandlung des Verkehrs aller Nationen durchzusetzen. Der Wiederaufbau des deutschen Außenhandels und die Wiederbelebung unserer Industrie ist damit auf unbestimmte Zeit gegenüber den Alliierten und Assoziierten Mächten differenziert und auf eine völlig unsichere Basis gestellt.

6. Besetzte Gebiete

Der vorgelegte Entwurf eines Abkommens über das in den besetzten Gebieten einzuführende Verwaltungsstatut mit einer fremden Zivilbehörde als Spitze bringt in wirtschaftlicher Hinsicht keine Änderung gegen den Zustand, der gegenwärtig durch die Auslegung des Waffenstillstandes von den Gegnern geschaffen ist. Deutschland kann, besonders da das Requisitionsrecht weiterbestehen soll, nach wie vor über die Natur- und Gewerbserzeugnisse der besetzten Gebiete nicht frei verfügen. Außerdem haben sich die Gegner vorbehalten, für die besetzten Gebiete ein eigenes Zollregime einzuführen. Anstatt, wie wir gefordert hatten, die Dauer der Besetzung abzukürzen, wird also der erste Schritt zur dauernden politischen Abtrennung der Rheinlande getan.

7. Rechtsfragen

Den Zugeständnissen auf dem Gebiete der Privatrechte kann zum Teil eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden. Sie sind indes bei weitem nicht ausreichend, um den Forderungen, die in dieser Hinsicht deutscherseits gestellt werden müssen, zu genügen. Es wird nichts daran geändert, daß das gesamte jetzt in Feindesland befindliche deutsche Privateigentum von den Feinden mit Beschlag belegt wird, um die Kriegsentschädigung zu decken, die von Deutschland zu zahlen ist, statt daß man es Deutschland überließe, wie weit es das Eigentum seiner Angehörigen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag heranziehen will. Auch wird uns in den wichtigsten Fragen die Gegenseitigkeit nach wie vor versagt, obwohl es sich um ein Gebiet handelt, das nur nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden darf. Eine stichhaltige Begründung läßt die Antwort der Gegner vermissen. Soweit eine Begründung überhaupt gegeben wird, besteht sie in dem unverhüllten Hinweis auf das Interesse der Alliierten und Assoziierten Mächte.

8. Verkehrsfragen

Was die Binnenschiffahrt anlangt, so ist an dem ursprünglichen Entwurf, der die Verwaltung der deutschen Binnenwasserstraßen Deutschland aus der Hand nimmt, nichts von Belang geändert.

Die Rheinschiffahrtsakte ist, solange die Besetzung dauert, praktisch außer Geltung gesetzt.

Der gegnerische Eingriff in die Gestaltung der deutschen Eisenbahntarife bleibt bestehen.

Die Zugeständnisse auf diesem Gebiete beschränken sich, abgesehen von dem Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, auf folgende Punkte:

a) Deutschland erhält statt eines Vertreters drei Vertreter in der Oder-Kommission;

b) Deutschland kann sich an den Beratungen der Donau-Kommission ohne Stimmrecht beteiligen;

c) der Bau eines Großschiffahrtsweges Rhein—Donau kann Deutschland nicht einseitig von den Gegnern auferlegt werden.

9. Staatsverträge

Die deutscherseits gegen das Kapitel der Staatsverträge erhobenen Bedenken sind in den wesentlichsten Punkten nicht berücksichtigt worden. Es bleibt dabei, daß allein die gegnerischen Mächte bestimmen, welche Verträge wieder Geltung erlangen sollen. Es bleibt ferner dabei, daß alle Verträge, die Deutschland vor und während des Krieges mit russischen Staaten und mit Rumänien, sowie alle Verträge, die es während des Krieges mit seinen früheren Verbündeten abgeschlossen hat, ohne Ausnahme beseitigt werden. Es bleibt endlich auch dabei, daß Deutschland den gegnerischen Mächten und ihren Angehörigen ohne jede Gegenseitigkeit alle Rechte gewähren soll, die es vor dem Kriege seinen Verbündeten und während des Krieges Neutralen in Staatsverträgen eingeräumt hat.

10. Kriegsgefangene

Auch hier lehnen die Gegner es ab, auf unsere Forderungen einzugehen. Weder sind die Gegner bereit, die Gefangenen zurückzugeben, die wegen gewöhnlicher Vergehen bestraft sind, während wir die bestraften feindlichen Gefangenen freilassen mußten, noch gewähren sie uns in anderen Punkten die Gegenseitigkeit.

11. Militärfragen

Statt unser rückhaltloses Eingehen auf den Gedanken der Abrüstung mit der bindenden Zusage späterer Gegenseitigkeit in vertragsmäßiger Frist zu erwidern, begnügen sich die Gegner mit der Ankündigung eines vagen Programms, das sich nicht einmal auf die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht festlegt. Die Bindung unserer gesamten inneren Heeresorganisation, aller Einzelheiten der Bewaffnung und Ausbildung bleibt bestehen. Das Zugeständnis einer Übergangsperiode ist nahezu wertlos, weil es die Periode zu kurz bemißt und die Heeresstärke ohne jede Erforschung des wirklichen Bedürfnisses festsetzt.

12. Sanktionen

Zu dem Kapitel der Sanktionen (Aburteilung des früheren deutschen Kaisers und Auslieferung der Deutschen, die eines Verstoßes gegen Kriegsgesetz oder Kriegsgebrauch beschuldigt werden) wird nur das Zugeständnis gemacht, daß der deutschen Regierung inner-

halb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrags eine endgültige Liste der auszuliefernden Personen mitgeteilt werden soll. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß hiermit die deutscherseits erhobenen Einwendungen nicht als entkräftet angesehen werden können. Wir sollen also nach wie vor unsere früheren politischen und militärischen Führer der Gegenpartei zur Aburteilung ausliefern.

13. Arbeiterrecht

Den Antrag der Deutschen Delegation, in dem Friedensvertrag das materielle Arbeiterrecht und die internationale Organisation der Arbeit entsprechend den Beschlüssen der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz auszugestalten, haben die Regierungen der Alliierten und Assoziierten Mächte abgelehnt.

In ihrer Antwort auf die Bemerkungen der Deutschen Delegation erklären sie, daß sie es nicht einmal für wünschenswert halten, die Prüfung der Arbeiterfragen wieder aufzunehmen. Weit entfernt, die von der Deutschen Delegation für das Wohl der Arbeiter angeregten Forderungen zu erfüllen, verharren sie vielmehr auf ihrer Ansicht, daß die Arbeiter kein entscheidendes Mitbestimmungsrecht in der Arbeitergesetzgebung haben dürfen, sondern daß ihnen die Bedingungen der Arbeitszeit und ihres sozialen Lebens ohne eigene wesentliche Mitwirkung vorgeschrieben werden müssen. Sie tragen der Tatsache nicht Rechnung, daß die größten Leiden dieses Krieges gerade von den Arbeitern ertragen worden sind, daß ihnen deshalb die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung über ihr Schicksal gesichert werden muß.

Aus der Antwort der Alliierten und Assoziierten Regierungen ersieht die Deutsche Friedensdelegation, daß sie nicht gewillt sind, den auch von ihnen als bindend anerkannten, mit der deutschen Regierung durch Annahme der 14 Wilsonschen Punkte geschlossenen Vorvertrag zu halten, und daß alle feierlichen Zusagen, die dem deutschen Volke und damit der Menschheit von den gegnerischen Staatsmännern in öffentlichen Kundgebungen erteilt waren, unerfüllt bleiben sollen. Fast in allen wichtigen Fragen ist die vereinbarte Grundlage verlassen. Auch haben die feindlichen Regierungen, offenbar in der Erkenntnis ihres Unrechts, den Vorschlag abgelehnt,

durch mündliche Verhandlungen eine gemeinsame Grundlage zu bilden.

Die Antwort der Alliierten und Assoziierten Regierungen läßt den ursprünglichen Entwurf in seinen entscheidenden Punkten bestehen. Auch jetzt noch sind die Friedensbedingungen

unerträglich,

weil Deutschland sie nicht annehmen und dabei als unabhängige, auf die Wahrung ihrer Ehre bedachte Nation leben kann,

unerfüllbar,

weil sie finanzielle und wirtschaftliche Forderungen stellt, die selbst ein blühendes Deutschland beim besten Willen nicht durchführen könnte, um so weniger ein zerstückeltes, verarmtes, vom Weltverkehr und von wirtschaftlicher Gleichberechtigung ausgeschlossenes Deutschland,

rechtsverletzend,

weil sie die feierlichen und öffentlichen Zusagen an das deutsche Volk verleugnen,

unaufrichtig,

weil Deutschland der Wahrheit zuwider seine alleinige Schuld am Kriege und einen Gewaltfrieden als Rechtsfrieden annehmen soll.

Die Deutsche Delegation ist daher der festen Überzeugung, daß die deutsche Regierung den Vertrag auch in der jetzt vorliegenden Form ablehnen muß. Würde der Vertrag auf Grund des Ultimatums unterzeichnet, so hätten wir freiwillig einen Rechtstitel geschaffen, auf dessen Revision wir keinen Anspruch haben würden.

Es gibt aber auch in Deutschland keinen Menschen, der den uns jetzt zugemuteten Frieden für durchführbar hält. In unseren Augen ist Ehrlichkeit die beste Politik. Dieser Grundsatz läßt die Übernahme undurchführbarer Verpflichtungen nicht zu.

Nach der Haltung der gegnerischen Regierungen und ihrer unzweideutigen Drohung mit Gewalt können wir nicht hoffen, daß heute noch eine schiedsgerichtliche Entscheidung darüber möglich wäre, welche Forderungen auf Grund des Vorabkommens über den Frieden gerechterweise an uns gestellt werden können. Andernfalls würde, was auch für das deutsche Volk auf dem Spiele steht, die heutige deutsche Regierung sicherlich jederzeit zu einer solchen Entscheidung ihre Hand bieten. Wenn aber der Gegner

seine *Drohung ausführen* und gegen uns trotz unserer Bereitwilligkeit, alle gerechten Forderungen zu erfüllen, *Gewalt anwenden sollte*, so sind wir *überzeugt*, daß die *fortschreitende friedliche Entwicklung der Welt uns bald den unparteiischen Gerichtshof bringen wird, vor dem wir unser Recht suchen werden.*

Abschiedsgesuch an den Reichspräsidenten

Weimar, 20. Juni 1919

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Als ich die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands übernahm, habe ich es als meine Aufgabe bezeichnet, dem Deutschen Reich die Einheit zu erhalten und dem deutschen Volk einen erträglichen Frieden zu verschaffen. Ich habe damals an die Übernahme des Amts gewisse politische Bedingungen geknüpft, die mir redlich und nach Kräften gehalten worden sind.

Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte sich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse des Waffenstillstands als materieller Machtfaktor ausgeschaltet. Trotzdem glaube ich, sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Ausland zu heben. Ich schreibe diesen Erfolg dem Umstand zu, daß ich die Linie, auf die ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in keinem Augenblick verlassen habe.

In vollem Bewußtsein ihrer Tragweite habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernst zu nehmenden Politiker selbst auszuschalten. Diese Mindestforderungen beziehen sich namentlich auf die territorialen Fragen, auf die Ablehnung der ungerechten Beschuldigung unseres Volks und auf die Behauptung unserer sozialen und wirtschaftlichen Freiheit. Absichtlich habe ich mich in diesen Fragen vor der Öffentlichkeit festgelegt und den Feinden gegenüber gebunden, denn sie sollten wissen, daß ihrem Siegesübermut in einem festen Willen eine Grenze gesetzt war.

Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolge zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohen und einzuschüchtern

versuchen, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann. Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Vabanquespiel. Es setzte nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus. Ich habe das Vertrauen in mich selbst und habe trotz allem das Vertrauen zum deutschen Volke nicht verloren. *Das deutsche Volk ist jetzt in der Welt der Vorkämpfer der demokratischen Idee. Es handelt sich um eine Weltmission, die es berufen ist, zu erfüllen, die es aber nur erfüllen kann, wenn es sich selbst nicht aufgibt.* Die klare, unzweideutige Vertretung einer Politik demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ist künftig die Daseinsberechtigung des deutschen Volkes, sie und *die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf seiner Gegner ist, sichert ihm eine große Zukunft.*

In der Gegenwart freilich muß ich vor der Türe des Erfolges umkehren. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiter zu leiten. Ich will damit nicht behaupten, daß ein Reichsbeamter das Recht hätte, seine Mitarbeit zu verweigern, wenn der Zwang der Umstände Entschließungen der Regierung herbeiführt, die er sachlich für unrichtig hält.

Es kommt nicht darauf an, ob mir persönlich die Führung einer Politik, die auf der Annahme der feindlichen Friedensbedingungen aufgebaut ist, erträglich erscheint oder nicht. Ich würde es aber für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn ich jetzt im Amt bliebe. Für jeden anderen deutschen Minister ist eine Schwenkung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen auch dem Ausland gegenüber möglich und gerechtfertigt, wenn die inneren Verhältnisse sie gebieterisch verlangen. Ein Minister des Auswärtigen, der diese Schwenkung mitmacht, nachdem er sie öffentlich für sich abgelehnt hat, gefährdet aber die Würde und den Kredit des Reichs. Hat sich seine Politik als undurchführbar herausgestellt, dann muß er vor dem Ausland verschwinden.

Wenn Deutschland jetzt die Friedensbedingungen der Feinde annimmt, so ist der politische Erfolg, den dieses ungeheuerliche Opfer eintragen soll: die Beruhigung unserer äußeren Lage, die Entspannung der Haß- und Rachegefühle, die Zurückziehung der feindlichen Truppen, die Anbahnung wirklicher Friedensverhandlungen. Dieser Vorteil würde gefährdet, vielleicht gar preisgegeben, wenn die neuen Beziehungen von demselben Manne angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen der Gegner so scharf verworfen hat wie ich.

Wird unterzeichnet, sei es mit oder ohne Vorbehalt, werden jetzt Wege versucht, um durch Konzessionen über die von mir gesteckte Grenze hinaus noch Erleichterungen der Friedensbedingungen zu erkaufen, an die ich nicht glaube, so muß diese Politik von einem neuen Minister des Auswärtigen getrieben werden, von einem Manne, der weniger „belastet" ist als ich. Ich bedauere tief, der Regierung und namentlich Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, durch meine Weigerung Schwierigkeiten zu bereiten, aber ich halte mich in meinem Gewissen als heute noch verantwortlicher Leiter der deutschen auswärtigen Politik für gebunden, an meiner Bitte um Enthebung von meinem Amte festzuhalten.

gez. Brockdorff-Rantzau

Zur Anschlußfrage Österreichs an Deutschland

Annettenhöh, 18. November 1920

Lassen Sie mich Ihnen und Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin ein herzliches Lebewohl und auf gutes Wiedersehen zurufen.

Wie tief wir alle Ihr Scheiden von Berlin beklagen, bedarf keiner Worte, aber es drängt mich, Ihnen bei diesem Anlaß noch einmal zu danken für alle Beweise wohltuenden Vertrauens und Verstehens während unserer gemeinsamen Tätigkeit.

Was Ihre Arbeit bedeutet, was Sie gewirkt und unter schwierigsten Verhältnissen geleistet haben, das voll zu ermessen, fühle ich mich berufen, auch wenn ich nicht mehr an amtlicher Stelle stehe, und *es bleibt mir eine Genugtuung, mit Ihnen die Grundlage zu dem Werke haben schaffen zu dürfen, das niemand hindern kann.*

In dieser Zuversicht grüße ich Sie und meine Freunde in Österreich. *Sie können auf mich zählen, das wissen Sie.*

Aufruf an Oberschlesien vor der Abstimmung

Annettenhöh, 12. Dezember 1920

Nach dem ursprünglichen Vertragsentwurf der Entente sollte das Land Oberschlesien ohne Anhörung der Bevölkerung an Polen fallen.

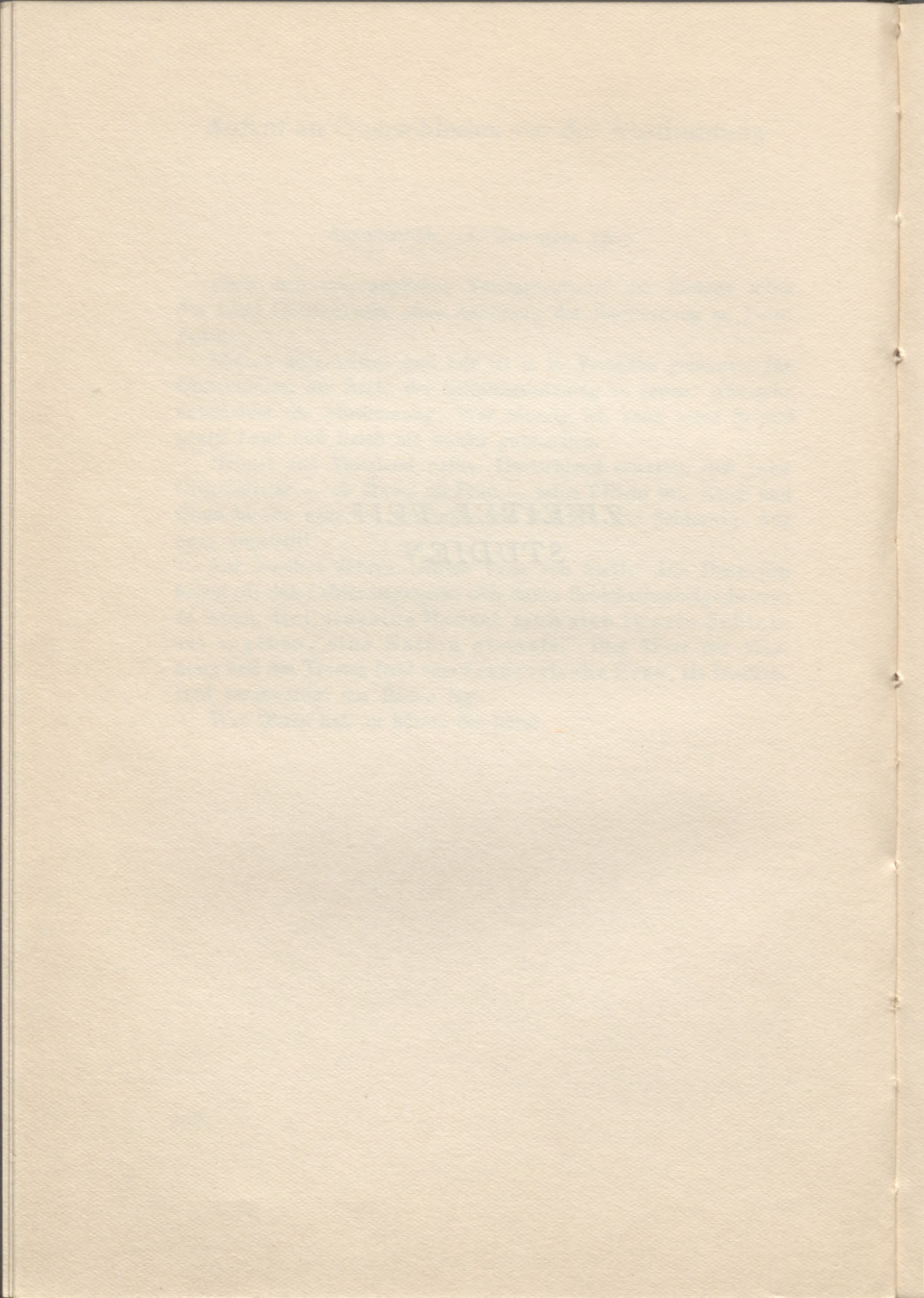
Meinen Mitarbeitern und mir ist es in Versailles gelungen, für Oberschlesien das Recht der Selbstbestimmung zu retten. Nunmehr entscheidet die Abstimmung. Wer säumig ist, kann seine Schuld gegen Land und Reich nie wieder gutmachen.

Heimat und Vaterland rufen. Deutschland erwartet, daß jeder Oberschlesier — ob Mann, ob Frau — seine Pflicht tut. Reich und Oberschlesien gehören zusammen wie Holstein und Schleswig: Auf ewig ungeteilt!

Vor hundert Jahren schrieb Frau von Staël: „Die Deutschen haben oft den Fehler begangen, sich durch Schicksalsschläge beirren zu lassen. Der einzelne Mensch muß sich in sein Schicksal ergeben, eine Nation niemals!" Dies Wort der Warnung und des Trostes fand eine französische Frau, als Deutschland vergewaltigt am Boden lag.

Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

ZWEITER TEIL
STUDIEN



Gedanken zum Friedensschluß

Annettenhöh, 9. Juli 1919

In der Rede, in der ich am 7. Mai des Jahres den mir inhaltlich noch unbekannten Friedensentwurf unserer Feinde entgegennahm, habe ich die Grenzen bezeichnet, innerhalb deren ich Friedensbedingungen für erträglich hielt. Nachdem die Deutsche Delegation sich mit den Bedingungen der Feinde vertraut gemacht hatte, ergab sich zur Gewißheit, daß jene Grenzen überschritten waren. Damals wurde mir von verschiedenen Seiten nahegelegt, den Vertrag sofort mit dem Ausdruck empörten Protestes zurückzuweisen. Ich habe eine andere Politik verfolgt.

Denn es kam darauf an, auch die Gegner davon zu überzeugen, daß dieser Entwurf für Deutschland unerträglich und unerfüllbar war. Nur diese Erkenntnis konnte in den feindlichen Ländern selbst das Gegengewicht gegen die herrschenden Chauvinistenparteien schaffen, das nötig war, um zu wirklichen Verhandlungen über den Frieden und zu einer wesentlichen Verbesserung seiner Bedingungen zu gelangen.

Es entsprach keineswegs meinen Absichten, und ich habe mich wiederholt amtlich wie außeramtlich dagegen ausgesprochen, daß man in Berlin sofort das „Unannehmbar" erklärte und die Alternative „Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen" stellte. Die ganze Arbeit der Delegation war darauf gerichtet, den Entwurf erst zu verbessern und dann zu unterzeichnen.

Ich stelle fest *und habe meine guten Gründe dafür, daß Anfang Juni diese Politik der Delegation Aussicht auf vollen Erfolg hatte, und daß eine sorgfältigere, einheitliche Behandlung der deutschen öffentlichen Meinung und eine festere Haltung des deutschen Volkes den Erfolg gesichert haben würde.* Als der Umschwung der deutschen Stimmung vom „Unannehmbar" zum „Unterzeichnen in jeder Form" den Feinden erkennbar wurde, war die Arbeit der Delegation zur Unfruchtbarkeit verurteilt, und *mir blieb nur übrig, die politische Folgerung daraus zu ziehen.*

Jetzt aber, wo in Versailles die Vertreter Deutschlands, deren entsagungsvollen Entschluß ich gebührend würdige, den Frieden unterzeichnet haben, wo die Ratifizierung unmittelbar bevorsteht, jetzt gilt es, den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, daß Deutschland den Frieden unterzeichnet hat, um ihn hernach durch heimliche Machenschaften in die Luft zu sprengen. Wo er unausführbar ist, muß dies den Gegnern bewiesen werden.

Freilich sind, von den „Schmachparagraphen" ganz zu schweigen — ein leichtfertiges Gerücht behauptete bekanntlich noch vor kurzem, unsere Feinde seien bereit, sie fallen zu lassen —, die Bestimmungen so ungeheuerlich, daß schon der Versuch der Erfüllung unser ermüdetes und niedergeschlagenes Volk mit den schwersten Gefahren bedroht. Heute gilt es aber, den Versuch zu wagen, diese Gefahren zu bannen, und dazu ist es nötig, daß sich der Volkskörper von der Krankheit erholt, die ihn jetzt wie im Fieber schüttelt; daß sich mit der Möglichkeit besserer Ernährung auch ein festerer Wille zur gemeinschaftlichen Arbeit wieder einstellt, daß das deutsche Volk sich auf sich selbst besinnt, und daß Parteihader und Klassenkampf zurückgestellt werden hinter dem entschlossenen Streben, aus der Fron und Acht herauszukommen, in die dieser Frieden Deutschland gezwungen hat. Wir brauchen eine einheitliche Gesinnung nach innen und nach außen, einheitlich in der Abkehr von jeder ungesunden Machtpolitik, einheitlich vor allem in der Anerkennung der demokratischen und sozialen Grundsätze, ohne die künftig in Deutschland kein Arbeitswille mehr zu finden ist.

Einem Deutschland, das in dieser Gesinnung an einem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau arbeitet, wird — mit oder ohne Völkerbund — auf die Dauer der ihm gebührende Platz in der Völkerrechtsgemeinschaft, aus der uns der Verleumdungsfeldzug unserer Gegner ausgeschlossen hat, nicht vorenthalten werden können.

Der Vertrag von Versailles und die nordschleswigsche Frage

Annettenhöh, im Dezember 1920

Deutschland hatte bereits im Oktober 1918 die kulturelle Freiheit der dänischen Minderheit im Reichstage zugesagt und im November 1918 den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts auch auf die Befragung Schleswigs nach seinem staatlichen Zugehörigkeitswillen ausgedehnt. Dadurch war die schleswig-holsteinische Frage auf den Weg der Abstimmung gewiesen.

Schleswig war in den Wilsonpunkten nicht genannt: Wenn die Deutsche Regierung als logische Folge des Selbstbestimmungsrechts der Völker spontan in eine Befragung Schleswigs einwilligte, so war dies Opfer mit der Absicht begründet, durch gerechte Bestimmung einen nationalen Ausgleich in Schleswig und durch unmittelbaren Vertrag mit Dänemark eine deutschdänische Verständigung herbeizuführen. „Dänemark ging den Umweg über Versailles" und hat ein willkürliches Diktat der Entente einer freiwilligen Zustimmung Deutschlands vorgezogen.

Durch die Zoneneinteilung nach einseitig dänischen Interessen, die unterschiedliche Behandlung der Zonen durch Gesamtabstimmung in der ersten Zone, Entziehung des Wahlrechts für viele Heimatberechtigte, Fortdauer der Hungerblockade während der Abstimmungszeit, wurde die Abstimmung zur Farce gemacht. Der Terror der feindlichen Besatzung, die Einschüchterung und wirtschaftliche Knebelung durch die von der Entente einseitig begünstigten dänischen Politiker unterband die freie Meinungsäußerung und drückte die deutsche Wahlbeteiligung erheblich herab. So fiel die Abstimmung in der ersten Zone gegen Deutschland aus. Die Mehrheit der Städte und der Südgürtel des Abstimmungsgebiets (Tiedje-Gürtel) beurkunden jedoch noch ihren deutschen Charakter.

Bei der gänzlichen Aussichtslosigkeit eines dänischen Erfolges in der zweiten Zone entwickelte sich das Streben dänischer Agitatoren und der „unparteiischen" Mitglieder der „Commission internationale de Sleswig" immer mehr zu einem Mißbrauch des Abstimmungs-

rechts zwecks verhüllter Annektion. Deutschland bot trotz dieser Vorgänge in der Schleswig-Note nochmals die Hand zur Verständigung und schlug eine Teilungslinie auf Grund der Abstimmungsresultate und der geographischen wie wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrags von Versailles vor. Auch dieser Verständigungsversuch scheiterte. Das deutsche Volk wird weder die Abstimmung noch vollends die nunmehr gezogene Gewaltgrenze jemals als gerecht anerkennen. Es sind wenigstens 40 000 Deutschgesinnte gegen ihren Willen vom deutschen Volke losgerissen; vor allem ist Tondern mit deutschem Umland, hart an der neuen Grenze, vergewaltigt worden. Zugleich ist Hoyer, der für ganz Friesland unentbehrliche Schlüssel der Abwässer der Marsch, unter dänische Herrschaft geraten, die Flensburger Förde zerstückelt und als Verkehrsstraße unmöglich gemacht.

So bleibt der Anspruch auf eine wirkliche und gerechte Abstimmung bestehen. Das deutsche Mutterland wird die Deutschen in der abgetrennten Nordmark nicht vergessen und die wirtschaftlich gelähmten Landesteile südlich der neuen Grenze dauernd in ihren berechtigten Forderungen unterstützen. Deutschland vertraut darauf, daß das deutsche Volkstum nördlich und südlich der Grenze, insbesondere der einheitliche Wille Niedersachsens, die deutsche Kultur und die nationale Überlieferung in der Nordmark zu erhalten wissen wird.

Durch eine kurzsichtige und inkonsequente Politik Preußens am Leben erhalten, hatte die sogenannte „südjütische Frage" in Dänemark während des letzten Jahrzehntes wesentlich an Zugkraft verloren und war, als der Weltkrieg ausbrach, beinahe zu einer innerpolitischen Parteifrage zusammengeschrumpft; nur die Chauvinisten suchten noch nach außen den Anschein zu erwecken, als rechneten sie bei einer Abstimmung mit der „Wiedervereinigung". Kein einsichtiger dänischer Politiker gab sich einer Täuschung darüber hin, — auch die nationalistischen Heißsporne wußten es genau — daß die von ihnen so laut geforderte Durchführung des § 5 des Prager Friedens ihre Hoffnungen nicht erfüllt hätte, und daß die mit der Zugehörigkeit zu dem mächtigen Deutschen Reiche verknüpften wirtschaftlichen Interessen, in den vielumstrittenen nordschleswigschen Kreisen — an Zonen dachte damals niemand — schließlich den Ausschlag gegeben haben würden.

Bei Ausbruch des Krieges und in seinem ersten Stadium hüteten die sonst so mutigen Schreier daher weislich ihre Zunge. Der blasse Schrecken war ihnen in die Glieder gefahren. Hätte das Kriegsglück nicht gegen uns entschieden, dann wäre die südjütische Frage für immer abgetan gewesen; mit dem Zusammenbruch Deutschlands wurde sie aber zu neuem Leben erweckt.

Das Diktat von Versailles bedeutet keine Lösung. Ich bin stets, vor, während und nach dem Kriege, für eine weitausschauende Politik unserm nördlichen Nachbarn gegenüber eingetreten, denn auch heute noch bin ich davon überzeugt, daß Deutschland und Dänemark aufeinander angewiesen sind. Nationalistischer Chauvinismus bietet aber keine Basis für eine gesunde Politik weder in Deutschland noch in Dänemark. *Auch an Schleswig-Holstein hat der Gewaltfriede von Versailles schweres Unrecht begangen. Aber Recht muß doch einmal wieder Recht werden.*

Verhandlungen in London über die Duchführung des Vertrages von Versailles

Annettenhöh, 10. Februar 1921

Die Deutsche Regierung hat die Einladung zur Londoner Konferenz angenommen. Sie hat es unter der Voraussetzung getan, daß auch die deutschen Vorschläge zur Diskussion gestellt werden. Noch zwei andere Voraussetzungen müssen sich erfüllen, wenn auf der Konferenz jene Verständigung über die Reparation erzielt werden soll, die wir so gut wie die Ententevölker wünschen und die allein Europa aus den politischen Wirren und der wirtschaftlichen Krise herausführen kann. Diese beiden Voraussetzungen kann man mit den Worten bezeichnen: Wahrheit und Vertrauen.

Deutschland hat seine finanzielle und wirtschaftliche Lage so dargelegt, wie es der Wahrheit entspricht. Seine Sachverständigen in Brüssel haben sich streng und gewissenhaft an die Wahrheit gehalten und weder etwas verschwiegen noch etwas hinzugefügt. Ebenso betrachten wir es als selbstverständlich, daß die deutschen Delegierten in London ohne Verhüllung oder Entstellung der Wahrheit sprechen werden. Wir haben ja wahrhaftig nicht erst nötig, das Bild unserer Finanzen noch schwärzer zu malen, als es ist, und es genügt uns, wenn alle Welt es ohne Übermalung sieht. Wir wollen aber der Welt auch nicht das Bild des fraudulösen Schuldners bieten, der seine Lage, insbesondere seine künftigen Möglichkeiten, zu verschleiern sucht; nur müssen wir, wie in Versailles, wie in Spa und Brüssel, erneut betonen, daß der Wiederaufbau unserer Wirtschaft von bestimmten — den Alliierten schon oft genannten — Voraussetzungen abhängt, ohne die eine Gesundung Deutschlands ausgeschlossen ist. Wenn wir also fest entschlossen sind, in voller Aufrichtigkeit und absoluter Ehrlichkeit zu verhandeln, so müssen wir auch fordern, daß man auf der Seite der Alliierten von der Wahrheit nicht abweicht oder daß man zu ihr zurückkehrt, nachdem man sich etwas häufig von ihr getrennt hat. Der große Fehler der alliierten Regierungen und ihrer parlamentarischen und publizistischen Sprecher in der Reparationsfrage war, daß es ihnen

von Anfang an allzusehr an Wahrheitsmut gefehlt hat und daß sie ihren Völkern versprochen haben, Deutschland zahle alles, während sie genau wissen mußten, daß Deutschland bei weitem nicht alles zahlen kann. Es mag bequem sein, bei dieser Methode zu beharren, und unbequem, mit ihr zu brechen. Jene staatsmännische Größe aber, die Bismarck 1866 zeigte, liegt gerade darin, daß man die Forderungen den Realitäten anzupassen versteht, auch wenn man damit ein Publikum, dessen Erwartung sich bis zu den Wolken verstiegen hat, enttäuscht. Die alliierten Regierungen müssen ihren Völkern klarmachen, daß Deutschland kein Goldland ist und auch so bald keines werden wird. Sie müssen auf trügerische Berechnungen verzichten, die es noch immer so darstellen, als könne Deutschland, dem man unschätzbare Industriegebiete, fruchtbarstes, für die Bevölkerung unentbehrliches Land, die Handelsflotte, die Kolonien, ungeheure Mengen von Materialien jeder Art, Kohlen und andere Rohstoffe genommen hat, sich schnell wieder erholen und zu neuem Reichtum gelangen. Sie müssen aber auch aufhören, in der Diskussion mit uns Mittel anzuwenden und Argumente vorzubringen, die das Gegenteil der Wahrheit sind. Wenn sie immer wieder behaupten, die steuerliche Belastung des deutschen Volkes, dem heute durch den Druck der direkten Steuern die Sparmöglichkeit fast ganz genommen ist, sei geringer als z. B. die Belastung des französischen Volkes, so läßt sich die Unrichtigkeit dieser Behauptung leicht nachweisen.

Die andere Voraussetzung, die wir bei dem Gang zur Konferenz aufstellen, ist die, daß uns endlich Vertrauen entgegengebracht und bewiesen werden muß. In allen Reden und Leitartikeln, die man gegen Deutschland losläßt, wird ein völlig ungerechtes Mißtrauen gesät. Ich dächte, der belgische „Fetzen Papier", den auch Lloyd George jetzt wieder hervorzieht, hätte nachgerade im Munde unserer Gegner seine Schuldigkeit getan. Es ist gefährlich und trägt nicht dazu bei, die Völker zu versöhnen, wenn man das deutscbe Volk auf Schritt und Tritt als vertrauenunwürdig und hinterhältig für alle Zukunft verdächtigt. Ich will hier nicht so deutlich werden wie Herr Keynes, der bekannte Landsmann des englischen Premiers, der den Vertrag von Versailles in seinem neuesten Werk den „Betrug von Paris" nennt. Aber ich möchte denen, die uns den „Fetzen" immer wieder ins Gesicht schleudern, doch zu bedenken geben, ob

vor dem Richterstuhl der Geschichte dermaleinst dieser Fetzen Papier schwerer wiegen wird als der flagrante Bruch der feierlichen Verpflichtung auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson.

Die alliierten Regierungen und Völker haben zum Mißtrauen heute wahrhaftig keinen Grund. Hat Deutschland nicht bei der Durchführung der Vertragsbestimmungen, bei den enormen Lieferungen und Leistungen, die ihm auferlegt wurden, und bei der Herabminderung eines Millionenheeres auf 100 000 Mann — einem Unternehmen von ungeheuerster Schwierigkeit — unendlich mehr getan als irgend jemand, der mit Tatsachen und wirklichen Verhältnissen rechnet, je hat erwarten können? Es ist nicht loyal, gegenüber dieser gewaltigen Leistung immer wieder darauf hinzuweisen, daß in einzelnen Fällen noch versteckte Waffen gefunden werden. Glaubt denn im Ernst jemand, daß diese Waffen im Verein mit Heugabeln und Spaten genügen, um einen Krieg zu führen und den Frieden der Welt zu stören? Wie kann man immer wieder behaupten, die republikanische Regierung sei unaufrichtig, nachdem sie alles in so kurzer Frist durchgesetzt hat?

Um die gewaltige Protestbewegung, die seit der Bekanntgabe der Pariser Beschlüsse durch ganz Deutschland geht, zu diskreditieren und Mißtrauen gegen sie anzufachen, sagt man, sie gehe von den antirepublikanischen Rechtsparteien aus. Nein, sie ist weder von den Antirepublikanern angezettelt, noch ist sie, wie man auch glauben machen will, ein Wahlmanöver, sondern sie ist eine ganz natürliche Aufwallung des gesamten Volkes, das zwar bereit ist, große finanzielle Lasten auf sich zu nehmen, sich aber seiner Arbeitsfreiheit, seiner Souveränitätsrechte nicht noch weiter berauben lassen will. Lloyd George erklärt, immer mit dem gleichen Mißtrauen, er schätze Herrn Dr. Simons, aber er habe in Spa den Eindruck gehabt, daß hinter dem deutschen Minister des Auswärtigen die „Leute von 1914“ stehen. Ich kenne Dr. Simons und weiß, daß er sich nicht beirren und nicht von dem Wege, den er als richtig erkannt hat, abdrängen läßt. Nicht die Leute von 1914 entscheiden im heutigen Deutschland, sondern die Mehrheit des Reichstages. Wir haben das Recht, für die deutsche Regierung Vertrauen zu verlangen. Sie wird nicht nach den Weisungen einer einzelnen Gruppe handeln, sondern nach den Interessen des ganzen deutschen Volkes und nach den Lebensnotwendigkeiten der Nation.

Diese Lebensnotwendigkeiten verbieten allerdings, daß Forderungen, wie sie in den Pariser Beschlüssen liegen, angenommen werden. Die deutsche Regierung wird andere Vorschläge nach London mitbringen. Zu den Argumenten des Mißtrauens, mit denen gegen uns gearbeitet wird, gehört vor allem auch die immer wiederkehrende Verdächtigung, Deutschland wolle überhaupt nicht zahlen, sondern sich seinen Verpflichtungen entziehen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß das eine völlig haltlose Verdächtigung ist. Wir wollen bis an die Grenze der Möglichkeit zahlen und wirkliche Verpflichtungen erfüllen, und das wird aus den deutschen Gegenvorschlägen auch denen ersichtlich werden, die es bisher bestritten haben. Auch das deutsche Volk muß sich, vielleicht noch mehr als es bis heute der Fall ist, über die Größe der erforderlichen Opfer klarwerden. Phantastische Schuldrechnungen und Bedingungen, die in unsere Souveränität eingreifen, lehnen wir allerdings ab. „Symbolische Zahlen" taugen nicht, ein nüchternes Rechenexempel zu lösen. Sollten die Alliierten auf unerfüllbaren Rechnungen und Bedingungen bestehen, so wird das „Nein" Deutschlands diesmal nicht so sabotiert werden, wie es im Sommer 1919, als ich es im Namen Deutschlands aussprach, leider sabotiert worden ist.

Versailles — London

Annettenhöh, 12. Februar 1921

Ich würde an sich nichts dagegen einzuwenden haben, daß sich die Franzosen auf die Haltung der deutschen Friedensdelegation in Versailles und auf den Inhalt unserer damaligen Gegenvorschläge berufen, wenn der Vergleich mit der heutigen Zeit ihnen die Selbsteinkehr erleichtern würde. Denn sie müßten dann zu der Erkenntnis gelangen, wie unheilvoll auch für ihr eigenes Land die Politik von Versailles gewesen ist; in der Tat standen sie damals einer Friedensdelegation gegenüber, die den ehrlichen Willen von mehr als Dreiviertel des deutschen Volkes zur freiwilligen Wiedergutmachung und Entwaffnung, zum wirklichen Frieden verkörperte. Damals bot sich den Alliierten die beste Gelegenheit, zu einer ehrlichen Verständigung mit den deutschen republikanischen Parteien zu gelangen. Sie haben diese Möglichkeit mutwillig verscherzt. Sie haben das Diktat vorgezogen und damit breite Massen des deutschen Volkes in die Arme der extremistischen Parteien getrieben. Heute ist es allerdings unendlich schwerer, die Millionen, die sich aus Verzweiflung dem Nationalismus oder dem Kommunismus verschrieben haben, für eine Politik der freiwilligen Opfer und des aufrichtigen Verständigungswillens zu gewinnen.

Aber die Ausführungen des „Temps" sollten natürlich nicht diesem Zwecke der Erkenntnis begangener Fehler dienen, sondern nur der Rechtfertigung der Pariser Beschlüsse und der Widerlegung der deutschen Proteste. Und da muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Methode des Ausspielens unserer Versailler Gegenvorschläge — oder vielmehr einzelner Sätze aus diesen Vorschlägen — gegen unsere bevorstehenden Londoner Gegenvorschläge wenden.

Der „Temps" ist wahrhaftig das letzte Blatt, dem das Recht zusteht, sich auf mich zu berufen. Als wir im Versailler Käfig saßen, führte gerade der Leitartikler des „Temps" besonders gegen mich einen häßlichen Kampf. Man wollte damals offensichtlich, indem man mich wider besseres Wissen als einen verkappten Reaktionär hinstellte, die ganze Friedensdelegation diskreditieren. Was sich

überhaupt in der damaligen Zeit der „Temps“, wie übrigens die gesamte französische Presse, an Verdrehungen leistete, um die deutsche Revolution als eine „Finte“, die deutsche Republik als eine „Vermummung“ hinzustellen, gehört zu den dunkelsten Kapiteln journalistischer Unwahrhaftigkeit. Man brauchte damals eben einen Vorwand, um den an Deutschland begangenen Wortbruch, um die tausendfache Verletzung der 14 Wilsonschen Punkte plausibler erscheinen zu lassen.

Wenn der „Temps“ sich damals bemüht hätte, unserer Delegation gerecht zu werden, wenn er damals unsere Gegenvorschläge einer sachlichen Kritik unterzogen hätte, dann würde er heute das Recht haben, Vergleiche anzustellen. Was hat er aber getan? Unsere Personen hat er verleumdet, unsere Vorschläge hat er totgeschwiegen. Damit hat er jedes Recht verwirkt, sich heute auf uns und auf unsere Noten zu berufen.

Daß die Herren in Paris heutzutage von ihrem schlechten Gewissen geplagt werden, kann ich sehr wohl nachfühlen: Damals wollten sie um jeden Preis jede sachliche Auseinandersetzung, jede mündliche Verhandlung vermeiden, weil sie genau wußten, daß ihr ganzes Kartengebäude von überspannten, blindlings summierten Forderungen einem kontradiktorischen Verfahren nicht würde standhalten können. Jetzt sehen sie nun ein, daß es ohne mündliche Verhandlungen doch nicht geht, versuchen aber, um ihren Bankerott vor dem eigenen Volke zu maskieren, die Versailler Forderungen aufrechtzuerhalten und mit militärischen Drohungen durchzusetzen. Aber innerlich fühlen sie ebenso gut wie vor zwei Jahren, daß einseitige Beschlüsse praktisch wertlos sind.

Wenn der „Temps“ von dem 100-Milliardenangebot spricht und bemerkt, dieses sei allerdings von bestimmten territorialen und wirtschaftlichen Zugeständnissen abhängig gemacht worden, denn ich hätte „versucht“, verschiedene Fragen: Wiedergutmachung, wirtschaftliche Klauseln, Reichsgrenzen miteinander zu verquicken“, so frage ich mich, ob es die französische Presse als ihre Hauptaufgabe ansieht, die einfachsten Tatbestände zu verdunkeln und den gesunden Menschenverstand, sobald er von einem deutschen Staatsmann vertreten wird, als etwas Macchiavellistisches hinzustellen. Selbstverständlich waren und bleiben die Wiedergutmachungen abhängig von den übrigen Teilen des Friedensvertrags. Selbst-

verständlich setzte unser Versailler Wiedergutmachungsvorschlag die Annahme unserer territorialen, finanziellen und sonstigen Gegenvorschläge voraus. Und es ist überhaupt der reinste Wahnsinn, die Wiedergutmachungsfrage regeln zu wollen, ehe noch die Frage der künftigen Zugehörigkeit Oberschlesiens entschieden ist. Ins private kaufmännische Leben übertragen, würde man ein solches Verfahren als einen Irrsinn betrachten. Wenn aber ein deutscher Unterhändler, wie ich in Versailles, oder Dr. Simons bereits in Spa und noch kürzlich bei den Verhandlungen über das Projekt Seydoux, diese „Voraussetzungen" erwähnt, dann werden die offiziösen Pariser Journalisten mißtrauisch — oder sie tun so — und rufen erzürnt in die Welt hinaus: Da habt ihr wieder einen Beweis von „Verquickungsversuch", von Deutschlands „bösem Willen" und „schlechtem Glauben", vom Bestreben der deutschen Staatsmänner, den „Vertrag zu sabotieren"! So treibt man aber keine ernsthafte Politik, sondern das ist journalistischer Dilettantismus schlimmster Art. Jeder Landwirt muß sich zu einem gewissen Zeitpunkt entscheiden, zu welchem Zweck er seine Pferde verwenden will: entweder benutzt er sie zur Zucht, oder — er ruft den Tierarzt. Beide Wünsche sind nicht miteinander zu „verquicken". In Versailles aber war die Entente von diesen beiden Wünschen gleichzeitig beseelt. Daß Clémenceau für diesen Unterschied kein Verständnis mehr zeigte, kann ich begreifen. Hat er doch in seiner Ententenote vom 22. Mai 1919, als Antwort auf unsere Bemerkungen über die voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen der Friedensbedingungen, eine geradezu haarsträubende volkswirtschaftliche Ignoranz entfaltet. Namentlich als er wörtlich behauptete, es „liege nicht der mindeste Anlaß vor, zu glauben, daß eine Bevölkerung zu dauernder Unfähigkeit verurteilt ist, weil sie in Zukunft Handel mit ihren Nachbarn treiben muß, anstatt selbst das zu erzeugen, was sie bedarf. Ein Land kann gleichzeitig ein großes Industrieland werden und bleiben, ohne selbst die Rohstoffe zu erzeugen, die für seine Hauptindustrien notwendig sind".

Der damalige französische Ministerpräsident, der so etwas schrieb, und in dessen Händen die Geschicke der ganzen Menschheit damals lagen, hatte wohl noch nie etwas von „Handelsbilanz" und von „Valuta" gehört? Er hat dieses intelligente Prinzip im Vertrag von St. Germain buchstäblich angewandt: besonders die Wiener Kinder

wissen, mit welchem Erfolg. Und was würde z. B. die Tschecho-Slowakische Republik dazu sagen, wenn man gegen sie das Nationalitätenprinzip, diesen clemencistischen Grundsatz, befolgen würde, wonach es gleichgültig ist, ob man die Rohstoffquellen besitzt oder nicht?

Wenn ich nun meinerseits Vergleiche über die Lage damals vor der Weimarer Entscheidung und jetzt vor den Londoner Verhandlungen anstelle, so empfinde ich doch eine gewisse Beruhigung. Was uns in Versailles so bitter gefehlt hat, das war ein einmütiger Ablehnungswille in der deutschen Arbeiterschaft. Jetzt wenigstens, bei aller Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung, sind sich alle sozialistischen Parteien in der Auflehnung gegen die Pariser Versklavungsbeschlüsse einig. In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Vorwärts" in Versailles sagte ich: „Die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse versündigen, wenn sie Bedingungen unterschrieben, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten." Damals hat dies leider ein bedeutender Teil des deutschen Proletariats nicht geglaubt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde mußte Deutschland unterschreiben. Aus den bisherigen Kundgebungen ersehe ich aber zu meiner Genugtuung, daß man in allen Teilen des deutschen Proletariats die vernichtende Tragweite der Pariser Beschlüsse erkennt und sich entschlossen gegen deren Unterzeichnung wehrt. Ich wünsche von Herzen, daß diese damals von uns in Versailles und Weimar so bitter vermißte Einigkeit der arbeitenden Klasse in der Ablehnung nunmehr der deutschen Delegation in London zugute komme.

Die nordschleswigsche Frage

Annettenhöh, 18. Juni 1921

Von befreundeter Seite bin ich unlängst auf die Preßkampagne aufmerksam gemacht worden, die sich an die Veröffentlichungen der beiden dänischen Herren H. P. Hanssen und Aage Friis über die nordschleswigsche Frage geknüpft hat. Gleichzeitig wurde von politisch-gegnerischer, aber loyaler Seite an mich die Frage gerichtet, ob ich nicht sofort den gehässigen Angriffen gegen meine Politik und meine Person entgegentreten wolle. Ich habe diese Anregung mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß ich über derartigen Anwürfen stehe und daß jeder Politiker, der seinen geraden Weg geht, sich achselzuckend damit abfinden muß, verdächtigt zu werden.

Wenn ich jetzt zu den dänischen Auslassungen das Wort nehme, so geschieht es nicht, um mich zu „rechtfertigen", — dazu liegt kein Anlaß vor, sondern um den „Wert" dieser „Enthüllungen" klarzustellen und gleichzeitig vor der Öffentlichkeit einmal die Methode zu beleuchten, mit der systematisch gegen mich Verdächtigungen ausgestreut werden. Im übrigen lehne ich für die Zukunft jede Polemik ab; sie ist nach meinen bisherigen Erfahrungen zweck- und aussichtslos.

Was zunächst den Fall „Hanssen" betrifft, so ist es für das Vorgehen meiner Gegner charakteristisch, daß ihnen das Zeugnis dieses, von ihnen selbst als „Landesverräter" bezeichneten Mannes genügt, um ohne weiteres gegen mich die ehrenrührigsten Beschuldigungen zu erheben. Kein ernsthafter Politiker wird mir zumuten, die Schilderung des Ergebnisses eines feuchtfröhlichen Frühstücks aus dem Tagebuch eines Verlorenen zum Gegenstand politischer Erörterungen zu machen.

Bezüglich der Veröffentlichung des Professors Aage Friis und der daran geknüpften Kommentare stelle ich folgendes fest:

1. Professor Friis suchte mich, wie er selbst berichtet, im November 1918, bevor er nach Berlin reiste, als Privatmann auf, um das Paßvisum zu erhalten. Da er ohne amtlichen Auftrag kam, habe ich selbstverständlich mit ihm nicht „verhandelt", sondern le-

diglich einen unverbindlichen Gedankenaustausch herbeigeführt; ich war dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, weil Professor Friis sich erboten hatte, den chauvinistischen Strömungen in Dänemark entgegenzutreten. So sagte er mir unter anderem, er werde dafür eintreten, daß die Dänen sich nicht, nachdem die Entente gesiegt habe, uns gegenüber wie die „Schakale" benähmen. Bereits damals stand fest, daß die Alliierten nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands entschlossen waren, Nordschleswig an Dänemark zu geben. Es handelte sich also darum, ob die schleswigsche Frage von unseren Feinden entschieden werden sollte, oder ob über ihre Lösung eine direkte Verständigung mit Dänemark herbeigeführt werden konnte. Ich habe versucht, eine unmittelbare deutsch-dänische Verständigung zu ermöglichen und zu verhindern, daß die Lösung durch ein Diktat der Entente nach den Wünschen der dänischen Nationalisten erfolgte.

2. Ich habe niemals erklärt, wie Professor Friis behauptet, „ich sehe ein, daß die Grenze verschoben werden müsse", sondern lediglich von der Möglichkeit einer Volksabstimmung gesprochen, und zwar einer freien und gerechten Abstimmung, deren günstiges Resultat für Dänemark keineswegs feststand.

3. Was schließlich die Form anlangt, in der unsere Unterredung sich nach den „Enthüllungen" des Professors Friis vollzogen haben soll, so weise ich unbedingt die schwächliche und geradezu klägliche Rolle zurück, die Herr Friis versucht, mich spielen zu lassen. Und ich bin sicher, kein Mensch in Dänemark, der mich kennt, selbst nicht der ärgste Chauvinist, wird glauben, daß ich mir, auch nach dem Zusammenbruch, einen derartigen Ton von einer offiziellen Persönlichkeit, geschweige denn von einem Privatmann, hätte bieten lassen.

Meinen Standpunkt in der Frage Nordschleswigs habe ich wiederholt und zur Genüge dargelegt. Es führt zu weit, auf Einzelheiten hier näher einzugehen. Ich verweise an dieser Stelle nur auf den zu Anfang dieses Jahres erschienenen „Volkskommentar des Friedensdiktates von Versailles", in dem ich wörtlich nachstehendes ausgeführt habe: „Deutschland hatte bereits im Oktober 1918 die kulturelle Freiheit der dänischen Minderheit im Reichstage zugesagt und den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts auch auf die Befragung Schleswigs nach seinem staatlichen Zugehörigkeitswillen

ausgedehnt. Dadurch war die schleswig-holsteinische Frage auf den Weg der Abstimmung gewiesen.

Schleswig war in den Wilson-Punkten nicht genannt. Wenn die Deutsche Regierung als logische Folge des Selbstbestimmungsrechts der Völker spontan in eine Befragung Schleswigs einwilligte, so war dies Opfer mit der Absicht begründet, durch gerechte Abstimmung einen nationalen Ausgleich in Schleswig und durch unmittelbaren Vertrag mit Dänemark eine deutsch-dänische Verständigung herbeizuführen. Dänemark ging den „Umweg über Versailles" und hat ein willkürliches Diktat der Entente einer freiwilligen Zustimmung Deutschlands vorgezogen.

So bleibt der Anspruch auf eine wirkliche und gerechte Abstimmung bestehen. Das deutsche Mutterland wird die Deutschen in der abgetretenen Nordmark nicht vergessen und die wirtschaftlich gelähmten Landesteile südlich der neuen Grenze dauernd in ihren berechtigten Forderungen unterstützen. Deutschland vertraut darauf, daß das deutsche Volkstum nördlich und südlich der Grenze, insbesondere der einheitliche Wille Niedersachsens, die deutsche Kultur und die nationale Überlieferung in der Nordmark zu erhalten wissen wird.

Durch eine kurzsichtige und inkonsequente Politik Preußens am Leben erhalten, hatte die sogenannte „südjütische Frage" in Dänemark während des letzten Jahrzehnts wesentlich an Zugkraft verloren und war, als der Weltkrieg ausbrach, beinahe zu einer innerpolitischen Parteifrage zusammengeschrumpft; nur die Chauvinisten suchten noch nach außen den Anschein zu erwecken, als rechneten sie bei der Abstimmung mit der „Wiedervereinigung". Kein einsichtiger dänischer Politiker gab sich einer Täuschung darüber hin — auch die nationalistischen Heißsporne wußten es genau —, daß die von ihnen so laut geforderte Durchführung des § 5 des Prager Friedens ihre Hoffnungen nicht erfüllt hätte, und daß die mit der Zugehörigkeit zu dem mächtigen Deutschen Reich verknüpften wirtschaftlichen Interessen in den vielumstrittenen nordschleswigschen Kreisen — an Zonen dachte damals niemand — schließlich den Ausschlag gegeben haben würde.

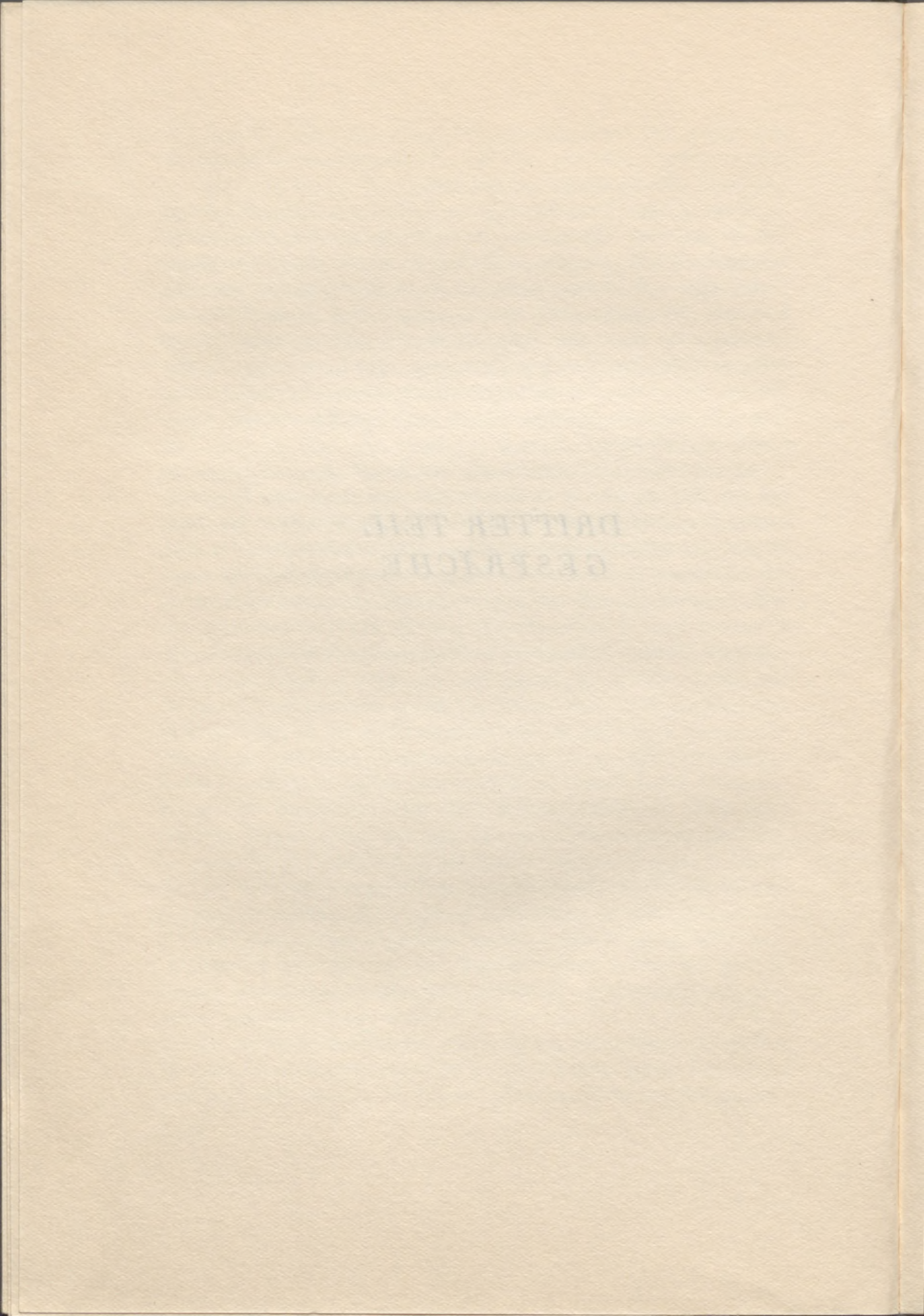
Bei Ausbruch des Krieges und in seinem ersten Stadium hüteten die sonst so mutigen Schreier daher weislich ihre Zunge. Der blasse Schrecken war ihnen in die Glieder gefahren. Hätte das Kriegsglück

nicht gegen uns entschieden, dann wäre die „südjütische Frage“ für immer abgetan gewesen; mit dem Zusammenbruch Deutschlands wurde sie aber zu neuem Leben erweckt.

Das Diktat von Versailles bedeutet keine Lösung. Ich bin stets, vor, während und nach dem Kriege, für eine weitausschauende Politik unseren nördlichen Nachbarn gegenüber eingetreten, denn auch heute noch bin ich davon überzeugt, daß Deutschland und Dänemark aufeinander angewiesen sind. Nationalistischer Chauvinismus bietet aber keine Basis für eine gesunde Politik, weder in Deutschland noch in Dänemark. Auch an Schleswig-Holstein hat der Gewaltfriede von Versailles schweres Unrecht begangen. Aber Recht muß doch einmal wieder Recht werden.“

Wer behauptet, daß ich von der hier vorgezeichneten Linie auch nur um Haaresbreite in amtlichen oder außeramtlichen Verhandlungen, in offiziellen oder privaten Gesprächen abgewichen bin, sagt bewußt oder unbewußt die Unwahrheit. Und es bedarf weder freundlicher Zurede noch der Ermunterung gehässiger Verdächtigungen, um mich zu belehren. Ich weiß selbst, was ich als Deutscher unserem Vaterlande, als Schleswig-Holsteiner meiner engeren Heimat und als Mann meinem Gewissen schuldig bin.

DRITTER TEIL
GESPRÄCHE



Zur Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland

Berlin, 4. Januar 1919

Die letzten Vorgänge in der französischen Deputiertenkammer zwingen dazu, mit größtem Nachdruck die Frage aufzuwerfen, ob aus den Keimen dieser letzten Jahre wirklich eine neue und bessere Welt erstehen soll. Herr Pichon erklärt unverhohlen, Frankreich werde die Angliederung Deutsch-Österreichs an Deutschland nicht dulden. Davon, wie die kulturellen Werte der einzelnen Nationen am besten dem Gesamtwohl der Menschheit dienstbar gemacht werden können — und nach solchen Werten sehnt sich die ganze Welt —, hörte man in Pichons Rede kein Wort. Aber daß es Frankreich darauf ankommt, Deutschland gewaltsam an dem Wiederaufbau seiner inneren Einheit und seines Wirtschaftslebens zu hindern, das kam mit aller Klarheit zum Ausdruck. Man erfuhr auch, daß die französische Regierung zur Erreichung dieses Zieles über das Deutschland von heute hinauszugreifen bereit ist und das höchste Grundrecht des deutsch-österreichischen Volkes, das Recht auf Selbstbestimmung über die eigene Staatsform und Staatszugehörigkeit, rücksichtslos vergessen und preisgeben will.

Die neue Zeit spricht von dem Recht der freien Völker, in der französischen Deputiertenkammer aber hieß es, Frankreich werde den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland verhindern, selbst wenn die österreichischen Deutschen ihn forderten. Der Sieg, meinte Herr Pichon, gebe Rechte gegen die Besiegten! Die ideal gesinnten Kräfte gerade, die heute auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Zukunft der Länder deutscher Sprache rechnen, glauben, daß der Satz von der Macht, die auch das Recht bedeute, keine Heimat haben darf in der neuen Welt, an deren Ausbau sie mitarbeiten möchten, und die sie als eine Gesellschaft Gleichberechtigter verstehen. Damit verträgt es sich aber nicht, daß die slawischen Nationen das Recht der Selbstbestimmung ohne jede Einschränkung erhalten, während es den Deutsch-Österreichern verwehrt werden soll. Ganz aus dem Geist aufrechten Mutes erscheint mir daher die Note

Deutsch-Österreichs an die Entente geboren zu sein, in der angesichts einer Politik der parteiischen Gewaltsamkeit das Recht der Selbstbestimmung unzweideutig für die Deutsch-Österreicher in Anspruch genommen wird. Dies Recht der Selbstbestimmung hat natürlich nicht nur die Wahl der eignen Staatsform, sondern auch die ungehemmte Entschließungsfreiheit über die Vereinigung mit Deutschland zu umfassen. Wenn heute jeder Deutsche im Reiche in dieser Forderung Seite an Seite mit den Deutschen Österreichs steht, so stachelt ihn nicht der Gedanke an Macht. Auch keine Allianzen sind hierbei für ihn maßgebend, die Regierungen schlossen, deren Taten nicht von der Mitverantwortung des Volkes getragen waren. Ihn treibt vielmehr das Bewußtsein reichen gemeinsamen geistigen Gutes, das in langer historischer Entwicklung erworben wurde. Wenn es der Entente wirklich um einen dauernden Rechts- und Versöhnungsfrieden und um Sicherung der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker zu tun ist, wird sie sich einem solchen brüderlichen Zusammenschluß auf der Grundlage einer legal gewählten Volksvertretung nicht widersetzen können. Wir wissen wenig davon, wie die wahre Geistesverfassung der Völker ist, mit denen wir uns bisher im Felde gegenüberlagen. Wir kennen die Reden ihrer politischen Führer und das, was in ihrer Publizistik unter den obwaltenden Verhältnissen gesagt werden kann. Wir müssen aber hoffen, daß sich überall in der Welt die Erkenntnis durchsetzt, daß der Weg des historischen Rechts eindeutig ist, und daß er nichts weniger erträgt als Vergewaltigung fremden nationalen Geistes.

Die volle moralische und politische Unterstützung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung ist darum den Deutsch-Österreichern bei ihren Bestrebungen sicher. Die Grundlage wird die Nationalversammlung bilden müssen. Wie sehr die deutsche Regierung schon jetzt dem Wunsche der deutsch-österreichischen Bevölkerung entgegenzukommen bereit ist, ergibt sich aus der geplanten Verordnung über die Wahlen zu der Deutschen Nationalversammlung, die den im Deutschen Reiche lebenden Deutsch-Österreichern das Wahlrecht zur Deutschen Nationalversammlung gibt.

Deutschland und Deutsch-Österreich

Berlin, 23. Januar 1919

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die im großen und ganzen ohne Störung verlaufen sind, haben den energischen Willen des deutschen Volkes gezeigt, sich seine Zukunft nach neuen Grundsätzen aufzubauen. Eine der wichtigsten Fragen hierbei wird die Schaffung eines einzigen Reiches aller Deutschen sein, das heißt die Vereinigung Deutschlands mit Deutsch-Österreich.

Ich habe mich vor einigen Tagen darüber bereits öffentlich geäußert und zweifle nicht daran, daß die Nationalversammlung, an deren Wahl ja auch die in Deutschland befindlichen Deutsch-Österreicher teilgenommen haben, es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgedanken kräftig zu betonen, wie dies in fast allen Wahlprogrammen der verschiedenen Parteien deutlich vorgesehen ist. Die Widerstände, die sich der Vereinigung von außen und innen vorläufig noch entgegenstellen, sind mir wohl bekannt. Von unseren Gegnern hat sich bisher allein Frankreich unbedingt dagegen ausgesprochen. Im Hinblick auf diese französische Politik habe ich in der erwähnten Unterredung bereits ausgeführt, daß das Recht der Selbstbestimmung, das z. B. den slawischen Nationen und Rumänien ohne jede Einschränkung gegeben werden soll oder schon gegeben ist, den Deutsch-Österreichern unmöglich verweigert werden kann. Wir haben die 14 Artikel des Präsidenten Wilson zur Grundlage des Friedensschlusses gemacht und werden unerschütterlich an ihnen festhalten. Anderseits machen sich innere Widerstände einzelner wirtschaftlicher Interessenten und gewisser noch zögernder politischer Kreise in Deutsch-Österreich gegen den Anschluß bemerkbar. Hier bin ich nun Optimist und hoffe, daß die großen nationalen und politischen Beweggründe, die für den Anschluß sprechen, über diese Tagespolitik der die Vereinigung bisher bekämpfenden verhältnismäßig kleinen Kreise hinweg den Anschluß doch verwirklichen werden.

Alle Deutschen, sowohl in Deutschland wie in Deutsch-Österreich, sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein,

daß hier ihre Zukunft auf dem Spiele steht, und über den unvermeidlichen sozial- und parteipolitischen Kämpfen des Tages das große, historische Ziel ihrer Wiedervereinigung nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Nur so wird dem gesamten schwergeprüften deutschen Volke eine hellere Zukunft zuteil werden.

Ich bin dankbar, daß mir Gelegenheit geboten wird, mich an die deutsch-österreichische Öffentlichkeit zu wenden, und zweifle nicht, daß der große Gedanke der Einigung aller Deutschen auch in Deutsch-Österreich immer tiefere Wurzel schlagen wird.

Die deutschen Kolonien.

Berlin, 2. Februar 1919

In diesen Tagen wird in Paris das Los über die deutschen Kolonien geworfen. Unsere Feinde sind beschäftigt, die deutschen Schutzgebiete, deren sie sich unter Bruch internationaler Verträge, unter Preisgabe wesentlicher Interessen der weißen Rasse bemächtigt haben, untereinander zu verteilen. Ein allerdings unbeglaubigtes Reutertelegramm meldet sogar, daß Präsident Wilson die Australische Regierung aufgefordert habe, ihm Rechtsgründe für die Besetzung der deutschen Kolonien in der Südsee darzulegen.

Deutschland kann nicht zugestehen, daß über sein Eigentum ohne seine Zustimmung verfügt wird. Rechtsgründe für den Raub, der an ihm begangen wird, erkennt es nicht an. Es verlangt, bei der Neuordnung der Herrschaft der weißen Rasse über die tropischen Gebiete und bei der Verteilung ihrer Erzeugnisse zugelassen zu werden.

Der fünfte der 14 Punkte Wilsons bezeichnet als Aufgabe des Weltfriedens eine freie, weitherzige und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, bei der die Interessen der eingeborenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch auf koloniale Souveränität festgestellt werden soll. Während der Pariser Beratungen hat der Präsident sodann, wenn wir zutreffend unterrichtet sind, den Grundsatz vertreten, daß die Kolonien unter eine internationale Kontrolle gestellt werden sollen. Deutschland hat vor der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen die 14 Punkte Wilsons anerkannt, und auch die Entente hat diese Punkte, insbesondere den fünften, ohne jede Einschränkung angenommen. Deutschland geht davon aus, daß der Grundsatz der internationalen Kontrolle auf die Kolonien aller Mächte des europäischen Kulturkreises Anwendung findet.

Zwar hat England versucht, durch ein verleumderisches Blaubuch die deutsche Kolonialherrschaft als unerträglich darzustellen; dieser Versuch muß schon an den Zeugnissen scheitern, die die ersten Geister Englands über die kolonisatorischen Sünden ihres eigenen

Volkes abgelegt haben. Wir Deutschen sind fern davon leugnen zu wollen, daß in dem knappen Menschenalter, seitdem Deutschland Kolonialpolitik betreibt, Mißgriffe vorgekommen sind; wir behaupten nur, daß sie nicht entfernt an die Verheerungen heranreichen, die andere kolonisierende Nationen in den Anfängen ihrer Tätigkeit veranlaßt haben. Wir können uns auf eine große Anzahl von Zeugnissen fremder Besucher berufen, die bis kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges die deutsche Verwaltung in den Schutzgebieten gerühmt und als Muster hingestellt haben.

Das deutsche Volk hat seine Befähigung zu kolonisatorischer Arbeit in Asien und Afrika erbracht. Jedenfalls hat es, wie jedes andere Volk, Anspruch auf Teilnahme an den Erträgnissen der tropischen Zonen und an der Bewirtschaftung der Gebiete, auf denen sie gewonnen werden. Es würde also auch für den Fall, daß sämtliche Tropenkolonien unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, eine *angemessene territoriale Beteiligung an der Verwaltung des gesamten tropischen Kolonialgebietes verlangen.*

Wenn Frankreich, England und Belgien nach den Zeitungsberichten über den Gang der Pariser Verhandlungen den Plan verfolgen, die deutschen Kolonien unter sich zu verteilen, so entfernen sie sich damit von den Grundstäzen, auf denen ein Völkerbund im Sinne der Wilsonschen Botschaften errichtet werden kann.

Ganz abgesehen von dem Bruch der Kongoakte würde die Übereignung der deutschen Kolonien an die Eroberer eine Legitimierung der Gewalt bedeuten, gegen die die Entente angeblich den Krieg geführt hat. *Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß England bei jedem europäischen Kriege, an dem es teilnimmt, eine reiche Ernte an Kolonialbesitz einheimst,* wie ihm das seit zweihundert Jahren regelmäßig gelungen ist. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß *Frankreich seinen Kolonialbesitz, dem es schon jetzt wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch nicht gewachsen ist, immer weiter ausdehnt,* um *ihn seinen Finanzleuten durch künstliche Absperrung der übrigen Nationen ausschließlich vorzubehalten.* Wenn Frankreich Kamerun und Togo erwirbt, so daß die französische und belgische Regierung gemeinsam fast ganz Mittelafrika

beherrschen, so wird es sowohl um die Betätigung anderer Völker in diesem reichen Gebiete tropischer Produktion, wie um die Eingeborenen des Gebiets schlecht bestellt sein.

Die natürliche Entwicklung Mittelafrikas drängt zur Internationalisierung. Es ist anzunehmen, daß die einzige große Kolonie der afrikanischen Rasse, der sogenannte schwarze Gürtel Nordamerikas, künftig in immer engere Beziehungen zu dem Mutterlande treten wird. Dem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, in welch starkem Maße die Beziehungen des nördlichen Amerikas zu dem westlichen Afrika sich während des Krieges verdichtet haben. Amerikanischer Handel und amerikanische Schiffahrt haben den Platz besetzt, der infolge der kriegerischen Inanspruchnahme europäischer Nationen offen blieb. Es ist nicht einzusehen, weshalb Afrika unter europäische Mächte territorial aufgeteilt werden soll, die keinen anderen Erwerbstitel als eine völkerrechtswidrige Eroberung für sich geltend machen können, während andere Nationen an der Erschließung der verteilten Gebiete mindestens das gleiche Interesse haben wie sie.

Ein besonders gehässiger Charakter würde der Teilung des Raubes unter Deutschlands Gegner dadurch aufgedrückt werden, daß diese während des Krieges mit unverantwortlicher Schroffheit gegen die deutschen Missionen vorgegangen sind, die sich anerkanntermaßen seit dem Anfang der Kolonisierung Afrikas die größten Verdienste um die Hebung der Eingeborenen erworben haben.

Nicht das ist das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, daß alle Kolonien tropischen Charakters unmittelbar unter eine internationale Regierungsgewalt gestellt werden; vielmehr erscheint auch uns eine angemessene Zuteilung der Kolonialgebiete an einzelne Nationen zur Verwaltung unter eigener Verantwortung als die bessere Lösung. Über die Verwaltung der einzelnen Staaten muß aber eine Kontrollinstanz des Völkerbundes stehen, die dem starken Ausbeutungsinteresse des Mutterlandes das Menschheitsinteresse einer wohlwollenden Behandlung der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstellt.

Völkerbund und Weltparlament

Weimar, 17. Februar 1919

Frage: Wie ist die Stellung Eurer Exzellenz zu dem Pariser Völkerbundsentwurf?

Antwort: Ich habe den Text nur in den Zeitungen gelesen, aber mein allgemeiner Eindruck ist der, daß der Entwurf bis jetzt wenig mehr als ein Verteidigungsbündnis auf diplomatischer Grundlage vorsieht. Als Diplomat erkenne ich die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, dem Völkerbund eine demokratischere Basis zu geben. Es ist wenigstens ein sehr großer Gewinn, daß der gegenwärtige Entwurf die Aufhebung aller gegen die Satzungen des Völkerbundes verstoßenden Verträge, die Unterordnung aller neuen Verträge unter diese Satzungen, sowie in allen Fällen die Veröffentlichung der Verträge sichert. Aber die Delegiertenversammlung ist anscheinend nur eine diplomatische Konferenz, und der Vollzugsrat läßt sich mit dem Europäischen Konzert vergleichen. Der Entwurf mag für Sie genügen, uns genügt er nicht. Durch unsere ungünstige politische und geographische Lage sind wir für einen zukünftigen Frieden draußen und im Innern vom Völkerbund abhängig. Wenn wir an der Vorbereitung des Entwurfes Anteil genommen hätten, so würden wir darauf hingearbeitet haben, ihm, soweit dies möglich ist, eine demokratische Grundlage zu geben. Wir werden unseren Vertretern einen möglichst repräsentativen Charakter geben und werden darauf hinwirken, daß die Delegiertenversammlung zu einem Weltparlament, der Vollzugsrat zu einem diesem verantwortlichen Kabinett ausgestaltet wird. Die deutsche Demokratie kann nicht sicher sein, bevor nicht die Demokratie bis zu einem gewissen Grade im Völkerbund gesichert ist, und eine europäische Demokratie ist nur dann sicher, wenn die deutsche Demokratie es ist.

Frage: Wann und wie wird Deutschland dem Völkerbund beitreten?

Antwort: Leider hängt das nicht von uns ab. Dem Entwurf nach tritt Deutschland anscheinend entweder sofort als Unterzeichner oder später auf Grund der Stimmen von zwei Dritteln der Delegiertenversammlung in den Völkerbund ein. Wenn der Völkerbund wirklich auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut ist und nicht auf diplomatischen Berechnungen — d. h. auf allgemeingültigem Recht, nicht auf einem Übergewicht der Macht — dann muß Deutschland sofort als Unterzeichner beitreten. Die Einleitung des Präsidenten Wilson zu dem Abkommen halte ich nicht für zu optimistisch. Der Glaube Wilsons an die moralische Stärke der öffentlichen Meinung — die doch zuletzt ausschlaggebend ist, so unvollkommen auch die Art ihres Ausdruckes sein mag — war zweifellos gerechtfertigt.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Deutschland trotz allem zur Mitgliedschaft im Völkerbund ebenso wie jede andere Nation und mehr als manche befähigt ist. Seine Einrichtungen sind jetzt die demokratischsten der Welt. Es ist mehr entwaffnet als jede andere Macht. Sein militärisches System ist unter fremder Aufsicht. Seine soziale Gesetzgebung überragt die anderer Völker. Die neue Finanzgesetzgebung läßt vernünftiges Haushalten erwarten. Unter großen Schwierigkeiten und Opfern macht Deutschland den Versuch, in ein zufriedenstellendes Verhältnis zu den Nachbarvölkern zu kommen.

Frage: Welche Hoffnungen knüpfen sich an eine Verständigung mit Polen?

Antwort: Durch die Anerkennung der gegenwärtigen Grenze als vorläufiger Grenze, wie es in den letzten Waffenstillstandsbedingungen, vorbehaltlich der endgültigen Festlegung durch den Friedensvertrag, geschieht, ist diese Schwierigkeit beseitigt. In Zukunft setzt das Bestehen des Völkerbundes Deutschland und Polen in den Stand, sich gegenseitig Garantien zu geben. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen ist durchaus notwendig für einen Frieden beider Völker und für den Frieden ganz Europas.

Die Frage, wie weit Deutschland und seine Verbündeten ihre Kriegsschuld durch Gebietsabtretungen bezahlen sollen, gehört in den Friedensvertrag und ist eine Frage, die ihn und die gegenwärtigen Bewohner dieser Gebiete angeht. Der Eintritt in den Völkerbund zu Bedingungen, die jeden Protest und jede Weigerung Deutschlands im voraus als Verletzung ansehen — der Völkerbund auf solcher Grundlage unter dem Vorwand des „allgemeingültigen Rechtes“ ist

hier als ein diplomatisches Manöver zu betrachten, mit dem man uns schon vor dem Eintritt des Rechtes berauben will, das doch den Zweck des Völkerbundes darstellt: Sicherheit für alle Völker, gleichgültig, ob sie hilflos oder gar verhaßt sind.

Frage: Ist dies vielleicht der Preis, der gefordert wurde, um Deutschlands Beitritt trotz schärfster Gegnerschaft durchzusetzen?

Antwort: Das mag wohl sein, aber es ist trotzdem ein unschöner Makel, den man besser vermieden hätte.

Internationale Regelung des Arbeiterrechts

Weimar, 23. Februar 1919

Ich habe in meiner Rede in großen Linien die Grundzüge dargelegt, nach denen wir verfahren wissen wollen. Wir sind aber überzeugt, daß es gilt, nicht nur theoretische Gedanken zu äußern, sondern praktische Vorschläge zu machen und so die Widerstrebenden zur Mitarbeit zu nötigen. Eine nicht zu unterschätzende Vorarbeit ist ja durch die Konferenzen der Arbeitervertreter der kriegführenden und neutralen Länder in Leeds und Bern geleistet worden. Vor allem aber haben die viereinhalbjährigen Erfahrungen des Krieges, die zum ersten Male die Massen des Proletariats in allen Ländern in erster Linie zum Träger der Leistungen und Opfer gemacht haben, die sozialpolitischen Bestrebungen der Menschheit zu einer, oder man kann vielleicht sagen zu der geschichtlichen Aufgabe der nächsten Zukunft gemacht. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt verlangt, daß der große Friedensvertrag, der den Weltkrieg abschließen wird, nicht mehr kapitalistischen Geist atmen darf, und daß er der Ausgangspunkt einer internationalen Regelung des Arbeiterrechts sein muß.

Wie mächtig der Zwang dieser Idee ist, offenbart sich schon darin, daß auch die Entente in dem Entwurf eines Völkerbundes in § 20 einen schüchternen Versuch macht, diese Idee aufzunehmen. Es wird darin in Aussicht gestellt, daß die Mächte sich bemühen würden, billige menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder herzustellen; ferner soll eine dauernde Geschäftsstelle für Arbeiterfragen beim Völkerbund eingerichtet werden. Ich will den Wert dieser Absichten nicht herabsetzen, aber sie scheinen mir doch allzu deutlich den Stempel einer unwilligen Konzession zu tragen. Wir wollen uns mit solchen Allgemeinheiten nicht begnügen, sondern mit der internationalen Arbeiterschaft in eine Diskussion der praktischen Einzelforderungen eintreten. Wir haben damit auch schon begonnen, und ich kann Ihnen mitteilen, daß das Reichsarbeitsamt unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes und sozial interessierter Kreise einen Entwurf ausarbeitet, der die modernen und

humanen Gedanken des Sozialismus verwirklichen wird. Der Entwurf enthält zunächst Bestimmungen, die die Freizügigkeit der Arbeiterschaft der ganzen Welt durchführen und sichern. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten soll nicht mehr durch die Staatszugehörigkeit beschränkt sein, sondern jedem in jedem Staate zustehen; ferner soll jeder ausländische Arbeiter in Lohn- und Arbeitsbedingungen die gleichen Vorteile genießen, die der inländische Arbeiter auf Grund der Gewerkschaftsverträge mit dem Arbeitgeber genießt.

Ich will Ihnen aus dem übrigen Inhalt des Entwurfs noch einige Einzelheiten mitteilen, um Ihnen ein Bild von der ganzen Tendenz zu zeigen, die uns leitet. Um den Zu- und Abfluß der fremden Arbeitermassen nach sozialen Gesichtspunkten zu regeln, wollen wir eine internationale Arbeitsstatistik begründen und durchsetzen, daß die Anwerbung von Arbeitern im Widerspruch zu den Gewerkschaftsbedingungen verboten und die Einwanderung so angeworbener Arbeiter untersagt wird. Die Versicherung der Arbeiter gegen Alter und Invalidität, gegen Krankheit und Betriebsunfälle soll den Vertragsstaaten zur Pflicht gemacht werden. Ebenso ist eine Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung einzuführen, und alle sozialpolitischen Gesetze sollen auf die Heimarbeit angewendet werden. Die ausländischen Arbeiter sind während ihres Aufenthaltes im Inland den inländischen Arbeitern gleichzustellen, und, wenn sie nach ihrer Heimat zurückkehren, sollen Bestimmungen über die Fortdauer ihrer Rentenbezüge schützend eingreifen. Ein wichtiger Punkt des Entwurfes ist die allgemeine Arbeiterhygiene, besonders zur Verhütung von Unfällen in Betrieben und zum Schutz gegen Gesundheitsstörungen durch mangelhafte Einrichtung von Arbeitsräumen usw. Die Vertragsstaaten sollen ihre Erfahrungen in bewährten Schutzvorrichtungen gegen Unfallsgefahr und Berufskrankheiten mitteilen, so daß man auf diese Weise zu einer einheitlichen Ordnung gelangen kann. Für Seeleute sieht der Entwurf die Schaffung eines besonderen internationalen Seemannsrechts vor. Daß Arbeitsdauer und Arbeitsalter international geregelt werden sollen, versteht sich von selbst. Der Entwurf schlägt als tägliche Arbeitsleistung acht Stunden und als Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Lohnarbeit das vierzehnte Lebensjahr vor. Ein weiteres Kapitel betrifft den Fach- und Fortbildungsunterricht

der jugendlichen Arbeiter, ein anderes das Arbeitsverbot für Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Arbeitsaufsicht soll unter Hinzuziehung der Berufsorganisationen ausgeübt werden, und eine ständige internationale Instanz wird mit der Kontrolle und der Fortführung der internationalen Gesetzgebung beauftragt. Zur wissenschaftlichen und einheitlichen Bearbeitung und Begutachtung aller hierher gehörenden Materien ist eine soziale Konferenz geplant, die alle fünf Jahre etwa in Bern zusammentreten könnte. Bekanntlich besteht schon das internationale Arbeitsamt in Basel, dessen Tätigkeit ja schon einen Anfang in der Richtung des von uns Beabsichtigten bedeutet.

Zwischenfrage: Wie hofft Deutschland diesen Entwurf zur Annahme bringen zu können?

Antwort: Der Entwurf stellt nicht einen Gesetzentwurf im landläufigen Sinne dar, sondern ist das Ergebnis unserer langjährigen sozialpolitischen Erfahrungen und unseres ehrlichen sozialen Willens, angewendet und erweitert auf die internationalen Bedürfnisse. Wir dürfen wohl annehmen, daß diese Absicht in der Welt keiner Verkennung ausgesetzt sein wird, wie so manches, was Deutschland redet oder tut. Unsere Zwecke liegen klar und offen zutage: wir wollen an dem Wohlergehen und der Versöhnung der Klassen und Völker mitarbeiten. Wir sind überzeugt, daß alle anderen Regierungen, auch die feindlichen, sich nicht weigern können, mit uns darüber zu verhandeln, wenn wir erst am Konferenztisch sitzen. Denn ihre Völker würden eine Weigerung oder eine kleinliche Durchkreuzung unserer Absichten weder verstehen noch dulden. Bei den Neutralen aber wird, dessen bin ich sicher, unser Vorhaben Verständnis und Bereitwilligkeit finden, wobei ich im besonderen an die sozialpolitisch fortgeschrittenen skandinavischen Länder, an Holland und die Schweiz denke. So wird, wie ich hoffe, dieser Krieg für die schwergeprüften Völker auch etwas Gutes bringen. Und wenn sich an diesen Segen der Name der deutschen Mitarbeit knüpfen läßt, so haben wir erreicht, was wir wollen.

Die Pariser Völkerbundsakte

Berlin, 24. Februar 1919

Frage: In der Nationalversammlung in Weimar haben mehrere Redner sich sehr ablehnend über die Satzungen des Völkerbundes ausgesprochen, die der Präsident Wilson am 14. Februar auf der Pariser Konferenz vorgelegt hat. Teilen Euere Exzellenz die Ansichten der Redner?

Antwort: Die Beurteilung der Völkerbundakte vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik ist nicht leicht. Viele Artikel sind so gefaßt, daß sie auf sehr verschiedene Weise ausgelegt und ausgeführt werden können. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß die Bundesakte englisch entworfen und erst bei den Beratungen in Paris in die französische Diplomatensprache übersetzt worden ist. Ferner merkt man den Artikeln an, daß sie ein Kompromiß widerstreitender Ansichten darstellen. Durch die ganze Bundesakte zieht sich wie ein roter Faden das äußerste Mißtrauen. Charakteristisch ist auch, daß in der gleichzeitig veröffentlichten Teilnehmerliste nur die Staaten vorgesehen sind, die mit Deutschland Krieg geführt oder doch die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben, und daß Präsident Wilson es für nötig befunden hat, in seiner Einführungsrede sehr harte Worte gegen die Deutschen zu gebrauchen.

Frage: Meinen Sie, daß die Bundessatzung deshalb für Deutschland unannehmbar ist?

Antwort: Wir müssen, wenn irgend möglich, in positiver Form an der Entwicklung mitarbeiten, die sich durch den vorläufigen Abschluß des Wilsonschen Völkerbundplans angebahnt hat. Ich bin überzeugt, daß das Ziel der Menschheit nur auf dem Wege friedlicher Organisation der Völker erreicht werden kann, und wenn die ersten Schritte auf diesem Wege auch zögernd und über allerlei Hindernisse hinweggemacht werden müssen, so führen sie doch dem Ziele näher.

Frage: Wie denken sich Euere Exzellenz eine positive Mitarbeit?

Antwort: Wir werden versuchen, mit Hilfe der öffentlichen Meinung die Mängel zu beseitigen, die der Satzung anhaften. Im all-

gemeinen hat sie, wie ich mit Bedauern feststellte, einen mehr oligarchischen als demokratischen Charakter. Der ausführende Rat hat eine so überragende Stellung, daß von einer wirklichen Verantwortlichkeit gegenüber einem Weltparlament kaum mehr die Rede ist. Dieser Umstand dürfte Deutschland aber nicht abhalten, in einen Völkerbund einzutreten; denn die siegreiche Macht der demokratischen Idee wird sich auch dort durchsetzen, wie sie es in den Staaten tat, die sich jetzt den maßgebenden Einfluß im ausführenden Rat und damit die Leitung des Völkerbundes vorbehalten haben.

Frage: Sie empfehlen also Deutschland, in der Hoffnung auf Verbesserung der Satzung, dem Völkerbund beizutreten?

Antwort: Im ganzen, ja. Unannehmbar in ihrer jetzigen Form erscheinen mir nur die Bestimmungen über „die Kolonien und Gebiete, die infolge des Krieges aufgehört haben, unter der Oberhoheit der Staaten zu stehen, die sie vorher beherrschten". Ich kann zunächst nicht zugeben, daß die Oberhoheit Deutschlands über seine Kolonien völkerrechtlich aufgehört hat. Bis zum Friedensschluß handelt es sich nur um das Recht der Okkupanten. Die Art, wie hier der Besitz Deutschlands und der Türkei beauftragten Mächten zugewiesen wird, erinnert wahrlich mehr an die Verteilung von Siegesbeute zwischen machthungrigen Eroberern als an die von dem Präsidenten geforderte weitherzige und gerechte Regelung der kolonialen Fragen.

Frage: Können Sie mir Bestimmungen der Bundesakte bezeichnen, an denen eine positive Kritik Deutschlands einsetzen würde?

Antwort: Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen, dafür ist die Urkunde zu lang; aber ich muß darauf hinweisen, daß die Frage der Meeresfreiheit ganz übergangen, die der Handelsfreiheit eigentlich nur in den Punkten berührt wird, wo Ausnahmen von ihr nötig erscheinen; es fehlen also zwei wichtige Punkte des Wilsonschen Programms. Das große Gebiet des internationalen Arbeiterrechts, die grundsätzlich neue und fruchtbarste Aufgabe des Völkerbundes, wird völlig ungenügend geregelt. Auch die Bestimmungen über die Erledigung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes werden keineswegs allen den wertvollen Anregungen gerecht, die sich in der letzten Zeit aus der Friedensbewegung ergeben haben.

Frage: Glauben Sie hiernach, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten wird?

Antwort: Das wird ganz von den Bedingungen abhängen, unter denen man Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen bereit ist. Werden wir auf dem Gebiete der Weltwirtschaft und der kolonialen Entwicklung als Parias behandelt, enthält der Friedensvertrag, den uns die Gegner vorzulegen gedenken, Widersprüche zu den Wilsonschen Grundsätzen, so mag die Welt wissen, daß das deutsche Volk nicht aufhören wird, gegen den ungerechten Zwang, den man ihm antut, zu protestieren. Wir werden uns dabei auf die Tatsache stützen können, daß im Anfang November, ehe Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen annahm, durch Vermittlung der amerikanischen Regierung eine Willenseinigung zwischen Deutschland und seinen Gegnern über die Grundlage des Friedens zustande gekommen ist. Beide Teile haben die 14 Punkte der Kongreßrede des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 und die Grundsätze seiner späteren Botschaften mit den Maßgaben angenommen, die in der Note des Staatssekretärs Lansing an die Deutsche Regierung vom 5. November 1918 angegeben sind. Es liegt hier zwar kein völkerrechtlicher Vertrag in den üblichen Formen vor, aber eine feierliche Vereinbarung, deren Tragweite sich alle Beteiligten bewußt waren. Kein Friede wird der Welt die Ruhe geben, der dieser Vereinbarung widerspricht.

Der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland

Berlin, 28. Februar 1919

Sie werden bemerkt haben, mit welcher Genugtuung die deutsche Öffentlichkeit die Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bauer und seiner Begleiter in Berlin begrüßt. Es ist dies eigentlich selbstverständlich. Denn soviel Trauriges und Schweres Österreich wie Deutschland durcherleben mußten, eine alte Hoffnung scheint in Erfüllung gehen zu können. Der Gedanke des Zusammengehörens, den unsere Väter vertraten, wird sich, ich hoffe es zuversichtlich, verwirklichen. Es ist mir eine außerordentliche Genugtuung berufen zu sein, an erster Stelle an seiner Durchführung mitarbeiten zu dürfen. Ich habe lange Zeit, wie Sie wissen, in Wien gelebt, ich kenne Österreich, ich habe es verstehen und schätzen gelernt, und in Gedanken weile ich oft in Wien, an das mich die Erinnerung der glücklichsten Jahre meiner Karriere knüpft. Aber der Staatsmann hat nicht nur nach seinen Gefühlen zu urteilen, so sehr sie auch ihn in Besitz genommen haben mögen. Die abwägende Vernunft muß zur Kontrolle dieser Gefühle dienen.

Als Präsident Wilson seine 14 Punkte veröffentlichte, als dann die Revolution eintrat, die den Zerfall der bisherigen Doppelmonarchie unter habsburgischer Herrschaft im Gefolge hatte, da mußte sich jeder denkende Politiker bei Ihnen und bei uns darüber klar sein, daß auf Grund dieses Programms, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wir das Recht haben, uns wieder zu vereinen. Das mag manchem in der Welt nicht genehm sein, aber wenn einmal das Nationalitätenprinzip als oberster Grundsatz für die Völker aufgestellt ist, so kann und darf es für die deutsche Nationalität keine Ausnahmen geben. Auf diesem Boden stehen wir und wir werden ihn nicht verlassen.

Wenn diese Einigung eine wirklich dauernde und nutzbringende für beide Teile sein soll, so müssen sich beide, wie in einer guten Ehe Mann und Frau, ineinander schicken. Jeder Teil muß etwas von seiner Individualität opfern, damit ein Zusammenleben, ein Ineinanderaufgehen möglich ist. Natürlich verstehe ich unter dem Be-

griff des Ineinanderaufgehens nicht, daß Österreich seine Eigenart verlieren soll, daß Wien ein zweites Berlin sein müsse oder Berlin sich Wien unterordnen sollte. Das wäre schädlich, ganz abgesehen davon, daß es unmöglich ist. Wir müssen aber einander noch mehr verstehen lernen. Ihre kulturellen Vorzüge müssen zu unserem Vorteil dienen, und ich glaube, auch Sie wiederum in Österreich können manches von dem vielverschrieenen Deutschland in sich aufnehmen. Wenn ich von einer guten Ehe sprach, so sagt Schopenhauer einmal, daß eine solche auch wirtschaftlich gut begründet sein muß; und darauf wird es selbstverständlich ebenfalls bei der sich hoffentlich bald vollziehenden Ehe zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich ankommen. Wir wollen keiner den anderen übervorteilen, das liegt Ihnen fern, und, weiß Gott, auch uns. Aber wir wollen stabile Verhältnisse schaffen, in welcher Form auch immer. Das wird nicht ganz leicht sein. Es werden Gegensätze sich ergeben, die unbedingt ausgeglichen werden müssen, wenn wir zu einem guten Ende kommen sollen. Ich denke aber, wir werden alle Hindernisse überwinden, schon darum, weil wir die Vertreter unserer Völker oder vielmehr eines Volkes sind, das den Wunsch hat, nicht mehr getrennt zu leben.

Die Persönlichkeit des hervorragenden Staatsmannes, der an der Spitze Ihrer Mission steht, ist mir eine Gewähr dafür, daß die Verhandlungen sich in der besten und freundschaftlichen Weise abwickeln werden. Ebenso ist sein ausgezeichneter Mitarbeiter, Exzellenz Riedl, der mir seit Jahren befreundet ist, der geeignete Helfer, um zum gewünschten Ziele zu gelangen. So gehen wir mit guten Erwartungen an die große Arbeit, und trotz allem, was zu überwinden ist, meine ich, wir werden es überwinden können.

Wilsons 14 Punkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen. Die diplomatische Vertretung Deutschlands nach Friedensschluß

Weimar, 14. April 1919

Frage: Welche Ansprüche wird Deutschland am Friedenstisch erheben?

Antwort: Die Rolle Deutschlands am Friedenstisch wird nicht die sein, Ansprüche zu erheben, sondern Ansprüche abzuwehren. Die deutschen Delegierten werden jede Forderung zurückweisen, die sich in wesentlichen Punkten von dem Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika entfernt. Wir können ebensowenig zugeben, daß deutsches Gebiet unseren Feinden gegeben wird, es sei denn auf Grund der Bedingungen, über die wir im November 1918 einig geworden sind, als Deutschland übertriebene Ersatzansprüche zu erfüllen vermag. Wenn Sie von einem deutschen Anspruch reden wollen, so ist es der, daß man die Lebensinteressen Deutschlands, ohne deren Wahrung ein dauernder Weltfrieden unmöglich ist, nicht aus Rachsucht oder aus mangelnder Einsicht verletzt. Zu diesen Lebensinteressen gehört vor allem auch koloniale Betätigung. Es ist im deutschen Volke besonders schmerzlich empfunden worden, daß Präsident Wilson über die deutsche Kolonialarbeit in seiner Einführungsrede zum Völkerbund ein so ungerechtes Urteil gefällt hat. Mag er das Urteil auch auf Urkunden gestützt haben, die ihm von unserem schärfsten Wettbewerber vorgelegt worden sind, so gebietet es doch der älteste Grundsatz des Rechts, daß er auch den Angeschuldigten hört. Wir hoffen, ihm beweisen zu können, daß das neue Deutschland nicht die Mißgriffe und Vergehungen, an denen kein kolonisierendes Volk der Erde unschuldig ist, sondern die guten Traditionen der jungen deutschen Kolonialpolitik fortzusetzen entschlossen ist.

Frage: Wird Deutschland nach Friedensschluß ein neues diplomatisches Korps ins Ausland schicken?

Antwort: Der auswärtige Dienst des Reiches ist durch den Weltkrieg fast aufgelöst worden. Die große Anzahl der Staaten, die ihre diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen haben, macht eine völlige Neugestaltung der deutschen Auslandsvertretung notwendig. Nach Friedensschluß kann es nicht darauf ankommen, in alle Hauptstädte wieder die Personen zu schicken, denen man bei Kriegsausbruch die Pässe zustellte; denn seit jener Zeit hat sich ja auch bei uns ein völliger Umschwung vollzogen. Neue Männer werden nötig sein, und das diplomatische Korps der Zeit nach dem Kriege wird als Ganzes ein anderes Antlitz tragen als das diplomatische Korps vor dem Kriege.

Frage: Welcher Typus von Diplomaten wird Deutschland künftig im Auslande vertreten?

Antwort: *Ich habe nicht die Absicht, mich auf einen bestimmten Typus festzulegen. Man wird die besten Kräfte da nehmen, wo man sie findet.* Die Hauptsache wird immer bleiben, daß durch eine sorgfältige, den modernen Anschauungen und Verhältnissen angepaßte Ausbildung ein Ersatz tüchtiger und technisch geschulter Kräfte, deren politische Überzeugung ihnen erlaubt, Vertreter eines demokratischen Deutschlands zu sein, im Auswärtigen Ministerium selbst herangezogen wird. Daneben werden aber auch Männer des öffentlichen Vertrauens, denen Beruf oder Neigung eine Kenntnis auswärtiger Verhältnisse verschafft hat, an leitende Stellen des diplomatischen Dienstes berufen werden.

Frage: Wer wird wohl nach Washington gesandt werden?

Antwort: Über den künftigen Vertreter Deutschlands in Washington ist ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt, und es steht mir nicht zu, dem Reichspräsidenten durch vorläufige Mitteilungen in seiner Entscheidung vorzugreifen. Jedenfalls aber wird nur ein Mann nach Washington gesandt werden, der mit dem amerikanischen Geiste vertraut ist und den die Regierung der Vereinigten Staaten als genehm bezeichnet. Wir sind zu sehr überzeugt von der Wichtigkeit unserer künftigen Beziehungen zu diesem großen Gegner, der ohne materielle Ziele in den Krieg eingetreten sind, als daß wir nicht den

größten Wert darauf legen sollten, bei seiner Regierung in würdigster Weise vertreten zu sein.

Frage: Wird die innere Politik einen Einfluß auf die Auswahl oder die Instruktionen der diplomatischen Vertreter Deutschlands ausüben?

Antwort: Ich habe schon gesagt, daß keine Persönlichkeit das neue Deutschland im Ausland vertreten kann, die seiner jetzigen Gestaltung innerlich feindlich gegenübersteht. Im übrigen aber ist es mein fester Wille, die auswärtige Politik von den Schwankungen der inneren Verhältnisse und von dem Einfluß der Tagesmeinungen unserer Zeitungen und Parlamente unabhängig zu machen. Selbstverständlich muß die auswärtige Politik mit den inneren Verhältnissen in Fühlung bleiben. Dafür wird die neue Einrichtung eines Ausschusses für äußere Politik sorgen, der bei der Nationalversammlung gebildet wird und vermutlich seine Fortsetzung in einem Ausschuß des späteren Reichstages findet.

Frage: Können Sie mir nicht selbst noch einiges mitteilen, was das amerikanische Volk interessieren würde?

Antwort: Vielleicht ist es für Ihre Öffentlichkeit von Wert, wenn ich meiner Überzeugung Ausdruck gebe, daß Deutschland in Zukunft bei dem Wiederaufbau seiner durch den Krieg und die Revolution an den Rand des Verderbens gebrachten Volkswirtschaft auf die materielle und geistige Beihilfe Amerikas in besonderem Umfange angewiesen ist, und daß es diese Hilfe gerade von Amerika aus dem Grunde gern annehmen wird, weil es von dieser Seite keine politische Benachteiligung zu fürchten hat. Es ist der Revers der Monroe-Doktrin, daß die Vereinigten Staaten an Deutschland keine territorialen Ansprüche stellen und sein Gebiet nicht mit politischen Hypotheken belasten. Über koloniale Fragen werden wir uns verständigen müssen. Das amerikanische Volk kann uns aber noch mehr geben als wirtschaftliche Vorteile. Die deutsche Verfassung, die wir neu zu gründen im Begriff sind, enthält viele Parallelen zu der amerikanischen, und bei ihrer Durchführung werden uns amerikanische Staatsmänner und Rechtslehrer als Wegweiser von großer Bedeutung werden können.

Ehrliche Verständigung
Ziel der Friedensverhandlungen

Weimar, 15. April 1919

Frage: Haben Euere Exzellenz die Nachrichten in der Presse über die Uneinigkeit der Alliierten in Paris gelesen und davon gehört, daß man vermutet, Deutschland werde diese Uneinigkeit ausnützen, um den einen Gegner gegen den anderen auszuspielen?

Antwort: Allerdings habe ich die Meldungen der Presse über diese Vorgänge gelesen; aber ich glaube, daß man diese Uneinigkeit nicht überschätzen darf. Die Verbindung zwischen unseren Gegnern hat vier Kriegsjahre überdauert. Das schafft so viele Gemeinsamkeiten, so viele Fäden von einem Land zum andern, daß ich nicht recht an Schwierigkeiten glauben kann, die so unüberwindlich wären, daß sie einen Bruch zwischen unseren Gegnern herbeiführen könnten.

Frage: Man hat doch aber Grund anzunehmen, daß es Uneinigkeiten sehr starker Natur sind, die sich auf der Konferenz geltend machen!

Antwort: Sie wollen mir also durchaus die Rolle eines Talleyrand bei der kommenden Vorfriedensbesprechung aufzwingen. Aber es kommt heute auf ganz andere Dinge an als vor hundert Jahren. Heute nehmen die Völker selbst aktiv an dem Gang der Geschichte teil. Das gibt einen ganz anderen Hintergrund für Friedensverhandlungen. Außerdem wäre es auch ein törichtes Unterfangen, den einen unserer Gegner gegen den anderen ausspielen zu wollen. Es bestehen hier viel zu nahe Beziehungen, als daß ein solcher Versuch nicht bald ans Tageslicht käme. Ich glaube, daß es der Friedensdelegierten einer Nation von 70 Millionen würdiger ist, offen und ehrlich alle Gegner von der Rechtmäßigkeit alles dessen zu überzeugen, was wir erstreben, als durch kleinliches Intrigenspiel die politische Atmosphäre, die noch immer von der ganzen Hetze der Kriegsmacher vergiftet ist, bereits wieder mit neuem Explosivstoff zu füllen. Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt hat in diesen vier

Jahren so schwere Wunden davongetragen, daß alle an einem möglichst geregelt verlaufenden Heilungsprozesse interessiert sein müssen. Vor allem, was die ökonomische Sanierung der Welt angeht, so muß allen unseren Gegnern gleichviel daran gelegen sein, daß wir die Fähigkeit behalten, unseren Verpflichtungen nachzukommen, ebenso wie wir daran interessiert sind, in unserem künftigen Handelsverkehr mit Kontrahenten zu tun zu haben, auf deren Solidität wir uns verlassen können. Es ergeben sich hieraus für alle Teilnehmer der endgültigen Friedensbesprechungen so viele gemeinschaftliche Interessen, daß bei einigermaßen gutem Willen ein Boden für eine ehrliche Verständigung gegeben ist. Ehrliche Verständigung aber bedeutet uns Rechtsfrieden. Ein Talleyrand, der Politik mit Personen und nicht mit Völkern treibt, würde einen solchen jedoch heute ebensowenig zustande bringen wie vor hundert Jahren.

Wirtschaftlicher Ausgleich mit Frankreich. Die Gefahr politischer Gruppenbildungen für den Völkerbundgedanken

Berlin, 21. April 1919

Frage: Das deutsche Volk ist in schwerster Sorge wegen des Saargebietes, dessen Losreißung ihm droht, wenn der Bericht der Agence Havas über die ihm zugemuteten Friedensbedingungen zutrifft. Wie kann und wie soll der Gefahr begegnet werden? Kann die Möglichkeit, die angekündigten Bedingungen anzunehmen, überhaupt erwogen werden?

Antwort: Wie ich schon bei anderer Gelegenheit betonen konnte, waren die Nachrichten über die Forderungen der Entente bisher so widerspruchsvoll, daß man auch jetzt in der Stellungnahme zum Bericht der Agence Havas vorsichtig sein sollte. Wir fußen auf dem Wilsonprogramm, das nichts davon enthält, daß über Gebiete, deren nationale und geschichtlich überlieferte Zugehörigkeit zu unserem Staatswesen außerhalb jeder Erörterung steht, irgendwann, gleichgültig ob jetzt oder später, abgestimmt werden soll. Wir erkennen keine Möglichkeit, die Frage auch nur zu erwägen, ob wir das Saargebiet der Kontrolle unterwerfen sollen, von der die Agence Havas spricht; wir sind aber bereit, die Frage eines wirtschaftlichen Ausgleiches mit Frankreich ganz unbefangen und mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. Die Bedingungen, unter denen dieser Ausgleich stattfinden könnte, sind von der Natur selbst gegeben, und wir, wie unsere Nachbarn, brauchten diese geographisch-wirtschaftlichen Verhältnisse nur zu akzeptieren, wie sie das Schicksal uns darbietet, um die Interessen und die berechtigten Ansprüche auf beiden Seiten zu befriedigen.

Frage: Glauben Sie, Herr Graf, daß der Druck des öffentlichen Gewissens in den westlichen Ländern mit der Zeit doch stark genug werden könnte, um die Regierung von der gefährlichen Bahn einer Politik abzubringen, die, indem sie uns zur Verzweiflung treiben müßte, den Frieden selbst mit Verderben bedrohen würde?

Antwort: Statt der Antwort nur ein Hinweis, der auch Sie speziell interessieren wird: Wir hören von der Gegenseite kein präzises Wort der Verweigerung des Zusammenschlusses zwischen uns und Deutsch-Österreich. Wir hören und erfahren wohl, daß diese naturnotwendige Entwickelung teils mit verdrossenen Mienen als eine Unvermeidlichkeit anerkannt und teils bekämpft oder vielmehr unterwühlt wird; aber ein energisches Nein haben wir bisher nicht vernommen. Wie kommt das? Nach meiner Meinung daher, daß auch die bitterste gegen uns gerichtete Feindseligkeit eine Scheu empfinden muß, den unwiderstehlichen Triebkräften des nationalen Gemeinschaftslebens Gewalt anzutun.

Frage: Was aber wird geschehen, wenn die Ententeforderung hinsichtlich des Saargebietes abgelehnt wird?

Antwort: Unsere Ziele sind derart, daß die Völker der Entente in ihnen ebenso wie wir die Erfüllung des Wilsonschen Programms der Versöhnung und der Gerechtigkeit erblicken müßten. Wir wollen die Durchführung dieses Programms. Ich habe mich neulich dagegen ausgesprochen, daß immer wieder Untersuchungen angestellt werden, welche Bündnismöglichkeiten wir in Zukunft wählen, welche wir ablehnen sollen. Ich benutze gern die Gelegenheit, um es zu wiederholen: Eine Rückkehr zu dem früheren System einer auf imperialistischer Grundlage beruhenden Politik der Gruppenbildungen würde bedeuten, daß der Völkerbundsgedanke in dem Augenblick entwertet wäre, wo er verwirklicht werden soll. Und weil es uns sonst ernst ist mit der Sicherung des Friedens für die allzulange gequälte Welt, darum müssen wir daran festhalten, daß kein Friede möglich ist, der auch nur einen Rest von Vergewaltigung enthält.

Deutschland als freies, gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft

Versailles, 13. Mai 1919

Frage: Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ist die Ansicht hervorgetreten, daß der Entwurf eines Präliminarfriedens, der der Deutschen Friedensdelegation in Versailles vorgelegt ist, nichts als innere Widersprüche enthält, und daß es deshalb unverständlich ist, wie Staatsmänner von der Erfahrung und der Bedeutung eines Clémenceau, eines Lloyd George und eines Wilson solche in sich widerspruchsvollen und zum großen Teil undurchführbaren Forderungen und Vorschläge aufstellen konnten. Angesichts dieser Tatsache erscheint die Frage um so berechtigter, wie Deutschland sich gegenüber diesen Wünschen der Entente verhalten kann und muß?

Antwort: Es ist zutreffend, daß der Entwurf des Vertrages, den wir seit letztem Mittwoch studieren, zunächst einfach unverständlich erscheint, weil er Unmögliches von Deutschland verlangt. Trotzdem ist es aber notwendig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, aus welchen Überlegungen heraus die Entente zu diesem Entwurf gekommen sein mag, und welches Ziel sie mit ihm erreichen will. Nach meiner Überzeugung ist nun der Zweck, den die Entente mit ihrem Friedensentwurf verfolgt, die Erlangung materieller Garantien gegen Deutschland. Dieser Umstand beweist aber nach meiner Auffassung, daß die Entente sich mit moralischen Garantien von unserer Seite nicht begnügen will, und daß sie glaubt, sich mit ihnen nicht begnügen zu können. Mit anderen Worten: der Entwurf der Entente ist vom tiefsten Mißtrauen gegen Deutschland eingegeben. Sie will sich nicht darauf verlassen, daß Deutschland von sich aus das Wort hält, das es bei der etwaigen Unterzeichnung eines Friedensvertrages geben wird. Die Entente will alle Mittel selbst in der Hand haben, um die Durchführung eines solchen Vertrages überwachen und, wenn nötig, ohne besondere Kraftaufwendung erzwingen zu können.

Frage: Wenn das unbedingte und unbegrenzte Mißtrauen gegen Deutschland die Grundlage des Vertragsentwurfes der Entente ist:

wie glaubt Deutschland diesem Mißtrauen entgegenzutreten und es widerlegen zu können?

Antwort: Durch die Tat. Wir selbst wissen, daß das neue Deutschland mit den Grundsätzen und Gewohnheiten gebrochen hat, die die Ursachen für das Mißtrauen unserer Gegner sind. Aber wir müssen uns klar machen, daß wir bisher noch keine Gelegenheit gehabt haben, auf dem Boden internationaler Verhandlungen den Nachweis hierfür zu liefern. Wir können deshalb auch vorläufig nicht verlangen, daß unsere Gegner blindlings unseren Versicherungen über die bei uns eingetretenen äußeren und inneren Umwälzungen Glauben schenken. Verlangen können und verlangen müssen wir dagegen, daß die Entente uns Gelegenheit gibt, durch Handlungen den zwingenden Beweis für die neue Gesinnung des neuen Deutschland zu liefern. Nicht durch Worte allein, sondern vor allem durch Taten müssen wir etwas Anderes, etwas Neues und Besseres an Stelle der Politik setzen, die seinerzeit die Vertreter des früheren Deutschland bei den Friedenskonferenzen im Haag und auch noch während des Krieges befolgt haben. Die erste Gelegenheit hierzu werden uns die Verhandlungen bieten, zu denen die Deutsche Republik uns nach Versailles gesandt hat. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist aber, daß unsere Gegner nichts Unmögliches von uns verlangen. Da ich weiß, daß das neue Deutschland gerade im Punkte der internationalen und diplomatischen Glaubwürdigkeit sich von der Vergangenheit in allen wesentlichen Punkten unterscheidet, da ich weiß, daß wir aufrichtig und ohne Hintergedanken handeln wollen und handeln werden, so bin ich auch davon überzeugt, daß unsere Gegner diesen Tatsachen gegenüber die Augen nicht werden verschließen können.

Frage: Ist es wahrscheinlich, daß alle Mitglieder der Entente gleichmäßig und gleichzeitig zum Bewußtsein dieser inneren Wandlung Deutschlands kommen werden?

Antwort: Meinen Sie damit etwa, daß wir auf Meinungsverschiedenheiten im Lager unserer Gegner rechnen und daraus Nutzen ziehen sollten? Wenn Sie das tun, so muß ich Ihre Frage entschieden ablehnen. Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Gegnern auszunutzen oder sie vielleicht sogar zu fördern, würde ein Rückfall in die Methoden einer Politik sein, die wir, ich kann wohl sagen, für immer, aufgegeben haben. Ich weiß, daß diese meine

Erklärung als ein neuer Beweis unserer Hinterlist ausgelegt werden, und daß man in dieser Ablehnung jeder Intrige die raffinierteste Intrigenpolitik erblicken könnte. Aber ich glaube diesem Einwand am besten dadurch zu begegnen, daß ich die Folgen darlege, die nach meiner Überzeugung eine solche Uneinigkeit unserer Gegner für uns haben könnte. Deutschland würde die festen Grundlagen für seine weiteren Entschließungen unter den Füßen verlieren und sich aufs neue auf einem unbegrenzten Meere der Ungewißheit ausgesetzt sehen. Jeder Mensch, der jemals im Leben praktisch tätig gewesen ist, weiß, daß kein Unglück so groß ist wie die Ungewißheit über die nächste Zukunft. Deutschland und sein Schicksal würde der Gegenstand des Zankes zwischen unseren Gegnern werden. Wir würden das Streitobjekt und zugleich der Kampfplatz dieses Streites werden, und dabei würde das Wenige, das herzlich Wenige, was uns in unserem Zusammenbruche noch geblieben ist, endgültig zerstört werden. Wir würden also nichts durch einen solchen Zank gewinnen, wohl aber alles bis auf das Letzte aufs Spiel setzen.

Wir wünschen eine organisierte Welt, in der Deutschland als gleichberechtigter Genosse der anderen Völker gemeinsamen friedlichen Zielen zustrebt, nicht eine Wiederherstellung des labilen Gleichgewichts der Macht ängstlicher Rivalen, die den deutschen Interessen widerspricht. Deutschland muß auch in Zukunft mit festen, gegebenen Verhältnissen rechnen können, wenn es sich zu neuen Formen des sozialen und politischen Daseins durchringen will. Es kann die Arbeit, die seiner während der kommenden Jahre und Jahrzehnte wartet, nur unter der Voraussetzung verrichten, daß es selbst ebenso wie die ganze Welt nicht als geknechtetes, sondern als freies Volk einen erträglichen Frieden auf der Grundlage gesicherter Einrichtungen und Beziehungen hat. Unser Interesse also verlangt von uns, daß wir auch in diesem Punkte unsere Haltung gegenüber unseren Gegnern durch jene Aufrichtigkeit und Offenheit bestimmen lassen, die überdies nach meiner Überzeugung und nach der der jetzigen deutschen Regierung der einzige Leitstern einer zielbewußten Politik sein muß.

Die Ostfragen

Gegen die Irreleitung der öffentlichen Meinung Frankreichs

Versailles, 17. Mai 1919

Sie verfolgen ja auch die französischen Blätter. Ist Ihnen nicht aufgefallen, wie die wahre Meinung Deutschlands darin verschleiert wird? Ganz gleich, welches Blatt man zur Hand nimmt, überall — vielleicht mit Ausnahme der paar ausgeprägt sozialistischen Blätter — werden die Dinge so dargestellt, als ob das deutsche Volk gegen die Tatsache dieser Bedingungen wäre, als ob nur die Mache der Regierung eine künstliche Bewegung ins Leben rufe. Wer, wie ich, täglich Hunderte von Adressen und Briefen aus Deutschland zu Gesicht bekommt, den erschütternden Schrei aus dem Osten liest, der weiß, wie die Dinge in Wahrheit liegen. Noch auffälliger und außerordentlich erstaunlich ist die in den letzten Tagen deutlicher hervorgetretene Taktik, den Anschein zu erwecken, als ob Deutschland unter allen Umständen diesen Frieden zeichnen werde, auch wenn an den Bedingungen fast nichts geändert würde. Ich frage mich: worauf stützt sich diese These, zu der weder die Haltung der deutschen Regierung, noch der Bevölkerung, noch unsere Arbeit in Versailles eine Unterlage gegeben hat? Ich kann mir nur denken, daß man das französische Volk, das ja noch immer den genauen Text der Friedensbedingungen nicht kennt, über die Schwere der Entscheidung hinwegtäuschen will. Man will die Meinung Frankreichs, die nach Frieden verlangt, einwickeln, man will — vielleicht — ein „fait accompli" schaffen, man will vermeiden, daß über den möglichen Ausgang dieser Tage von Versailles nachgedacht wird, und meldet und verbreitet mit allen Mitteln des politischen Aufsatzes, des Berichtes, des Feuilletons, daß alles in Ordnung wäre: die deutsche Regierung unterzeichne, und schließlich, das Volk sei müde und wolle vergessen. Muß ich Ihnen sagen, für wie fahrlässig ich diese Taktik halte?

Wir sprachen vorhin von den Briefen und Adressen vom deutschen Osten, und Sie erwähnten, daß Sie die Stimmung in Bromberg, in Danzig, in Schlesien kennten. Ich kenne sie auch, und ich bin mir

über den Ernst dieser Frage keinen Augenblick im Zweifel. Wir arbeiten gerade mit den Sachverständigen über diese Dinge, und je mehr man sich vertieft, desto ungeheuerlicher erscheinen die Bedingungen und Klauseln. Ich möchte, mitten in der Arbeit, über diese Gebiete nicht mehr sagen. Aber über die einmütige Stimmung, die Empörung und Verzweiflung der Bevölkerung ist ein Zweifel ja gar nicht möglich. Wir müssen arbeiten, zusammen arbeiten, mehr ist nicht zu sagen. Die Vernunft der Welt wird nicht ewig mit verbundenen Augen stehen.

Der Vertragsentwurf ein Wortbruch der Gegner

Versailles, 21. Mai 1919

Als wir am 7. Mai den Entwurf des Friedensvertrages erhielten, war uns selbst nach flüchtiger Durchsicht klar, daß die Antwort, die auf dieses Schriftstück erfolgen könne, ein einfaches „Unannehmbar“ sein müsse. Wir waren, ehe wir ins Trianon-Palast-Hotel gingen, darauf gefaßt gewesen, schwere Bedingungen zu vernehmen, die man uns auferlegen würde, und wir waren gewillt, sie anzunehmen, wenn sie uns auch hart erscheinen mochten, sofern sie nur die Lebensfähigkeit des Deutschen Reiches sichergestellt und die Grundlage nicht verletzt hätten, die wir bei dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Präsident Wilson vereinbart hatten, daß nämlich ein Friede auf der Basis seiner 14 Punkte mit den bekannten zwei Ausnahmen, die gemacht worden waren, geschlossen werden soll. Wer den der Deutschen Delegation übermittelten Friedensentwurf auch nur oberflächlich prüft, wird zugeben müssen, daß diese Grundlage, die natürlich für beide Teile rechtsverbindlich sein müßte, immer wieder überschritten und verletzt wird. Diese einzelnen Verletzungen aus dem vollen Text der Friedensbedingungen aufzuzählen, führte zu weit, aus den Zeitungsauszügen sind sie in Deutschland jedermann geläufig geworden.

Nun trat natürlich schon am 7. Mai die Frage an die Delegation heran, ob es diesem Frieden gegenüber überhaupt noch irgendein Verhandeln gäbe, oder ob die *rasche und unbedingte Ablehnung nicht vorzuziehen sei*, unbeschadet aller Nachteile, die daraus entstehen mochten. *Wir wählten diesen Weg nicht, der populär sein konnte,* der vielleicht auch der Stimmung in Deutschland am meisten entsprochen hätte, sondern wir machten von dem uns eingeräumten Recht Gebrauch, unsere Einwendungen zu erheben und sie in der von den Alliierten und Assoziierten Mächten vorgesehenen Frist diesen zur Kenntnis zu bringen. Mit Anspannung aller Kräfte wurde er von allen beteiligten Herren, sowohl Delegierten wie Sachverständigen, bearbeitet, wie ich erneut anerkennen möchte. Aber je weiter wir in dieser Tätigkeit fortfuhren, desto mehr mußten

wir zur Erkenntnis gelangen, daß der Friedensvertrag uns zu so vielen Einwendungen berechtigte, ja verpflichtete, daß wir mit den eingeräumten zwei Wochen nicht auskommen konnten. Die Delegation hat daher den Antrag auf Verlängerung der Frist gestellt, um alle Bedenken, die wir dem Friedensvertrag gegenüber haben, zu äußern. Schon aus dieser Tatsache, daß wir bei unseren Gegenvorschlägen nichts unerwähnt lassen wollen, was uns an dem Vertrage unannehmbar erscheint, kann die deutsche Öffentlichkeit ersehen, daß wir nicht nur ganze, sondern vor allem ehrliche Arbeit leisten wollen. Wir wollen nicht über Gesichtspunkte, so unerträglich sie uns erscheinen mögen, stillschweigend hinweggehen, in der Hoffnung, es werde sich nach dem Abschluß des Friedens Gelegenheit finden, darüber zu reden, oder in der Praxis werde deren Durchführung nicht so scharf genommen werden, wie es nach dem Text des Friedensvertrages den Anschein hat. Wir wollen, wozu wir als besiegtes Volk uns vor allem verpflichtet fühlen, uns bei den Friedensverhandlungen nur von den Grundsätzen der Redlichkeit leiten lassen, wollen für unser Recht kämpfen, wie es uns beim Abschluß des Waffenstillstandes zugebilligt wurde, und deshalb sagen wir den Alliierten und Assoziierten Mächten mit unseren Gegenvorschlägen alles in vollster Aufrichtigkeit, was wir zu leisten vermögen und was wir ablehnen müssen, wenn wir den Frieden in ehrlichem Sinne unterzeichnen sollen. W i r w o l l e n n u r e i n e n s o l c h e n F r i e d e n u n t e r z e i c h n e n, d e n w i r a u c h w i r k l i c h h a l t e n k ö n n e n. Wir verabscheuen jede Hinterhältigkeit, jede Täuschung, jede reservatio mentalis. Als ehrliche Leute wollen wir halten, wozu wir uns verpflichten.

Um dies zu vermögen, ist es natürlich nötig, daß die Ententestaaten uns entgegenkommen, daß sie es über sich bringen, uns Bedingungen zu gewähren, durch die dem deutschen Volke seine Lebens- und Entwicklungsfähigkeit gelassen wird. Wenn wir arbeiten können, voller Freiheit arbeiten könnten, sind wir imstande, unsere Schulden abzutragen und unseren Verpflichtungen nachzukommen. Ich kann heute natürlich nicht sagen, inwieweit die Vertreter der feindlichen Mächte uns entgegenzukommen bereit sein werden. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie sich von unseren Argumenten, die wir mit ausführlichen Belegen versehen, überzeugen lassen mögen, daß ihre Einsicht und ihre Kenntnis unserer

Lage sie dazu bringen möge, den Grundsätzen, auf die sie sich im November 1918 festlegten, im endgültigen Friedensvertrag weitesten Raum zu gewähren. An dieser Hoffnung hält die Deutsche Friedensdelegation fest. Was geschehen würde, wenn unsere Gegenvorschläge in entscheidenden Punkten abgelehnt würden, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Wir bemühen uns, den Gegnern zum Bewußtsein zu bringen, daß wir nur das fordern, was unser gutes Recht ist. Mit allem Nachdruck möchten wir noch darauf hinweisen, daß in dieser Auffassung die gesamte Delegation einig ist, und daß sie auch von der Reichsregierung in Berlin vollkommen geteilt wird.

Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen

Versailles, 25. Mai 1919

Frage: Wie beurteilen Euere Exzellenz die letzten Kundgebungen der Unabhängigen zugunsten der Unterzeichnung um jeden Preis?

Antwort: Ich kann die tiefe Sehnsucht der arbeitenden Massen, die während dieser fünf Jahre entsetzlich gelitten haben, nach der endlichen Wiederkehr des Friedens nur zu gut begreifen, und ich werde auch nichts unterlassen, um das Ziel dieser Sehnsucht zu erreichen. Auch bin ich nach Versailles mit der festen Absicht gekommen, das, was an früherem Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig bleibt, zu verteidigen und zu retten — aber auch dieser letzte Rest wäre durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet, und da fragt es sich, ob nicht durch eine Verweigerung der Unterschrift diese Rettung eher zu erreichen wäre als durch eine Unterwerfung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Gewiß, ich werde kämpfen bis zuletzt, um auf dem Wege der Verhandlungen zu versuchen, das Schicksal der arbeitenden Massen Deutschlands zu verbessern. Aber die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse schwer versündigen, wenn sie Bedingungen unterschrieben, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten.

In seiner letzten Antwortnote hat Herr Clémenceau bestritten, daß die Folgen der Friedensbedingungen so katastrophal für das deutsche Volk wären, wie wir sie in unserer Entgegnung darstellten. Er spricht wiederholt von starken Übertreibungen und meint, es wäre unvorsichtig, zuviel Gewicht auf diese „Mutmaßungen" zu legen. Bestreiten heißt nicht beweisen, und mit diesem Satz wird nichts bewiesen. Im übrigen wird die Richtigkeit unserer „Mutmaßungen" auch auf der anderen Seite anerkannt. Ein rechtsstehendes Pariser Blatt, die „Action Française", war das erste, das noch vor Abgang unserer Note schadenfroh feststellte, dieser Friede bedeute die Versklavung des deutschen Volkes auf mindestens

5o Jahre, und zu einer Zeit, wo der Wortlaut unserer Note über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensentwurfs für Deutschland hier noch nicht veröffentlicht werden durfte, schrieb bereits ein englisches liberales Blatt, die „Daily News“, alles, was in dieser Note angeführt wäre, entspräche den Tatsachen, also auch die Erklärung, daß diese Bedingungen die Vernichtung von Millionen Deutscher bedeuten. Sollte ich da unter dem Drucke eigener irregeführter Volksgenossen dieses Todesurteil unterschreiben?

Frage: Fürchten Sie nicht, daß diese Kundgebungen doch Erfolg haben könnten?

Antwort: Jedenfalls nicht den Erfolg, daß sie mich veranlassen könnten, meinen festen Entschluß aufzugeben, nichts zu unterschreiben, was nach meiner und aller Sachverständigen Überzeugung einer Vernichtung des Volks gleichkäme. Aber einen Erfolg haben sie gehabt: Lesen Sie in den Pariser Zeitungen von heute die spaltenlangen Berichte über die Kundgebungen in Berlin, im Lustgarten, im Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat usw. Sie werden mir bezeugen können, daß diese Kundgebungen die ohnehin schwere Lage der deutschen Delegierten nicht erleichtert haben!

Frage: Haben Euere Exzellenz nicht die Empfindung, daß Sie unter den arbeitenden Massen, vielleicht wegen Ihrer Abstammung, einem gewissen Mißtrauen begegnen?

Antwort: Bisher habe ich diese Empfindung nicht gewonnen, wenigstens nicht bei der deutschen Arbeiterschaft. Die deutsche Delegation ist von allen Missionen der Friedenskonferenz diejenige, die unzweifelhaft am demokratischsten zusammengesetzt ist. Auch der radikalste Arbeiter in Deutschland sieht wohl ein, daß unter diesen Umständen die Abstammung und Stellung des Führers unserer Delegation an den Bedingungen nichts ändern könnte und ihrer etwaigen Milderung nicht im Wege steht. Wenn nun in der Arbeiterschaft der Entente ein solches Mißtrauen vorhanden ist, weil es absichtlich genährt wurde, so kann man nicht von einem Volke, das nicht einmal den Wortlaut der uns gestellten Bedingungen kennen darf, erwarten, daß es über die vergangene politische Tätigkeit eines einzelnen Delegierten richtig unterrichtet ist. Ich hoffe, daß ich schließlich das Vertrauen auch der arbeitenden Massen in der Entente gewinnen werde, und zwar durch meine Haltung während der Verhandlungen

selbst. Die arbeitenden Massen aller Länder dürften schließlich doch einsehen, sofern man sie richtig unterrichtet, daß die Interessen ihrer Klasse am wärmsten und energischsten von der Deutschen Delegation verteidigt werden.

Frage: Was halten Sie von der Äußerung Haases, der Friede müsse unterschrieben werden, die kommende Weltrevolution werde ihn zu einem Fetzen Papier machen?

Antwort: Überhaupt hört man jetzt sehr oft hüben und drüben dieses letzte Wort. Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß die Zeit der Papierfetzen endlich abgeschlossen sei, und daß ein neues Zeitalter beginnen würde, in dem man nur Unterschriften vollzieht, die von beiden Seiten geachtet sein würden. Diese Hoffnung auf eine Gesundung der internationalen Moral habe ich nicht aufgegeben, und ich werde auch danach handeln. Ein „scrap of paper“, ein bloßer Fetzen Papier, wird meine Unterschrift niemals tragen!

Die wirtschaftlichen Friedensbedingungen eine neue Einkreisungspolitik

Versailles, 29. Mai 1919

Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß, wie alles in der Welt, so auch die Wirtschaftsstruktur, nichts Beständiges ist, sondern daß auch hier stets eine mehr oder weniger schnelle Entwicklung aus alten Formen stattfindet. Daß diese Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen in der Kriegszeit besonders bei allen kriegführenden Ländern rasche Fortschritte gemacht hat, ist begreiflich. Alle Länder waren genötigt, sogenannte Kriegswirtschaft zu betreiben, und in allen Ländern sind durch diese Kriegswirtschaft Veränderungen in den Tatsachen und Begriffen eingetreten, von denen nicht erwartet werden kann, daß sie ohne dauernden Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur der ganzen Welt bleiben. Dazu treten, besonders in Deutschland, noch viele Ideen, die durch die politische Umwälzung auch auf wirtschaftlichem Gebiete Fuß fassen konnten. In allen Ländern spielt sich, und das ist bezeichnend, der gleiche Kampf ab, und zwar zwischen den sogenannten Theoretikern, die an manchen Errungenschaften der gebundenen Wirtschaft festhalten wollen, und den Anhängern des freien Handels, die das Heil aller Dinge in dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ sehen. Ich bin der letzte, der die schweren Folgen der Kriegswirtschaft nicht voll übersieht und der nicht ihre demoralisierenden Folgeerscheinungen erkennt und beseitigt zu sehen wünscht. Theoretisch haben ohne Frage diejenigen recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse in allen Ländern erwarten. Aber hatte die Welt denn in der Vorkriegszeit ein freies Spiel der Kräfte, für das diese Bezeichnung in vollem Umfange richtig ist? Lag nicht gerade darin, daß durch Zollschranken und wirtschaftliche Rivalitäten dem freien Spiel der Kräfte eine nationale Fessel angelegt wurde, einer der wesentlichsten Gründe für die Weltkatastrophe, deren Ende der Friede von Versailles sein soll? Können sich unsere Feinde wirklich wundern, wenn die neuen Ideen der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung gerade beson-

ders stark in Deutschland Wurzel gefaßt haben, wo Deutschland viel früher und in viel stärkerem Maße durch völkerrechtswidrige Blockade gezwungen war, jede freie individuelle wirtschaftliche Betätigung innerhalb seiner Landesgrenzen mehr und mehr zu unterbinden? Glauben Sie, daß das Friedensinstrument, das uns vorgelegt wurde, geeignet ist, gerade diejenigen Bestrebungen in Deutschland zu schwächen, die mit den Begriffen Sozialisierung und Gemeinwirtschaft den Versuch machen, einen neuen demokratischen Wall in die Wirtschaftsstruktur zu bringen, der die zusammengebrochene Wirtschaft Deutschlands durch die straffe Organisation einer nationalen Sparwirtschaft wieder leistungsfähig machen soll? Was ist denn die „Réparation Commission" anders als der Zwang, Deutschland gemeinwirtschaftlich zu organisieren? Fremden Kontrollkommissionen soll die Entscheidung darüber zustehen, ob und wieviel Rohstoffe Deutschland einführen kann. Wie ist es unter einem solchen System überhaupt möglich, an die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zu denken? Denn welchen Kredit würde, wenn die Friedensvorschläge der Entente sich realisieren lassen würden, der deutsche Kaufmann persönlich im Auslande haben? Durch einseitige Bestimmungen und unerhörte Härte soll gerade der deutsche Kaufmann im Auslande vollkommen vernichtet werden. Alles, was er in mühsamer vierzigjähriger Arbeit an Beziehungen und Besitz in der Welt geschaffen hat und was ihm ermöglichen würde, jetzt im freien Spiel der Kräfte für die Wiederinbetriebsetzung der deutschen Wirtschaft tätig zu sein, würde hier mit einem Federstrich durch die Aufrechterhaltung der Liquidation weggenommen werden. Und was noch schlimmer ist, er kann auch nicht daran denken, zu versuchen, neu aufzubauen, denn das Recht unserer Gegner, deutschen Vermögensbesitz zu liquidieren, soll ja auch für alle Zukunft aufrechterhalten werden. Was bleibt da dem deutschen Volke anderes übrig, als den Versuch zu machen, sich gemeinwirtschaftlich zu organisieren, d. h. also gerade denjenigen Weg zu beschreiten, den früher die Ententestaaten mit dem größten Mißtrauen und den größten Befürchtungen in bezug auf die Folgen für ihr eigenes Land betrachteten. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens soll in den wirtschaftlich denkenden Kreisen unserer Feinde mit dem nunmehr zusammengebrochenen preußischen Militarismus verglichen werden. Eine gewisse Wahrheit liegt in diesem Vergleich, denn ohne

Frage könnte eine Gefahr für den Frieden der Welt entstehen, wenn an Stelle eines nationalistischen Kapitalismus ein nationalistischer Sozialismus treten würde, wenn der Nationalismus sich als Waffe, als eine Armee eine bis auf das Letzte durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde.

Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Wenn Deutschland in der Vergangenheit infolge seiner ungünstigen geographischen Lage und unter dem Druck der Einkreisungspolitik sich militärisch organisierte und sich deswegen das kritiklose Mißtrauen seiner Nachbarn zuzog, so sollten diejenigen, die diese unerhört scharfen wirtschaftlichen Bedingungen gegen Deutschland ausgeheckt haben, sich wohl der Gefahr bewußt sein, daß auch diese neuartige Einkreisungspolitik ihre Folgen haben muß, und daß dieser neue Druck Gegendruck erzeugen muß. Dann würde allerdings die neue Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur, deren Ansatz wir hier in Deutschland erleben, sich nicht in friedlicher Evolution vollziehen, sondern sie würde fraglos eine Revolution der weltwirtschaftlichen Anschauungen bedeuten und Zustände herbeiführen, wie sie gerade die Kapitalisten in England und Amerika, die heute die Entwicklung in Deutschland mit Mißtrauen betrachten, zu vermeiden wünschen.

Gegenseitigkeit Voraussetzung eines Friedens der Gerechtigkeit

Versailles, 30. Mai 1919

Frage: Glauben Euer Exzellenz, daß die deutschen Gegenvorschläge zu wirklichen Verhandlungen über den Inhalt des Friedensvertrages führen werden?

Antwort: In solchen Dingen habe ich mir das Glauben abgewöhnt. Ich tue, was ich für richtig halte, und warte die Folgen ab. Als uns die Gegner ihre Bedingungen vorgelegt hatten, fing in der französischen Presse das Fragespiel an: signeront-ils — ne signeront-ils pas? Wir sollten uns hüten, es jetzt unserseits mit dem Fragespiel zu erwidern: Werden sie verhandeln — oder werden sie nicht verhandeln?

Frage: Die Gegenvorschläge scheinen mir dem deutschen Volk eine geradezu ungeheure wirtschaftliche Last aufzubürden; sollte das den Feinden nicht genügen?

Antwort: Ich weiß es nicht. Nach dem gestrigen Leitartikel des „Temps“ scheinen unsere Gegner anzunehmen, daß die deutschen Gegenvorschläge die Grenzen überschreiten, innerhalb deren sie uns eine Besprechung des Friedensinhalts gestatten wollen. Wenn der Artikel die Meinung der feindlichen Führer wiedergibt, sehe ich kaum eine Aussicht auf Verständigung. Es bleibt dann dabei, daß man uns nicht den Vorschlag zu einem Vertrage, sondern den Tenor eines Strafurteils vorgelegt hat. In diesem Fall wundere ich mich nur, daß die Gegner soviel Wert darauf legen, unsere Namen unter dem Dokument zu sehen; denn soviel ich weiß, hängt in keinem Lande der Welt die Rechtskraft eines Strafurteils davon ab, daß der Angeklagte es selbst unterzeichnet.

Frage: Halten Sie den Abstand zwischen den Forderungen der Gegner und dem Angebot Deutschlands für unüberbrückbar?

Antwort: An sich liegt ihm ein prinzipieller Gegensatz zugrunde, der nicht auszugleichen ist. Man kann über die materielle Leistungsfähigkeit eines geschlagenen und ausgehungerten Volkes verschie-

dener Meinung sein und sich doch darüber verständigen; aber es gibt keinen Ausgleich über die Frage, ob dieses Volk als Verbrecher Buße tun oder als Vertragspartei Verpflichtungen erfüllen soll. Hätte man dem deutschen Volk im Oktober 1918 statt des Vorvertrages über die Friedensgrundlagen ein Sündenbekenntnis zur Annahme vorgelegt, so würde es weitergekämpft haben. Jetzt kann es nicht mehr kämpfen, aber es kann immer noch sagen: Nein!

Frage: Halten Euer Exzellenz bei diesem Gegensatz der Auffassung jede Möglichkeit eines Ergebnisses Ihrer hiesigen Tätigkeit für ausgeschlossen?

Antwort: Ich halte an der Hoffnung fest, den Gegner davon zu überzeugen, daß die Herren Wilson, Lloyd George und Clémenceau vor der Weltgeschichte nicht verpflichtet sind, die Rollen der drei Richter der Unterwelt, des Minos, Aiakos und Rhadamanthys, zu spielen, Wenn ich mich in ihre Lage hineindenke, so würde mir bei meiner Gottähnlichkeit bange sein. Mit dem Augenblick, wo der moralische Aufputz der Strafjustiz aus dem Friedensdokument entfernt wird, ist es in einem gewissen Umfange für Deutschland erträglich. Daß wir als Besiegte Opfer bringen müssen an Macht und Gut, sehen wir ein; als Verbrecher unsere Versetzung in die zweite Klasse des Nationenstandes zu unterschreiben, lehnen wir ab.

Frage: Mit der Änderung, die Sie verlangen, fällt aber doch der ganze Aufbau des Friedensentwurfes zusammen?

Antwort: Das möchte ich nicht schlechthin behaupten. In dem Entwurf steckt eine erstaunliche Summe solider Gedankenarbeit, die nutzbar verwendet werden könnte, wenn man die Bestimmungen, die jetzt in schroffster Einseitigkeit nur zugunsten unserer Gegner formuliert sind, unter dem Gesichtspunkt umredigiert, der allein einem Frieden der Gerechtigkeit entspricht: dem der Gegenseitigkeit. Eine solche Arbeit würde allerdings noch viele Steine des Anstoßes stehen lassen, die auf andere Weise aus dem Wege geräumt werden müßten. Aber die erste Voraussetzung eines Verständigungsfriedens wäre dann erfüllt.

Mündliche Verhandlungen
Vorbedingung einer Verständigung

Versailles, 2. Juni 1919

Frage: In bestimmten Kreisen Deutschlands ist nach Kenntnisnahme der Denkschrift die Besorgnis aufgetaucht, die Versailler Delegation könne durch Konzessionen der Gegner in diesem oder jenem Punkt sich zum Verzicht auf andere wichtige Forderungen bewegen lassen. So befürchten die Danziger, daß die deutschen Delegierten sich bereit finden würden, den Frieden zu unterzeichnen auf Kosten ihrer Vaterstadt, wenn wenigstens in bezug auf Oberschlesien, die Kolonien oder die Handelsflotte ein Entgegenkommen auf der Gegenseite erreicht würde. Wie ist die Stellung Eurer Exzellenz in dieser Frage?

Antwort: Sie können versichert sein, daß ich alle Interessen gleichmäßig vertreten werde. Die großen finanziellen Opfer können von Deutschland nur unter der Voraussetzung gebracht werden und sind auch nur unter der Voraussetzung angeboten worden, daß man auf der Gegenseite die deutschen Vorschläge gewissermaßen als ein zusammenhängendes Ganzes auffaßt, von dem nicht wichtige Teile losgerissen werden können, ohne den ganzen Bau in die Gefahr des Zusammensturzes zu bringen. Unsere Gegenvorschläge sind auch nicht als „Bedingungen" aufzufassen. Wir haben nicht die Wahl des Siegers, diese oder jene Leistung je nach Wunsch anbieten zu können, sondern die Denkschrift stellt die äußerste Grenze dar, bis zu der wir nach unserer ehrlichen Überzeugung gehen könnten, ohne Versprechungen ins Blaue hinein zu machen, die dann doch nicht zu halten wären.

Mir ist daher der Vorwurf nicht verständlich, der in letzter Zeit hier und da in der gegnerischen Presse aufgetaucht ist, daß wir in unseren Gegenvorschlägen mit der Arroganz von Nichtbesiegten aufgetreten wären. Die Delegierten haben sich von den besten und ernsthaftesten Kennern deutscher Leistungsfähigkeit beraten lassen. So ist z. B. das finanzielle Anerbieten zustandegekommen, das auf Jahr-

zehnte hinaus ein Höchstmaß deutscher Arbeit in den Dienst unserer Vertragsgegner stellt. Jeder Unbefangene muß hierin, wenn er nicht von Haß verblendet ist, den aufrichtig guten Willen Deutschlands sehen, im Interesse einer friedlichen Lösung den Gegnern bis zur äußersten Möglichkeit entgegenzukommen. Mehr anzubieten, wäre unehrlich gewesen.

Wir wollen dauernden Frieden und Erholung für die Menschheit nach entsetzlichen Leiden. Aber gerade deshalb können und dürfen wir nicht weitergehen, als nach unserer besten Überzeugung dieses für alle so notwendige Ziel nicht gefährdet wird.

Zwischenbemerkung: Im Lager der Entente und besonders in Frankreich ist man trotz unserer Bereitwilligkeit zur Abrüstung noch immer von Mißtrauen beseelt.

Antwort: Ich glaube, daß, wenn wir in mündliche Verhandlungen eintreten könnten, sich eine Verständigung viel rascher erzielen ließe und viele Mißverhältnisse aufgeklärt werden könnten. Es ist nicht einzusehen, warum uns eine mündliche Aussprache verweigert werden soll. Wir wünschen sie nicht etwa in der Hoffnung, die Gegner dadurch übertölpeln zu können. Abgesehen davon, daß es mir im Innersten widerstrebt, schätze ich ihre Urteilskraft zu hoch ein, um mir irgendeinen Erfolg von solchem Versuche zu versprechen. Was ich erstrebe, ist im Gegenteil eine bessere Gelegenheit, von Deutschlands Ehrlichkeit zu überzeugen, als sie der Wechsel von Noten bietet, und dazu beizutragen, Grundlagen für ein Zusammenarbeiten der Völker herzustellen, das in der neuen Welt friedlichen Geistes unbedingt erreicht werden muß.

Europäische Arbeitsgemeinschaft
Ein politisches Friedensprogramm

Versailles, 4. Juni 1919

Frage: Euere Exzellenz haben in wiederholten öffentlichen Kundgebungen während Ihres Versailler Aufenthalts und vorher auf bestimmte Grenzen hingewiesen, die Ihrer Bereitwilligkeit, auf die gegnerischen Friedensbedingungen einzugehen, gezogen seien. Bisher haben sich diese Einschränkungen meist nur auf bestimmte Einzelfragen bezogen oder auf einen nur negativ definierten Gesamtcharakter des Friedens. Bisher haben Euere Exzellenz nur erklärt, welchen Frieden Sie n i c h t annehmen können.

Antwort: Die scheinbar negierende Haltung, die ich in Versailles einnehmen mußte, entspricht nicht meinen eigenen Wünschen, sondern ist mir durch die Verhandlungsvorschriften unserer Gegner aufgezwungen. Es handelt sich hier zu meinem Bedauern nicht um den Austausch von Gedanken über den Frieden und die darauf zu gründende neue Weltordnung, sondern nur um die Kenntnisnahme eines von der Gegenseite fertiggestellten Plans, zu dem wir nur in enggezogenen Grenzen Stellung nehmen durften. Deshalb ist es auch unrichtig, wenn man in der gegnerischen Presse unsere Denkschrift, womit wir den Entwurf der Alliierten beantworteten, mit dem Ausdruck „Gegenbedingungen" bezeichnet. Die Denkschrift ist nur eine Reihe von Bemerkungen, die die deutsche Delegation bzw. die deutsche Regierung in aller Eile zu dem Vertragsentwurf der Alliierten machen konnte. Sie kann um so weniger ein geschlossenes politisches Weltbild wiedergeben, als sie auf fremden Gedankengängen aufgebaut ist. Sie ist deshalb trotz unserer ernsthaften Versuche, fruchtbare Gedanken hineinzuverarbeiten, in ihrem Gesamtcharakter doch mehr kritisch als geistig schöpferisch. Ich bedauere das um so tiefer, als die ungeheuren Probleme, die die Kulturwelt nach dem Unheil dieses Krieges und an dem großen entwicklungsgeschichtlichen Wendepunkt, der durch den Krieg markiert wird, zu lösen haben wird, die Anspannung aller geistigen Kräfte erfordern würden.

Wenn das deutsche Volk und seine Führer in dieser Stunde zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein sollen, so verlieren sie dadurch nicht nur die ersehnte Gelegenheit, durch eine geistige Tat das Mißtrauen und die Vorurteile einer Welt zu entwaffnen, sondern sie sehen sich auch in der Erfüllung ihrer vornehmsten nationalen Pflicht gehindert. Diese Pflicht ist die Mitarbeit an der Aufwärtsentwicklung der Menschheit.

Aber ich weiß, daß die Deutschen trotz aller Erschwerungen die Wege finden werden, dieser Pflicht zur geistigen Mitarbeit dennoch zu genügen. Und es liegt mir daran, wenigstens in knappen Umrissen zu zeigen, welches politische Weltbild uns vorschwebt, und aus welchem Geiste heraus die Vorschläge entstanden wären, die wir machen würden, wenn uns die Gelegenheit zuteil würde. Ich will vorausschicken, daß unser Bestreben, eine eigene Initiative bei der Festsetzung der Friedensbedingungen entwickeln zu dürfen, keineswegs den Versuch bedeutet, unsere Stellung als Besiegte in Zweifel zu ziehen oder Lasten von uns abzubürden, die zu tragen wir von vornherein nicht nur zugesagt haben, sondern auch für unsere moralische Pflicht gegenüber Europa halten. Wenn wir uns andauernd dagegen verwahren, eine Buße für verübtes Unrecht auf uns zu nehmen, so soll dadurch der materielle Inhalt unserer Verpflichtungen keineswegs verringert werden.

Frage: Wie ist Euerer Exzellenz persönliche Stellung zur Schuldfrage?

Antwort: Ich stimme mit den Alliierten vollkommen darin überein, daß die Frage nach den mittelbaren und unmittelbaren Ursachen dieses furchtbarsten aller Kriege endgültig aufgeklärt werden muß. Ein solcher Akt der Selbstbesinnung ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß die Grundlagen der künftigen Politik und der internationalen Beziehungen wirklich erneuert werden. Ich kann mich aber nicht damit einverstanden erklären, daß die Untersuchung von einer der bisher in den Krieg verwickelten Parteien einseitig und gegen die andere geführt wird, und daß diese eine Partei auf Grund geheimer Feststellungen bereits das Urteil gegen die andere Partei fällt, ehe noch die öffentliche Verhandlung begonnen hat. Wenn die Untersuchung der Schuldfrage eine Einkehr und Abkehr der Welt gegenüber ihren bisherigen politischen Maximen sein soll, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten, diesen Zweck zu erreichen: Ent-

weder alle Kriegführenden unterwerfen das letzte Stück ihrer politischen Geschichte rückhaltlos einem einheitlichen und unparteiischen Urteilsspruch, oder jedes einzelne Volk sitzt zu Gericht über diejenigen, die bis zum Ausbruch der Katastrophe seine Führer gewesen sind. Der erste Weg ist von uns seit Monaten immer wieder gefordert worden, aber unsere Gegner haben ihn abgelehnt. Deutschland kann sich nach meiner Überzeugung nicht mit dem bloßen Protest gegen diese Ablehnung begnügen. Es ist vielmehr vor sich selbst dazu verpflichtet, nunmehr den zweiten Weg einzuschlagen. Denn das deutsche Volk, das durch eine gewaltige Revolution den Bruch mit einer unheilvollen politischen Überlieferung praktisch vollzogen hat, muß diese Revolution nunmehr auch geistig vollenden, indem es selbst die Vergangenheit klarstellt, der es nun endgültig den Rücken gekehrt hat. Die Maßnahmen zu diesem Volksgericht werden seit längerer Zeit vorbereitet. Ich hoffe, daß Staatenausschuß und Nationalversammlung binnen kürzester Zeit die Vorlage über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes erledigen werden, und daß vor diesem Tribunal alle früheren Träger der politischen und militärischen Gewalt in Deutschland erscheinen werden, gegen die ein Grund zur Anklage vorliegt. Das amtliche Aktenmaterial, das die Basis dieses gerichtlichen Verfahrens bilden soll, wird ebenfalls seit längerer Zeit in den zuständigen Ämtern zusammengestellt. Heute darüber zu sprechen, welchen Teil der Schuld das frühere Deutschland mittelbar oder unmittelbar an dem Ausbruch des Krieges trägt, hieße den Ergebnissen eines geordneten Gerichtsverfahrens vorgreifen. Aber dieses noch unsichere Resultat kann auf die Friedensbedingungen einen Einfluß ausüben, wenn erst feststeht, daß das deutsche Volk und seine Führer unzweideutig den Entschluß kundgeben, aus eigenem Antrieb und als Akt seiner geistigen und sittlichen Revolution solche Verfehlungen aufzuhellen und Rechenschaft dafür zu fordern. Wenn wir auch keinen praktischen Einfluß auf die anderen bisher kriegführenden Staaten ausüben können, so können wir doch den Wunsch nicht unterdrücken, daß auch sie vor aller Öffentlichkeit unserem Beispiel folgen und einen ähnlichen Reinigungsakt gegenüber ihrer Vergangenheit vornehmen. Wir wünschen dies in der Hoffnung, auf diesem Wege die seelisch befreiten Völker einander näher zu bringen und wenigstens die ersten Schritte zu jener

Versöhnung zu tun, die das wichtigste Erfordernis ist, wenn das Selbstgefühl der einzelnen Nation nicht mehr gleichbedeutend sein soll mit feindseligen und mißtrauischen Gefühlen gegen die anderen Völker.

Diese Sinnesrichtung des deutschen Volkes und ihre bevorstehende praktische Äußerung scheint mir die beste Garantie für die Sicherheit unserer Nachbarn zu sein. Wir haben schon durch die Bereitwilligkeit weitgehender Abrüstung dieser Gesinnung Ausdruck verliehen. Sie bürgt aber auch weit besser als alle Kontrollmaßnahmen und Besatzungen dafür, daß Deutschland die Verpflichtungen einhalten wird, die es nicht als überführter Verbrecher, sondern als bewußtes Mitglied der europäischen Völkerfamilie zu übernehmen bereit ist, um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau dieses Erdteils zu fördern, mit dessen künftigem Wohl und Wehe seine eigenen Schicksale untrennbar verknüpft sind. Die Anerkennung der hier gekennzeichneten moralischen Voraussetzungen und die darauf beruhende Gleichheit der Rechte und Pflichten als Grundlage der künftigen gemeinsamen Arbeit würde Deutschland erst zu den höchsten Leistungen befähigen. Das europäische Festland mit seiner dichten Bevölkerung auf verhältnismäßig kleiner Fläche und mit seiner im Vergleich zu den Bedürfnissen qualitativ und quantitativ beschränkten Rohstoffproduktion hat nur eine Stärke, die die natürliche Überlegenheit der großen Überseemächte zu balancieren vermag, nämlich die *Arbeitskraft seiner Bevölkerungen*. Wenn das neue Europa nicht verarmen und nicht zum Almosenempfänger reicherer Erdteile herabsinken soll, so muß die intensivste Produktion die Grundlage seiner künftigen Wirtschaftsform sein.

Die Produktion kann aber nach Menge und Wert nur durch Organisation der Arbeit gesteigert werden. Und diese Organisation ist um so aussichtsvoller, je größer der Kreis der verschiedenartigen nationalen Individualitäten ist, die durch Teilung der Arbeit und Ergänzung der Leistungen zusammengefaßt werden sollen. Es ist klar, daß eine solche *europäische Arbeitsorganisation*, deren erste Aufgabe selbstverständlich die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der geschädigten Teile Europas sein müßte, die Souveränität der einzelnen Staaten im bisherigen Sinne nicht unberührt lassen würde. In dem Augenblick, wo die wirtschaftliche Entwicklung den Rahmen der Staatsgebiete sprengt, müssen die Staaten in

wirtschaftlicher Hinsicht einen Teil ihrer bisherigen Souveränität an eine neue, höhere Instanz abtreten, deren Wirkungskreis das organisch entwickelte neue Wirtschaftsgebiet ist, im vorliegenden Falle also Europa. Ich würde es als eine große Tat begrüßen, wenn die in dem gegnerischen Vertragsentwurf vorgesehene Wiedergutmachungskommission eine Verfassung und einen Wirkungskreis erhielte, wodurch sie zum Träger des hier angedeuteten europäischen Wirtschaftsgedankens würde. Dazu würde es freilich nötig sein, daß die Zusammensetzung und Tätigkeit dieser Kommission nicht einen Gegensatz zwischen Deutschland einerseits und dem übrigen Europa anderseits konstruiere, sondern daß gerade durch sie der europäische Einheitsgedanke zum Ausdruck käme. Die Differenzierung der einzelnen Staaten entsprechend dem Grad ihrer Leistungsfähigkeit soll nicht durch die Abstufung ihrer Rechte, sondern durch die verschiedene Verteilung ihrer Lasten und Pflichten versinnbildlicht werden.

Die Zugrundelegung des gesamteuropäischen Gedankens würde auch einen besseren Maßstab für die Pflichten abgeben, die den Staaten, besonders Deutschland, im Interesse der Gesamtheit auferlegt werden müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß den Leistungen der einzelnen Mitglieder einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weder zeitliche, noch absolut zahlenmäßige Grenzen gezogen werden können. Wenn eine solche Gemeinschaft erst vorhanden ist, dann werden die Pflichten ihrer Mitglieder nur durch ihre Leistungsfähigkeit beschränkt. Die Vorschläge, die in unserer Denkschrift für die Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas gemacht wurden, konnten aber noch gar nicht auf das Niveau des gesamteuropäischen Gedankens gebracht werden, weil ihre Voraussetzung, nämlich der Vertragsentwurf der Alliierten, diesen Gedanken völlig unberücksichtigt ließ. Solange Deutschland dazu verurteilt bleibt, in den engen und drückenden Grenzen der Einzelwirtschaft der ganzen Welt gegenüberzustehen, kann es nur eine ziffernmäßig begrenzte Verpflichtung auf sich nehmen. Solange ferner die Lasten, die Deutschland zugemutet werden, den Charakter einer einseitigen Verpflichtung, wenn nicht gar einer Sühne an sich tragen, müssen sie zeitlich begrenzt sein, wenn sie nicht dauernde Knechtschaft und Tributpflicht bedeuten sollen. Deutschland würde es aber vorziehen, seine wirtschaftliche Kraft schrankenlos

in einer europäischen Gemeinwirtschaft aufgehen zu sehen, wenn es die Gewißheit hätte, selbst in dieser Gemeinschaft leben und gedeihen zu dürfen.

Durch die Stellung Deutschlands innerhalb des europäischen Wirtschaftssystems ist auch die Haltung seiner Regierung in den Gebietsfragen bedingt. Ich betrachte den Staat als ein lebendiges Wesen, und damit ist schon gesagt, daß er eine natürliche Grundlage besitzen, daß er letzten Endes also Nationalstaat sein muß. Jeder Staat besitzt demnach vorerst den rechtlichen Anspruch auf die geschlossen von Volksgenossen besiedelten Gebiete. Das Schicksal gemischtsprachiger Landesteile kann nur durch den Willen der Mehrheit, also durch Volksabstimmung, entschieden werden. Durch diese Forderungen ist der Staat als politische und kulturelle Einheit umrissen. Sie können ohne Reibungen zwischen den benachbarten Nationen erfüllt werden, wenn man aufhört, die Staaten auch als Wirtschaftseinheit zu betrachten. Verlieren die Grenzpfähle ihre bisherige Bedeutung für das Wirtschaftsleben, dann erübrigt es sich für alle Teile, Gebietsansprüche zu stellen, die zum nationalen Selbstbestimmungsrecht in Widerspruch stehen. Dann fällt auch der wichtigste Grund für jene Konflikte fort, die bisher das einträchtige Zusammenleben und Zusammenarbeiten der europäischen Völker verhindert haben und, wie ich nach dem bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen fürchten muß, auch weiter gefährden werden. Deutschland würde es vorziehen, keinen Teil der Schuld an solchen künftigen Zwistigkeiten und nationalen Ungerechtigkeiten auf sich zu nehmen. Es würde bereit sein, seine Grenzen dort, wo sie nicht durch die Art der Siedlung von selbst gezogen sind, auf Grund von Volksabstimmungen festsetzen zu lassen. Aber es würde seine Lebensfähigkeit ebenso wie seine Leistungsfähigkeit preisgeben müssen, wenn es gezwungen würde, als ein isoliertes Wirtschaftsgebiet Gebiete zu verlieren, die für die erzwungene Aufrechterhaltung einer deutschen Sonderwirtschaft nicht entbehrt werden können. Die Vorbehalte, die in dieser Hinsicht in unserer Denkschrift gemacht worden sind, kommen daher, daß der uns vorgelegte Friedensvertrag uns über die ihm zugrunde liegenden Prinzipien zumindest im unklaren gelassen hat. Er scheint die europäischen Staaten als wirtschaftliche Sondergebiete zu betrachten, wenn er ausgesprochen deutsches Land (Westpreußen,

Danzig und anscheinend auch das Saargebiet) zur wirtschaftlichen Abrundung von Nachbarstaaten fordert. Er befolgt aber auch zu unseren Ungunsten ein Nationalitätenprinzip, das bei europäischer Gemeinwirtschaft durchführbar wäre, indem er Gebiete wie Oberschlesien auf Grund ihrer ethnischen Beschaffenheit aus dem deutschen Wirtschaftskörper losreißt.

Alle diese Schwierigkeiten und Reibungen würden sofort verschwinden, wenn die Friedensverhandlungen dem Zweck dienstbar gemacht würden, Europa auf Grund einer gerechten und möglichst reinen nationalen Scheidung und einer organisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufzubauen. Daß dieser europäische Gedanke keine Spitze gegen die übrigen Weltmächte in sich birgt, geht schon daraus hervor, daß wir alle auf dem Festland die Hilfe gerade der wirtschaftlich stärksten Überseemächte beanspruchen müssen. Aber wenn Arbeitskraft das wichtigste und fast einzige Kapital der europäischen Festlandsvölker ist, so können sie nur durch organisierte Arbeit dieses Kapital so hoch verzinsen, daß sie die Gegenwerte für die zu erwartenden Leistungen schaffen und auf diese Weise zu verhandlungsfähigen und zahlungskräftigen Partnern werden. Es ist durchaus zu verstehen, daß unsere künftigen Gläubiger uns nicht völlig unbeaufsichtigt lassen werden. Die Beziehungen zwischen Europa und den überseeischen Mächten bedürfen genau so der Regelung wie die innereuropäischen Beziehungen. Den Rahmen für diese Organisation sehe ich im Völkerbund. Und darum scheint es mir logisch zu sein, daß Deutschland gleichzeitig mit seinem praktischen Eintritt in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft auch die Mitgliedschaft des Völkerbundes erwirbt. Im Rahmen dieser beiden Gemeinschaften würde Deutschland auch am leichtesten den Platz finden, von dem aus es seiner Pflicht zur Kolonisation Genüge zu leisten vermöchte. Es ist Pflicht eines jeden Kulturvolkes, an der Erziehung minderentwickelter Völker zu den Lebensformen und Arbeitsmethoden höherer zivilisatorischer Entwicklungsstufen mitzuarbeiten. Und es ist eine ebenso hohe Pflicht, an der Hebung unerschlossener Naturschätze mitzuwirken, an deren Verarbeitung das materielle und schließlich dadurch auch das geistige Wohl der Kulturwelt hängt. Die Vorschläge, die wir in dieser Hinsicht bereits gemacht haben, zeigen, daß Deutschland auch in

dieser Hinsicht jede kapitalistische Eigensucht und jeder sonderwirtschaftliche Egoismus fernliegt.

Das sind die Gedankengänge, die wir zum Ausdruck bringen würden, wenn es uns ermöglicht wäre, auf Grund einer eigenen geistigen Initiative und nicht nur in ängstlicher Anlehnung an das fertig Gebotene bei der Lösung der großen Zeitprobleme mitzuwirken. Ich gestehe Ihnen, daß ich keinen anderen Weg zur Überwindung der allgemeinen Krise und zur Wiederkehr fruchtbarer Entwicklungsmöglichkeiten sehe. Ich bin mir auch darüber klar, daß der Vorfrieden, der uns zur Zeit beschäftigt, selbst bei regster Mitwirkung der deutschen Vertreter diese Gedankengänge nicht in ihrer Vollständigkeit zum Ausdruck bringen kann. Wohl aber werden sie mir und der deutschen Regierung bei der Prüfung des endgültigen Bescheides vorschweben müssen, den wir in den nächsten Tagen von seiten unserer Gegner zu erwarten haben.

Wesentliche Änderungen der feindlichen Bedingungen Voraussetzung für Unterzeichnung

Versailles, 6. Juni 1919

Frage: Wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen?

Antwort: Ich weiß von dem Stande der Verhandlungen nicht mehr als Sie und die übrige Welt, die deutsche Zeitungen liest. Herr Clémenceau hat uns am 7. Mai eröffnet, daß nur schriftlich verhandelt wird, und alles, was hin- und hergeschrieben worden ist, haben wir veröffentlicht. Leider liest nicht die ganze Welt deutsche Zeitungen, und da unsere Gegner den Kampf gegen die Geheimdiplomatie, den sie auf ihre Fahnen geschrieben haben, in der Weise führen, daß sie an ihren eigenen literarischen Erzeugnissen strenge Zensur üben, so hat der größte Teil der bewohnten Erde nur ein undeutliches Bild vom Gange der Verhandlungen.

Frage: Es werden doch wohl irgendwelche mündliche Besprechungen neben den offiziellen einhergehen?

Antwort: Mündliche Besprechungen finden nicht statt, keine öffentlichen, aber auch keine geheimen. Das Gitter, hinter dem man uns verwahrt hat, ist nicht nur eine Höflichkeit, sondern ein Symbol. Ich könnte fast glauben, daß man sich vor der Macht meiner Beredsamkeit fürchtet. Wir müssen also abwarten, wann es den Gegnern gefällt, uns ihre schriftliche Antwort zukommen zu lassen. Nach den heutigen Pariser Zeitungen wird das in den ersten Tagen der Pfingstwoche geschehen. Die Zeitungen sagen gleichzeitig, daß in der Antwort keine Änderung der feindlichen Friedensbedingungen zugelassen wäre. Ich hoffe im Gegenteil, daß man die Berechtigung unserer Gegenvorschläge anerkennen wird.

Frage: Sehen Euere Exzellenz also die Lage optimistisch an?

Antwort: Wenigstens bin ich kein Pessimist. Wäre ich das, so hätte ich weder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reichs, noch die Führung der Deutschen Friedensdelegation übernommen. Ich glaube, daß die innere Vernunft und die innere Gerechtigkeit des Laufs der Dinge in der Linie unserer Vorschläge liegen, und darf daher hoffen, daß unsere Gegner das anerkennen

und auf sie eingehen werden. *Gleichzeitig bin ich allerdings darauf vorbereitet, daß meine Hoffnung sich nicht erfüllt.*

Frage: Und was wird geschehen, wenn die Antwort ablehnend ausfallen sollte?

Antwort: Ich kann nur wiederholen, was ich von Anfang an erklärt habe: einen Friedensvertrag, wie er uns am 7. Mai überreicht worden ist, werde ich nicht unterzeichnen. Wenn also die Antwort der Entente nicht wesentliche Änderungen im Sinne unserer Gegenvorschläge enthält, wird der Friede nicht zustande kommen. Kleine Zugeständnisse in Nebenfragen oder in formeller Beziehung betrachte ich nicht als wesentliche Änderungen.

Frage: Die Pariser Presse berichtet, daß Euere Exzellenz mit den Mitgliedern der Berliner Regierung, die sich zu stark für die Nichtunterzeichnung des Friedens eingesetzt hätten, vielleicht zurücktreten, Deuschland aber den Frieden doch unterzeichnen werde.

Antwort: Die Pariser Presse ist unrichtig informiert und führt das Publikum irre. Darüber, daß ein Friede, der die moralische und wirtschaftliche Vernichtung bedeutet, nicht unterzeichnet werden kann, waren die Deutsche Delegation in Versailles und die Regierung in Berlin stets einig. Sie sind in dieser Überzeugung auch heute nicht wankend geworden. Gewiß, wir wollen ehrlich den Frieden für unser Volk und für die ganze Welt. Wir haben in unseren Gegenvorschlägen gezeigt, daß wir bereit sind, für den Frieden Opfer zu bringen, bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und bis an die Grenzen unserer nationalen Selbstachtung. Über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit läßt sich verhandeln. Sie beruht auf Schätzung. Die Grenze unserer nationalen Selbstachtung ist da gegeben, wo man uns zumutet, eine deutsche Bevölkerung und ihr Land preiszugeben wegen materieller Vorteile unserer Gegner. *Wir unterzeichnen weder unser Todesurteil noch die Aberkennung unserer Ehrenrechte.* Darin sind wir alle einig, die Delegation in Versailles und die Regierung in Berlin. Niemand will zurücktreten. Was geschehen wird, wenn die Gegner kein Verständnis für unsere Haltung zeigen, vermag ich Ihnen nicht zu sagen; aber eines kann ich als sicher bezeichnen: der Entschluß Deutschlands wird von der Delegation und der Regierung einhellig gefaßt werden, und das deutsche Volk wird hinter ihm stehen.

Deutschland, Dänemark und Nordschleswig

Berlin, 11. März 1920

Frage: Haben Sie, Exzellenz, die Wendung bemerkt, die in der Haltung Dänemarks zur nordschleswigschen Frage im Laufe des letzten Jahres eingetreten ist?

Antwort: Gewiß! Man wird nicht vergessen dürfen, daß der dänische Gesandte in Paris nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen von Versailles an seine Regierung einen Bericht sandte, in dem er seiner „peinlichen Überraschung" über die Grenzziehung für die Abstimmungsgebiete Ausdruck gab. Es war die Schaffung der dritten Zone, die den Gesandten beunruhigte. Dieser flagrante Bruch der auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte mit den Alliierten vereinbarten Vorfriedensbedingungen, der rein deutsches Land einer Abstimmung zugunsten Dänemarks unterwarf, ist zwar in dem endgültigen Friedensvertrag berichtigt worden, bestehen geblieben sind aber die Ungerechtigkeiten in der Art der Abstimmung wie in der Auswahl der Abstimmungsberechtigten in der ersten und zweiten Zone. Immerhin lagen noch im vorigen Jahr Anzeichen dafür vor, daß die maßgebenden Kreise in Dänemark sich der Gefahren bewußt waren, die aus einer skrupellosen Ausnutzung der Notlage Deutschlands erwachsen müssen. Inzwischen aber ist die chauvinistische Welle in Dänemark immer höher gestiegen. Dänemark steht vor der Gefahr, Augenblickspolitik zu treiben!

Frage: Bietet nicht die Zusammensetzung der jetzigen Regierung die Gewähr, daß die Grenze vernünftiger und weitblickender Politik eingehalten wird?

Antwort: Die Sozialdemokraten sind eine Hauptstütze des Kabinetts. Aber der internationale Gedanke, der diese Partei leitet und der ja nach dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zugrunde liegt, kann sich in Dänemark nur schwer durchsetzen, wenn es um „Südjütland" geht. Der deutsche Staatskommissar für Nordschleswig, der Sozialdemokrat Dr. Köster, hat im vorigen Sommer einen ausgezeichneten offenen Brief an seine Parteigenossen in Dänemark gerichtet; die Aufnahme, die dieses Schreiben gefunden hat, ist bekannt.

Während des Krieges wurden die dänischen Sozialisten von der Entente verdächtigt, die Geschäfte Deutschlands zu besorgen. Der Vorwurf war bewußt ungerechtfertigt. Die dänische Sozialdemokratie hat, als die ganze Welt in Flammen stand, mutig ihren Standpunkt gewahrt und für die Versöhnung der Völker gearbeitet. Mögen sie sich nicht in ihrer Haltung beirren lassen, jetzt, wo zwar der Weltkrieg beendet ist, aber Entscheidungen auf dem Spiel stehen, von denen die Versöhnung der Völker abhängt.

Frage: Das Deutsche Reich und der Preußische Staat stellen sich in ihren Verfassungen bewußt auf den Standpunkt des stärksten Kulturschutzes der nationalen Minoritäten. Kann man nicht annehmen, daß diese Erkenntnis in Dänemark gerade den nichtchauvinistischen Elementen in den Linksparteien die Kraft geben wird, für einen Zustand zu kämpfen, der Nordschleswig zu einer Kulturbrücke von Deutschland nach dem Norden hin macht?

Antwort: Man kann es hoffen. Ich habe diesen Gedanken bereits in meiner Programmrede vor der Nationalversammlung in Weimar berührt und auch damals schon auf die schweren Gefahren hingewiesen, die eine deutsche Irredenta an der Südgrenze Dänemarks schaffen würde. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß in Dänemark die Zahl derer, die im Augenblick einen sichtbaren Erfolg erzielen wollen — ungeachtet der Möglichkeiten, die für die Zukunft dadurch verloren gehen —, sehr gering ist. Man ist in Dänemark offenbar zu wenig klar über die elementare Tatsache, daß die Deutschen und die Dänen nun einmal Nachbarn sind und bleiben werden. Nachbarn stehen sich bekanntlich oft recht schlecht. Manche meinen sogar, das sei der Normalzustand. Aber in unserm Falle ist das eine sicher: wenn Deutschland und Dänemark sich auf die Dauer gut stehen, so bringt es beiden Teilen den größten Nutzen.

Frage: Sie glauben also, Exzellenz, daß die gegenwärtige politische Lage ein Übergangsstadium darstellt?

Antwort: Allerdings, das ist meine Überzeugung. Und gerade weil ich dauernd gute Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark wünsche, erfüllt mich das, was sich jetzt in Nordschleswig vollzieht, mit großer Sorge. Ich bin in guten und bösen Tagen für ein vertrauensvolles Verhältnis der beiden Nachbarländer eingetreten. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß ich selbstlos und entschlossen ein hohes Ziel verfolgte, so haben ihn die Intrigen-

angriffe geliefert, denen ich bis heute ausgesetzt bin. Ich habe niemals gedroht, auch nicht, solange noch die Macht hinter mir stand; drohen ist mir stets als Zeichen der Unsicherheit erschienen. Auch heute drohe ich nicht, aber ich *warne*, und ich hoffe, daß dieser Warnruf noch in der zwölften Stunde in Dänemark gehört wird.

Regierungsantritt des Präsidenten Harding. Die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten nach Wiederherstellung des formellen Friedens

Berlin, März 1921

Ich glaube in der Politik an keine Wunder. Aber ich glaube an Recht und Vernunft. Ich bin daher auch überzeugt, daß, wenn zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten der Friede formell wiederhergestellt ist, die Atmosphäre des Hasses und der Verhetzung, die von den Gegnern Deutschlands künstlich genährt ist, bald der Erkenntnis weichen wird, daß beide Nationen in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Menschheit zu gemeinsamer Arbeit aufeinander angewiesen sind.

Kein vernünftiger Mensch in Deutschland erwartet, daß der neue Präsident eine andere Politik, als eine ausschließlich den Interessen der Vereinigten Staaten dienende machen wird. Aber die Interessen Amerikas umspannen den gesamten Erdkreis. Die Vereinigten Staaten haben eine Weltmission; sie sind berufen, nachdem sie den Krieg entschieden haben, der Welt den Frieden wiederzugeben.

Der gegenwärtige Zustand bedeutet nicht den Frieden. Europa und die Welt werden nicht zur Ruhe kommen, wenn man versucht, ein Volk von 60 Millionen zu vergewaltigen, und es wagt, die geheiligten Stätten tausendjähriger Kultur von Negern und Farbigen besudeln zu lassen. Das deutsche Volk ist bereit, die schweren Lasten des verlorenen Krieges auf sich zu nehmen und loyal zu erfüllen, was in seinen Kräften steht; es bettelt nicht um Mitleid, aber es verlangt, daß Recht und Vernunft zur Geltung kommen.

Mr. Harding hat zwar keine 14 Punkte in die Welt gesetzt wie Mr. Wilson. Wir wissen daher nicht, was er will, aber wir hegen zu ihm das Vertrauen, daß er halten wird, was er verspricht. Recht und Vernunft bedeuten ein Programm, würdig des Führers der mächtigsten Nation, und ich bin sicher, daß die Verwirklichung dieser zwei Punkte der Menschheit größeren Segen bringen wird, als vierzehn Punkte, die nicht durchgeführt wurden.

Erinnerungen und Gedanken an Versailles

Annettenhöh, den 1. Januar 1922

Wenn ich es unternehme, hier einige Erinnerungen an Versailles zu skizzieren, so habe ich nicht die Absicht, persönliche Eindrücke zu schildern oder „Stimmungsbilder" zu zeichnen. Der 7. Mai 1919 liegt weit hinter uns, und was der einzelne damals durchgemacht hat, ist heute für die Öffentlichkeit ohne Interesse.

Daß die strahlende Frühlingssonne, die den Saal des Trianon-Palace-Hotels durchglühte, die deutschen Friedensdelegierten nur um so härter den eisigen Empfang fühlen ließ, kümmert sicher niemanden. Ein düsterer Wintertag hätte zu unserer Stimmung ungleich besser gepaßt als Maiensonne, Amsellied und Fliederduft, — doch von Stimmungen soll hier nicht die Rede sein.

Aber die Erinnerung an jene Sitzung weckt Gedanken, die auch heute noch nicht überholt sind. Ich will hier nicht auf die Formen eingehen, unter denen sich die Zeremonie vollzog. Daß über ihr die Atmosphäre des Gerichtssaales lag, hat die französische Presse triumphierend festgestellt, und daß das ganze Schauspiel darauf berechnet war, uns auch nach außen die letzte Demütigung nicht zu ersparen, wird keiner, der dem Akte beigewohnt hat, ob Freund, ob Feind, bestreiten können. Man hat sicherlich gehofft, sich an unserer Zerknirschung weiden zu können. Wenn manche Herren dabei nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen sind, so bedauere ich, feststellen zu müssen, daß meine Pflicht mir gebot, sie diesmal zu enttäuschen. Noch heute sehe ich die französischen Zeitungen vor mir mit dem Plan des riesigen Sitzungssaales, in dem der uns zugewiesene Platz mit großen Lettern als „die Bank der Angeklagten" bezeichnet war.

Man hat mein Verhalten während der Sitzung vielfach beanstandet, im Inlande mißdeutet und im Auslande als Herausforderung bezeichnet. Mich berührt diese Kritik nicht, und ich betone noch einmal: weder lendenlahme Angst, die ich nicht kenne, noch törichte Lust an Pose haben mich geleitet, als ich bei meiner Antwortrede

an Clémenecau mich nicht erhob. Ich fühlte mich als Friedensunterhändler, als Vertreter einer in furchtbarem Ringen und nach ungeheuren Leistungen unterlegenen, aber großen Macht, und ich fühlte mich nicht als der Angeklagte, der sich vor seinen Richtern zu erheben hat.

Das neutrale Ausland hat meine Haltung damals sofort verstanden.

In wie hohem Maße übrigens gerade die Franzosen, denen ein so feines Empfinden für „Nüancen" eigen ist, selbst begreifen, daß es auch für die Sieger Fragen des Taktes gibt, das hat mir das würdevolle Auftreten Jules Cambons bei dem Austausch der Verhandlungsvollmachten bewiesen. Der feierliche Akt fand wenige Tage vor der Sitzung im Trianon-Palace statt. Auch Herr Cambon war siegesbewußt, aber ruhig und gemessen und nicht brutal wie Clémenceau. Und durch die kurze Ansprache, mit der er, an der Spitze der alliierten Vertreter, uns begrüßte, klang ein Ton, nicht kränkend mitleidigen, aber persönlichen und historischen Verstehens, auch für das, was in uns vorging.

Mir hat Herr Cambon mehr imponiert als Herr Clémenceau.

Es wäre ungerecht, zu verschweigen, daß es auch an vereinzelten Stimmen in der französischen Presse nicht gefehlt hat, die Verständnis für die tragische Rolle aufbrachten, die mir zugefallen war. So schrieb Eduard Julian in der „Illustration", als er den Augenblick schilderte, in dem der Generalsekretär Dutasta nach der Rede Clémenceaus, die mit den drohenden Worten begann: — „Die Stunde der Abrechnung ist gekommen", mir den Friedensentwurf der Alliierten überreichte: —

„Brockdorff-Rantzau nimmt die Broschüre in Empfang, er erhebt sich halb, verneigt sich mit Ruhe und legt das Heft kaltblütig und voll Würde vor sich hin, ohne einen Blick darauf zu werfen. Dann beginnt er von seinem Sitze aus zu sprechen. Er liest das Dokument, in dem das Unglück seines Landes und die Kapitulation zugestanden werden. Aber er tut es mit jenem Stolz, der noch den Schuldigen gestattet, irgendwie an ihre Schuldlosigkeit und ihre Ehrenhaftigkeit zu glauben. Ob er am Ende gar noch so weit gehen wird, uns gute Ratschläge zu erteilen? Wir wollen ihn auch dann entschuldigen. Gehört nicht schon der gleiche Grad lächerlichen Selbstvertrauens dazu, um in diesem Augenblick zermalmender

Vernichtung, die sich vor aller Öffentlichkeit vollzieht, überhaupt noch imstande zu sein, einen letzten Rest von Lebensfähigkeit zu bewahren?"

Herr Julia teilt also nicht die zweifellos nachträglich tendenziös genährte Empörung über mein Verhalten.

Aus meiner Rede möchte ich hier einige Sätze wiedergeben, die sich auf die Reparationsforderungen beziehen; denn sie haben inzwischen volle Bestätigung gefunden, und das, was ich damals aussprach, ist jetzt auch für viele Angehörige der Ententestaaten zur Überzeugung geworden. „Unsere beiderseitigen Sachverständigen", sagte ich, „werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen." Und weiter: — „Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, diesen mit gutem Gewissen zu unterzeichnen; denn er wäre unerfüllbar."

Dieser Frieden ist dann gegen meinen dringenden Einspruch doch unterzeichnet worden. Ich will nicht Kritik an denen üben, die im letzten Augenblick mit schwerem Herzen in Weimar ihr Jawort sprachen. Die Kritik kann sich nur gegen diejenigen richten, die während meiner Abwesenheit von der Heimat, während meine Mitarbeiter und ich dem Gegner in Versailles gegenüberstanden, sich zur Unterminierung der anfangs einheitlichen Abwehrstimmung herbeiließen und durch vorzeitige Kundgebung ihrer Bereitwilligkeit, zu unterschreiben, den alliierten Staatsmännern zeigten, daß eine Abänderung der erdrückenden Bestimmungen überflüssig sei.

Ich habe aber auch Helfer gefunden, die mir beistanden und sich bemühten, während ich in Versailles der feindlichen Phalanx zu begegnen hatte, mir den Rücken frei zu halten. Und ich genüge nur einer Dankespflicht, wenn ich an dieser Stelle das „Berliner Tageblatt" nenne, bei dem meine Politik, von Versailles bis zu den kritischen Entscheidungstagen in Weimar, tatkräftige Förderung gefunden hat. Das „Berliner Tageblatt" hat den letzten Versuch, eine Einheitsfront gegen den Frieden der Versklavung zu schaffen und

an seine Stelle einen Frieden des Rechts zu setzen, allen Angriffen zum Trotz, energisch unterstützt. Es hat diese „Vabanquepolitik", so lautete das Schlagwort, mit dem mein Versuch bekämpft wurde, unbeirrt und konsequent verteidigt.

War das ein Verdienst? oder ist auch das „Berliner Tageblatt" in einer Utopie befangen gewesen? Die Geschichte wird darüber entscheiden. Nach dem Verlauf, den die Ereignisse bisher genommen haben, sehe ich dem Urteil gelassen entgegen.

Ich klage nicht das deutsche Volk an, das wäre schnöde Unbill und vermessen; denn es hat Unerhörtes erduldet und Übermenschliches geleistet. Ich würdige auch gebührend das schwere Opfer, das die deutschen Delegierten, die das Diktat von Versailles unterzeichneten, persönlich gebracht haben. Aber ich verwahre mich gegen den Vorwurf des Vabanquespiels. Oder heißt Vabanquespielen eine Katastrophe rechtzeitig erkennen, die im Anzuge ist, und eine Politik ablehnen, die zu ihr führt? Das Diktat von Versailles, das „Verbrechen von Paris", wie Keynes diesen Vertrag nennt, hat bereits unhaltbare Zustände gezeitigt und wird, wenn es noch lange unverändert bestehen bleibt, eine Katastrophe heraufbeschwören, die nicht Deutschland allein, sondern Europa und schließlich die ganze Welt in das Chaos zu stürzen droht.

Die zahlreichen Enthüllungen, die seither besonders von englischen und amerikanischen Beobachtern über die Vorgänge bei der Aufstellung der Friedensbedingungen in Paris gemacht worden sind, haben deutlich gezeigt, wie groß die Meinungsverschiedenheiten im Lager der Gegner waren. Sie haben die Überzeugung derjenigen nur stärken können, die der Ansicht sind, daß wir eine Umgestaltung oder doch Milderung des Vertrages hätten erreichen können, wenn wir der Uneinigkeit der anderen, die damals erheblich größer war als heute, eine volle Einigkeit entgegengestellt hätten.

Doch das ist ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, und ich möchte wiederholen, daß ich im Nachwort zu meinen „Dokumenten" gesagt habe: — „Die Arbeiter lösen sich ab, die Arbeit bleibt." Diese Arbeit muß für uns eine zwiefache sein. Einmal gilt es, dem neuen deutschen Staate im Innern jene Ordnung und Festigung zu geben, die ihn allein befähigen können, auch in der auswärtigen Polotik wieder voranzukommen und das Volk zum Verständnis der neuen Staatsform und damit zu freudiger Mitarbeit zu erziehen.

Zweitens gilt es, die Welt zu der Erkenntnis zu führen, daß das deutsche Volk seinen Verpflichtungen ehrlich nachkommen will, und daß ohne die Wiedergenesung Deutschlands die ganze Menschheit in dauerndem Siechtum verharren muß.

Ich bin der Ansicht, daß es, wie die Dinge heute liegen, für Deutschland ein Gebot der Klugheit ist, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit dies im Bereich der materiellen Möglichkeiten geschehen kann. Eine langjährige feindliche Propaganda im Auslande hat tausend Keime des Zweifels an der deutschen Ehrlichkeit gelegt, die nicht durch Gegenargumente allein, sondern durch Handlungen beseitigt werden müssen. Aber wir dürfen verlangen, daß man uns nicht Bedingungen stellt, für die es keine Erfüllungsmöglichkeiten gibt, etwa in der Absicht, die klar vorauszusehende Unmöglichkeit als Vorwand für die Vernichtung unserer Souveränität, die Zertrümmerung des Reiches und die Durchführung unbegrenzter imperialistischer Unternehmungen zu benutzen.

Wir rechnen auf die Einsicht der Staatsmänner, die durch Erziehung und Tradition gewöhnt sind, wirtschaftliche Dinge nach dem Maßstabe des ehrbaren Kaufmanns zu behandeln und niemanden durch ein Akzept zu Leistungen zu verpflichten, deren er bei ehrlicher Wirtschaft nicht fähig ist. Über die hierdurch bestimmte Grenze hinaus wünschen wir allerdings nicht zu gehen; denn jenseits dieser Grenze liegt nicht die Erfüllung, sondern die wirtschaftliche Leichtfertigkeit, die alle wertschaffenden Kräfte verschleudert, um den unvermeidlichen Bankerott auf einige Zeit hinauszuzögern. Ein solches Verfahren verdient keine Achtung; es würde den Bedürfnissen unserer Vertragsgegner nicht dienen und unseren guten Willen vor der Welt verdächtiger machen, als das freimütige Bekenntnis: — „Dieses vermögen wir zu leisten und dieses nicht.“

Was das deutsche Volk vermag, das will es leisten, selbst angesichts der Gewißheit, daß es dabei auf lange Zeit bitter arm sein wird. Es wird nicht das erstemal gewesen sein, daß der Deutsche sich wieder heraufgehungert und heraufgearbeitet hat. Die Grenze der Leistungsmöglichkeit des deutschen Volks, ich wiederhole es, liegt aber dort, wo seine politische und wirtschaftliche Existenz bedroht ist. Hier werden alle Machenschaften scheitern an dem unbeugsamen Widerstande der deutschen Republik. Das sollen sich alle

gesagt sein lassen, die im stillen vielleicht daran zweifeln möchten. Bei lebendigem Leibe langsam in Stücke reißen läßt sich ein 60-Millionen-Volk nicht!

Herr Clémenceau war, wenn ich nicht irre, einmal Arzt. Ich weiß nicht, wie er über Vivisektion denkt; für medizinische Experimente scheint sie unentbehrlich. Als besonders geeignete Versuchsobjekte werden Hunde geschätzt. Herr Dr. Clémenecau und seine Nachfolger im Haß sollen aber nicht vergessen, daß die Politik eine Kunst und keine medizinische Wissenschaft, und daß das deutsche Volk kein Hund ist.

Die Feststellung dieser Tatsache bedeutet keine Revanchepredigt, aber sie ist und soll eine Mahnung sein an alle, die es angeht — und ihrer sind viele.

Ansprache bei Übergabe der Akkreditive anläßlich des Amtsantrittes als Botschafter in Moskau (6. XI. 1922)

Herr Präsident!

Im Namen und Auftrage des Reichspräsidenten habe ich die Ehre, Ihnen das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, durch das ich als Botschafter des Deutschen Reiches bei der Russischen Sozialistischen Förderativen Sowjetrepublik beglaubigt werde.

Daß ich mir der Schwere und Bedeutung meiner Aufgabe bewußt bin, brauche ich nicht zu betonen. Auf das Vertrauen meiner Regierung habe ich ein Recht, für das Vertrauen der Russischen Regierung, um das ich bitte, werde ich aufrichtig dankbar sein und bin entschlossen, was an mir liegt, es zu rechtfertigen. Mit meinem Können und meiner Person werde ich mich dafür einsetzen, zu beweisen, daß der Vertrag von Rapallo eine neue Ära eingeleitet hat für das deutsche und für das russische Volk und damit nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt.

Der Vertrag von Rapallo hat einen Strich gemacht unter die Vergangenheit, aber nur soweit sie traurig war. Es hat eine Zeit gegeben, in der das deutsche und das russische Volk sich verstanden haben; zum Schaden beider Völker haben sich ihre Wege getrennt, aber in der schweren Prüfung, die das Schicksal uns auferlegt hat, haben wir uns wiedergefunden zu gemeinsamer Arbeit.

Ehrliche Mitarbeit begrüßen wir freudig, von welcher Seite sie kommen mag. Mitleid und Bevormundung lehnen wir ab. Selbständig und zielbewußt wollen wir vertrauensvoll zusammenwirken, nicht nur, um wieder aufzubauen, was sinnlos zerstört wurde, sondern, um der Menschheit neue Kulturwerte zu schaffen.

In dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des deutschen und des russischen Volkes, ohne die auch die Welt nicht gesunden kann, gehen wir an diese friedliche Arbeit, die uns niemand stören soll.

Dieses Ziel vor Augen bitte ich, Herr Präsident, um Ihre und der Russischen Regierung Unterstützung.

Rede am Grabe der in Moskau verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen

am 20. Juni 1923.

Wir stehen an heiliger Stätte, — geweiht durch ein Martyrium, höher als strahlender Heldentod.

Mancher Mutter Sohn liegt hier erschlagen, und ihre Tränen finden ihn nicht.

Der große Versöhner Tod, hier hat er nichts zu suchen.

Mit feierlichem Gepränge haben die Anderen ihrem unbekannten Soldaten eine pomphafte Ruhstatt bereitet.

Hier ist kein Pantheon!

Mit schlichtem Grün schmücken wir einsame Hügel. Aber diese namenlosen Gräber sollen uns im Gedächtnis halten, daß wir viele Brüder verloren haben, die unbekannt dahingegangen sind, von wannen Keiner wiederkehrt.

Suchende Geister haben einst „dem unbekannten Gotte" einen Altar geweiht. Uns sollen die Gräber dieser unbekannten Toten ein Altar sein; an ihm wollen wir, ob wir noch beten können oder es längst verlernt haben, einen heiligen Schwur leisten: —

Ihr, die Ihr hier schlafet, mögen Namen Euch nennen oder nicht, Ihr seid nicht vergessen und sollt nicht umsonst gefallen sein!

QUELLENNACHWEISE

Zu Seite 36: Erklärungen gegenüber einem Mitarbeiter der Zeitung »Politiken«

Zu Seite 37 u. 40: Wolffs Telegraphisches Bureau

Zu Seite 74: Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«

Zu Seite 121: Telegramm an den von seinem Berliner Posten scheidenden österreichischen Gesandten Dr. Ludo Hartmann

Zu Seite 125: Artikel im »Berliner Tageblatt« vom 12. Juli 1919

Zu Seite 127: Beitrag zu dem Buche »Versailles«. Volkskommentar des Friedensdiktats, herausgegeben von Frhr. von Lersner

Zu Seite 130: Artikel im »Berliner Tageblatt«

Zu Seite 134: Artikel im »Vorwärts«

Zu Seite 138: Artikel in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«

Zu Seite 145: »Deutsche Allgemeine Zeitung«

Zu Seite 147: Erklärungen gegenüber dem Berliner Vertreter der Wiener »Neuen Freien Presse« Dr. Paul Goldmann

Zu Seite 149: Erklärung gegenüber dem Berliner Vertreter der »Chicago Tribune«

Zu Seite 152: Unterredung mit dem Spezialkorrespondenten der Londoner »Daily News« George Young

Zu Seite 155: Erklärungen gegenüber dem Vertreter der »Agence Centrale« in Luzern

Zu Seite 158: Unterredung mit dem Berliner Vertreter der »Frankfurter Zeitung« Max Wiesner

Zu Seite 161: Erklärung gegenüber dem Vertreter des »Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus«

Zu Seite 163: Unterredung mit dem Vertreter des »International News Service«, New York, Alfred G. Anderson

Zu Seite 166: Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Wiener »Neuen Freien Presse« Dr. Paul Goldmann

Zu Seite 168: Unterredung mit dem Vertreter des »Neuen Wiener Tagblattes«

Zu Seite 170: Unterredung mit dem Vertreter des Bureaus »Europa Preß«

Zu Seite 173: Äußerungen gegenüber dem Berichterstatter der »Täglichen Rundschau« Rolf Brandt

Zu Seite 175: Erklärungen gegenüber dem Sondervertreter des «Hamburger Fremdenblattes« Dr. Friedrich Hirth

Zu Seite 178: Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des »Vorwärts« Viktor Schiff

Zu Seite 181: Unterredung mit dem Vertreter des Bureaus »Europa Preß«

Zu Seite 184: Unterredung mit dem Chefredakteur der »Transocean-Gesellschaft« Dr. Albert Haas

Zu Seite 186: Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der »Nationalzeitung« Dr. Edgar von Schmidt-Pauli

Zu Seite 188: Unterredung mit dem Sonderkorrespondenten der »Vossischen Zeitung« Dr. Alexander Redlich

Zu Seite 196: Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Wiener »Neuen Freien Presse« Dr. Paul Goldmann.

Zu Seite 198: Unterredung mit dem Vertreter der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«

Zu Seite 201: Unterredung mit dem Vertreter der »Chicago Tribune«

NAMEN- UND SACHREGISTER

A

B

C

D

E

F

G

L

M

N

O

P

Q

R

S

T

U

V

W

Z




W TORUNIU
UNIWERSYTECKA

